Nr. 36. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 12. Februar 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Der dreißigjährige Geburtstag des allgemeinen gleichen Wahlrechts im Deutschen Reich.

Am 12. Februar sind es gerade dreißig Jahre her, als in den Staaten des „Norddeutschen Bundes" behufs der Wahlen zum Reichstage desselben, welcher die mit der Konferenz der Bundesbevollmächtigten vereinbarte Verfassung berathen und genehmigen sollte, die ersten Wahlen stattfanden. Der Artikel 20 dieser Verfassung bestimmte: „Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor." Der Vater dieses Wahlrechts und zwar insbesondere seiner Einführung in das neue Reich war niemand anders, als der damals schon seit fast drei Jahren gestorbene Ferdinand Lassalle, der freilich das Beispiel Napoleon III. vor sich hatte, und Bismarck war nur der Vollstrecker des ihm von Lassalle supponirten Gedankens, der übrigens auch von dem bekannten Spiritus Rector der Konservativen, Wagener, befürwortet ward. Daß sich Bismarck mit diesem Gedanken so leicht vertraut machte, lag nicht an seiner Neigung zu einem erweiterten Volksrecht, dem mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht ein neues und erweitertes Kampffeld geboten war, als vielmehr darin, daß Bismarck in diesem Wahlrecht ein Kampfmittel geboten war, den bürgerlichen Liberalismus, der sich des Dreiklassen-Wahlrechts gegen ihn bemächtigt hatte, zur Strecke zu bringen. Daß statt des bürgerlichen Liberalismus ein anderer mächtigerer Feind den Oppositionskampf aufnehmen könnte, — ein Feind, dem er selbst schließlich mit Schimpf und Schande unterliegen sollte, das bedachte dieser große Staatsmann nicht, der nicht über den Tag hinaussehen konnte und so blind in die Falle tappte, die ihm der gemüthliche „Gutsnachbar" gestellt hatte. Wie mochte der gewiegte Staatsmann auf den ideologischen Denker herabblicken, der das Proletariat zu emanzipiren, es auf die einzige Forderung, die des allgemeinen gleichen Wahlrechts, hinwies, die den ganzen Gehalt des Programms des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bildete, aus dessen Verwirklichung alle anderen Forderungen als Konsequenzen hervorgehen würden. Und wie Recht behielt Bismarck dem Anscheine nach. Was ihm den Lassalle'schen Vorschlag so einleuchtend machte, die Vernichtung der liberalen Opposition, war spielend gelungen, und — mit der Sozialdemokratie, mit dem kleinen armen, noch dazu vielfach gespaltenen und zerklüfteten Häuflein, sollte Bismarck nicht fertig werden? Eine Thorheit, so was auch nur zu denken. Der am 12. Februar 1867 gewählte Reichstag brachte denn auch keinen Arbeiter-Vertreter in den Reichstag. Bebel wurde erst in der Stichwahl im Wahlkreise Glauchau-Meerane gewählt und zwar als Mitglied der sächsischen Volkspartei, der damals noch Dr. Goetz in Lindenau (Deppchen-Goetz), ebenso wie der Advokat Schraps, der in Krimmitschau gewählt wurde, angehörten. Zum 24. Februar wurde der Reichstag einberufen und am 17. April, nachdem er seine Aufgabe erfüllt und die Verfassung berathen und angenommen hatte, nach Hause geschickt. Zum Herbste erfolgten dann die Neuwahlen für den ersten und einzigen ordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes. In diesen wurde außer Bebel auch Liebknecht, letzterer im Wahlkreise Stollberg-Schneeberg, gewählt, ferner Schweitzer in Elberfeld-Barmen, Dr. Reinke in Lennep-Mettmann und der Kupferschmied Försterling in Chemnitz. Durch Nachwahl kamen noch in den Reichstag für Dr. Reinke, der das Mandat niederlegte, Wilhelm Fritsche, der spätere Berliner Abgeordnete, ferner in Freiberg-Oederan Fritz Mende und endlich in Duisburg Wilhelm Hasenclever. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde erst 1869 in Eisenach gegründet. Schweitzer hatte die Führung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und bei der zweideutigen Stellung, die er einnahm, schien er fast ein willfähriges Werkzeug in der Hand Bismarck's zu sein. Die Lassalleaner bildeten auch nicht einmal eine einheitliche Organisation; gegenüber Schweitzer hatten sich verschiedene Gruppen abgezweigt, die theils sich um Fritz Mende, theils um Fritzsche gruppirten, theilweise auch die spätere Eisenacher Partei bilden halfen. Der deutsch-französische Krieg brachte die Sozialdemokratie in eine äußerst schwierige Stellung; doch das internationale Solidaritätsgefühl war schon erstarkt; Bebel und Liebknecht erhoben ihre Stimme und versagten die Kriegsbewilligungen.

Unter dem Eindruck des Krieges fanden am 3. März 1871 die ersten Wahlen zum Deutschen Reichstage statt; die Sozialdemokratie, die in zwei Fraktionen, die des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (Lassalleaner) und die der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher), auf den Wahlplatz trat, erzielte 101 927 Stimmen, wovon 62 952 auf die Lassalleaner und 38 975 auf die Eisenacher fielen. Nur den letzteren gelang es, einen Kandidaten, Bebel, in den Reichstag zu schicken.

Bei den nächsten Wahlen, am 10. Januar 1874, hatte die Sozialdemokratie es auf bereits 351 670 Stimmen gebracht, von denen 180 319 auf die Lassalleaner, 171 351 auf die Eisenacher fielen und die ersteren 3, die letzteren 6 Wahlsiege erfochten. Da im Jahre 1875 die Einigung der Fraktionen auf dem Kongreß in Gotha stattfand, wurden von nun an die Wahlkämpfe der Sozialdemokratie einheitlich geführt.

Die nächsten Wahlen fanden am 10. Januar 1877 statt und ergaben für die Sozialdemokratie 493 447 Stimmen und 12 gewählte Abgeordnete. Die nach Auflösung des Reichstags unter dem Einfluß der Attentatshetze stattfindenden nächsten Wahlen am 30. Juli 1878 brachten einen kleinen Rückgang der sozialdemokratischen Wahlstimmen; diese betrugen 437 158 und 9 Wahlsiege. Die erste Periode des Sozialistengesetzes brachte einen weiteren Rückgang; bei den Wahlen am 27. Oktober 1881 wurden nur 311 961 sozialdemokratische Stimmen abgegeben und 12 Abgeordnete gewählt. Von hier an bleibt der Fortschritt der Sozialdemokratie unaufhaltsam, trotz Sozialistengesetz und Kriegshetze.

Die Wahlen ergaben:

	Sozialdemokratische Stimmen	Abgeordnete
Am 28. Oktober 1884	549 990	24
Am 21. Februar 1887	763 128	11
Am 20. Februar 1890	1 427 298	35

und endlich die letzten Reichstags-Wahlen am 15. Juni 1893 ließen die Wahlstimmen unserer Partei wachsen auf 1 786 738 mit 44 Abgeordneten, die durch siegreiche Nachwahlen auf 48 stiegen.

Als Bismarck sich für das allgemeine gleiche Wahlrecht entschied, rief er aus: „Flectere si nequeo superos Acheronta movebo", (Kann ich die oberen Götter [die Reichen und „Gebildeten"] nicht beugen, so will ich die Hölle [die Proletarier] in Bewegung setzen). Nun, mit den Göttern des Klassen-Wahlrechts gelang es ihm; das Proletariat, das auf den Kampfplatz trat, hat die liberale Opposition gebeugt oder zerschmettert. Aber das durch das allgemeine Wahlrecht in Bewegung gesetzte Proletariat zu beseitigen, war nicht so leicht, als es der „große Staatsmann" sich einbildete. Im Gegentheil, die Kräfte der Arbeiterbewegung wachsen stetig mit der Verfolgung. Das gleiche und allgemeine Wahlrecht jetzt verstümmeln oder gar beseitigen wollen, wäre gleichbedeutend mit der Zertrümmerung des Deutschen Reiches. An der Sozialdemokratie wurde die Schlauheit des Fürsten Bismarck zu Schanden; er sitzt jetzt schmollend in Friedrichsruh und mag wohl sinnen, wie er dem Reichswagen Hindernisse in den Weg lege, wie er seine Bahn unterminiren könne; den Stein aber, den er, ein blöder Hödur, auf Anrathen Lassalle's zum Rollen gebracht, kann er nicht zum Halten bringen; über ihm ist er und sind seine Pläne gestrauchelt und zu Falle gebracht.

Zur auswärtigen Lage Frankreichs.

Paris, 9. Februar.

Ein seltsames Schauspiel bieten gegenwärtig die „maßgebenden" wie die nichtmaßgebenden politischen Kreise Frankreichs. Man fühlt allseitig, daß die französische Diplomatie im Orient und in Egypten sich schändlich blamirt hat. Mit Ausnahme der mehr oder minder offiziösen Presse, die wider bessere Ueberzeugung schweigen oder beschönigen muß, ergehen sich sämmtliche Blätter tagtäglich in Tadel und Klagen über die unwürdige, rath- und machtlose auswärtige Lage Frankreichs. In Privatgesprächen in den Wandelhallen der Kammer und sogar in Zeitungs-Interviews zeigen sich die Deputirten nicht minder verstimmt wie die Journalisten. Im Sitzungssaal der Kammer aber, auf offener Tribüne, d. h. dort, wo sie am wirksamsten wären, verstummen alle Klagen, die übergroße Mehrheit klatscht Beifall den nichtssagenden Erklärungen Hanotaux — der der größeren Sicherheit wegen, um sich zufällig kein inhaltsvolles Wort entschlüpfen zu lassen, seine vorbereitete Anwort stets vom Blatte abliest, und der kühnste Protest geht blos bis zur Verweigerung von Beifallsbezeugungen an Hanotaux . . . Die widerspruchsvolle Haltung schlägt ins Groteske um in den hier sehr häufigen Fällen, wo der Journalist zugleich Abgeordneter ist. Derselbe Mann, der auf dem Deputirtensessel stumm wie ein Fisch ist, donnert im Leitartikel gegen die — Langmuth der Kammer, die sich schweigend die unverantwortliche und unfähige Leitung der französischen Diplomatie gefallen lasse . . .

Dieser geradezu krankhafte Gemüthszustand wurde durch die letzten Nachrichten aus Kreta und die selbstbewußten Erklärungen des englischen Schatzkanzlers im Unterhause bedeutend verschärft. Die Anfragen des regierungsfreundlichen Grafen de Mun über die ersteren und des ebenfalls ministeriellen Abg Delonclé über letzteren Punkt waren bestellte Arbeit, um Hanotaux die Gelegenheit zu geben, die Gemüther etwas zu beschwichtigen. Das ist ihm aber keineswegs gelungen. Man frägt sich staunend, wozu er jene Anfragen bestellt hatte, da er doch nichts, rein gar nichts antworten konnte oder wollte. Von Bedeutung war in seinen Erklärungen nur das, was er nicht sagte, nämlich das Fehlen jeder Andeutung auf das segensreiche Einvernehmen mit Rußland. Er wird dafür seine guten Gründe gehabt haben. Denn während der russische Vertreter in Egypten sich dem französischen Protest gegen den Vorschuß Englands zur Bestreitung der Kosten der Dongola-Expedition anschloß, warnte das halbamtliche Petersburger Blatt „Nowoje Wremja" die Franzosen sehr nachdrücklich davor, im gegenwärtigen Stadium der Orientfrage die egyptische Frage aufzurollen. Mit cynischer Offenheit verwies das russische Blatt darauf, daß Egypten für Rußland erst in zweiter Linie in betracht komme. . . . Natürlich, da dort für Rußland nichts zu holen ist. Dagegen muß Frankreich, obwohl es materiell an der ganzen Orientfrage nicht mehr interessirt ist als Deutschland, alle Kräfte in den Dienst der russischen Ausdehnungsgelüste im Orient stellen. Die gestrigen Erklärungen Hanotaux' in bezug auf Egypten spiegeln denn auch unverkennbar die Auffassung der russisch-offiziösen „Nowoje Wremja" wieder.

So erweist sich abermals, daß die Grundursache der Machtlosigkeit Frankreichs dessen Handlanger-Stellung gegenüber Rußland ist. Im Orient konnte es den Abschlachtungen der Christen, die zu schützen von der französischen öffentlichen Meinung als eine besondere „historische Mission" Frankreichs vindizirt wird, nicht Einhalt thun, weil der Zar den „great assassin", den „großen Mörder", oder — wie ein französischer Akademiker Abdul-Hamid dieser Tage in einem öffentlichen Vortrag nannte, — den „rothen Sultan" gegen England in Schutz nimmt, um ihn später desto leichter im eigenen Interesse erdrücken zu können. In Egypten darf Frankreich gegen die immer festere Wurzel fassende englische Herrschaft nur mit platonischen Wortprotesten auftreten, weil der Zar an der egyptischen Frage nur insofern interessirt ist, als sie eine — Frage bleibt, d. h. als sie ein aufrichtiges Einvernehmen zwischen Frankreich und England unmöglich macht.

Dieser in die Augen stechende Sachverhalt beginnt nach und nach auch den verstocktesten französischen Zarenschwärmern über zu werden. Selbst der „Figaro", der sonst im Bauchrutschen vor dem Zaren obenan liegt, spricht nun von der „Nothwendigkeit, einen dringenderen Appell an die Geradheit und Loyalität unserer Freunde, der Russen zu machen", die bisher in der Orientfrage „vielleicht (!!) ein wenig zu ausschließlich auf ihre Sonderinteressen gesehen haben". . . Danach mag der Leser ermessen, in welchem Tone die ehrliche Oppositionspresse gegenwärtig von den Wohlthaten der Zarenfreundschaft spricht. Beharrt die russische Regierung bis zu Ende in ihrer bisherigen „Geradheit und Loyalität", dann dürfte Hanotaux der einzige überzeugte Anhänger des Einvernehmens mit Rußland bleiben.

Daß die Nervosität der Tagespresse kein ausschlaggebendes Element in der gekennzeichneten Verstimmung gegen Rußland bildet, zeigt der kalt durchdachte Artikel des Geschichtsprofessors und Akademikers Lavisse in der angesehenen monatlichen Zeitschrift „Revue de Paris". Unter dem Titel „Fragen" zieht er nüchtern die für Frankreich beschämende Bilanz der franko-russischen Freundschaft und warnt seine Mitbürger vor der gedankenlosen, gefühlsduseligen Auffassung eines Verhältnisses, das vor allem mit dem Maßstab des realen Nationalismus zu messen sei. In einem anderen Artikel derselben Revue über die armenische Frage wird Rußland für die Metzeleien mit verantwortlich gemacht. Diese Artikel haben in Petersburg so stark verschnupft, daß die „Revue de Paris", wie der Telegraph meldet, in Rußland verboten worden ist.

Ein nicht zu unterschätzendes Symptom des Stimmungswechsels sind ferner die öffentlichen Vorträge über die armenischen Metzeleien, gehalten von so wenig sentimentalen Männern, wie der Akademiker Vandal und der Mitarbeiter des Regierungsblattes „Temps", Gaston Deschamps. Gerade der Umstand, daß die Vorträge so verspätet kommen, verräth die berechnete Absicht, einen Druck auf die zarische „Geradheit und Loyalität" auszuüben.

Die praktischen Resultate des Stimmungswechsels stehen freilich in weitem Felde. Hanotaux, der mit einer halbjährigen Unterbrechung (unter dem radikalen Ministerium) seit Herbst 1893 die auswärtigen Geschicke Frankreichs leitet, ist nicht geeignet, Frankreich zu einem gleichberechtigten und geachteten Bundesgenossen zu machen. So lange er am Quai d'Orsay waltet, wird die Republik eine „demüthige Dienerin", ein „Stubenmädchen", eine „Stiefelwichserin" — alles Ausdrücke der Pariser Oppositionspresse — des Zaren bleiben. Und wie sehr die Vergangenheit der franko-russischen Beziehungen fortwirkt und die gegenwärtige Situation beherrscht, zeigt am deutlichsten die eingangs dieses Artikels gekennzeichnete Scheu der Opposition, ihrem Unwillen über Hanotaux Diplomatie in der wirksamsten Form, auf der Tribüne der Kammer Ausdruck zu geben.

Politische Uebersicht.

Berlin, 11. Februar 1897.

Aus dem Reichstage. Zwei volle Sitzungen beschäftigt sich jetzt der Reichstag schon mit dem sozialdemokratischen Antrage auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages und auch heute konnten die Verhandlungen noch nicht zu Ende gebracht werden, so daß dieselben noch einen dritten Tag beanspruchen werden. Wie stimmt diese ausgedehnte und gründliche Erörterung nun mit der gegnerischen Behauptung, der Antrag habe gar keinen praktischen Zweck und er sei von unserer Seite nur aus agitatorischen Zwecken und besonders mit Rücksicht auf die bevorstehenden Neuwahlen gestellt worden. Für wie dumm schätzen die Gegner sich doch selbst ein, wenn sie einem Antrage, der nur Wahlpropaganda für unsere Partei machen soll, drei Tage im Reichstage widmen und damit dem Antrage eine Ehre und Bedeutung beimessen, wie sie nur selten einem Antrag aus dem Hause zu theil wird. Aber nicht nur, daß sämmtliche Fraktionen wiederholt ihre gewandtesten Redner ins Feuer der Debatte schickten, es liegen auch bereits drei gedruckte Anträge vor, welche sich mit dem gleichen Gegenstand beschäftigen; und alle diese Anstrengungen nur um eines „sozialdemokratischen Wahlmanövers willen". Freilich, nicht alle Redner sahen heute in dem Antrage ein Wahlmanöver.

Herr von Kardorff weiß es besser, er hat es herausbekommen, daß der von unserer Fraktion vor nunmehr bald zwei Jahren gestellte Antrag nur eingebracht worden ist, um die Niederlage unserer Partei beim Hamburger Hafenarbeiter-Streik zu verhüllen. Um den Lesern zu zeigen, was im Reichstage möglich ist, konstatiren wir nur, daß nicht nur Herr von Kardorff ganz ernsthaft diese seine Entdeckung vortrug, sondern daß seine Freunde diese Ausführungen sogar mit „Bravo!" und „Sehr richtig!" begleiteten.

Auf den Hamburger Streik kam auch der Redner der Deutschkonservativen, einer von den paar Dutzend Puttkamer, die in Ostelbien als Landräthe untergebracht, zu sprechen. Dieser Herr hatte zu erklären, daß seinen Freunden die Lust an der Sozialreform durch die „sozialdemokratischen Hetzereien" verdorben worden sei. Der Herr schnarrte auch seine Entrüstung darüber herunter, daß man einen so rein agitatorischen Zwecken dienenden Antrag einbringen konnte. Dabei hat dieser selbe Puttkamer den Antrag Kanitz, der doch nie die leiseste Aussicht auf Annahme hatte, jedesmal unterschrieben.

Ernster zu nehmen waren die Redner der nichtkonservativen Parteien. Freilich Herr Hüpeden, der einzige christlich-soziale Vertreter Naumann'scher Richtung im Hause, erwies sich auch heute als ein Parlamentarier, dessen Herz zweifellos besser als der Kopf klar ist. In seiner Polemik gegen Herrn von Heyl, welcher den Pastor Naumann schlankweg zu den Sozialdemokraten geworfen hatte, verlor er sich so ins Weite, daß er zweimal zur Sache gerufen wurde und zwar mit dem Hinweis auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen.

In Herrn v. Hertling schickte das Zentrum seinen unternehmerfreundlichsten Sozialpolitiker vor. Der Herr brachte so viele Bedenken gegen den staatlichen Zwang auf wirthschaftlichem Gebiete vor, daß es schließlich überraschen mußte, daß er doch für den Antrag der gesetzlichen Normalwoche eintrat. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages empfahl er aber einen neuen Antrag auf Veranstaltung einer Enquete, den die Leser unter Parlamentarisches finden.

Der Bauernbündler Hilpert ist natürlich auch Gegner des Achtstundentages. Seine Wähler, so versicherte der Wackere, wünschen, daß die Sonne im Sommer überhaupt nicht untergehe. Nachdem Graf Stollberg und Schneider (frs. Vg.) kurz gesprochen und Pastor Schall wieder einmal die allgemeine Heiterkeit des Hauses durch seine möglichst unsachlichen Bemerkungen hervorgerufen hatte, erhielt Genosse Legien das Wort. Unser Redner beschränkte sich in der Hauptsache auf die Polemik gegen die Angriffe auf unseren Antrag; er verfehlte aber auch nicht, an treffenden Beispielen die Möglichkeit der Verwirklichung desselben zu zeigen. Sehr gründlich und treffend wies Legien die Angriffe auf unsere Partei aus Anlaß des Hafenarbeiter-Streiks zurück und zeigte er, daß die Schuld an diesem Riesenkampf ausschließlich auf das Konto der Kapitalprotzen in den Hamburger Unternehmerkreisen komme. Das in Hamburg vergossene Blut es schreie allerdings zum Himmel, aber es zeuge nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen die heute herrschende „Ordnung". Legien konstatirte auch, daß die Regierung sich an diesen Debatten grundsätzlich nicht zu betheiligen scheine, was charakteristisch sei für die Werthschätzung, welche der neueste Kurs dem Arbeiterschutz entgegenbringe. Zum Schluß beleuchtete Redner noch den Trick der Unternehmer, immer die Arbeiter des Auslandes auf Kosten der heimischen Arbeiter zu loben. So lobpreisen englische Unternehmer die Genügsamkeit und den Fleiß der deutschen Arbeiter, die Großunternehmer v. Stumm und v. Heyl streichen aber hier den amerikanischen und englischen Arbeiter auf Kosten des deutschen heraus. Das sei einfach Schwindel, gerade die viel gelobten amerikanischen Arbeiter seien zum theil deutsche Auswanderer. Nach einer sehr angebrachten Verhöhnung des „Arbeiterfreundes" v. Stumm schloß unser Genosse seinen trefflichen Vortrag.

Außerhalb der Tagesordnung erhielt dann Graf Mirbach das Wort zu einer Erklärung in bezug auf seine letzte Lümmelei gegen den Herrn Präsidenten. Alle Welt erwartete natürlich, daß der Herr Graf das unpassende seiner Bemerkungen zugeben und um Entschuldigung bitten würde. So erledigen wenigstens wohlerzogene Ehrenmänner solche Affären. Anders Graf Mirbach. Er ist blos ein ostelbischer Junker und den Gewohnheiten dieser Menschensorte entsprechend, suchte er die Sache durch möglichst hochnäsiges Auftreten gegen Dr. Lieber zu vertuschen. Der Führer des Zentrums führte aber den Herrn Grafen so gründlich ab, daß diesem die Lust zur Fortsetzung des Renkontre rasch verging.

Morgen, mittags 1 Uhr: Zweite Lesung des Militär-Etat.

Im preußischen Abgeordnetenhause wurde bei der heute fortgesetzten Berathung des Etats des Ministeriums des Innern auch die geplante Reorganisation der politischen Polizei in die Debatte gezogen. Charakteristisch für die Zusammensetzung des Hauses ist es, daß sich nur wenige Redner, und wenn man von dem Abg. Rickert absieht, auch diese nur sehr oberflächlich an der Besprechung eines so aktuellen Themas betheiligten und statt dessen allerhand Fragen von geringer Bedeutung zur Sprache brachten. Abg. Rickert richtete an den Minister die Frage, wie es mit der Reform der politischen Polizei stehe und ferner, wie es möglich gewesen sei, daß Herr v. Tausch auf grund des § 53 der Strafprozeß-Ordnung und auf Anweisung des Polizeipräsidenten v. Windheim sein Zeugniß verweigern konnte und erst später, offenbar auf Beschluß des Staatsministeriums, die Erlaubniß erhalten habe, Gingold-Stärk als seinen Gewährsmann zu nennen. Die Antwort auf die letzte Frage lehnte der Minister des Innern Frhr. v. d. Recke ab, da es sich hier um ein Internum der Regierung handle. Im übrigen hielt er es für durchaus in der Ordnung, daß die Polizei-Agenten nicht genannt werden, da sonst die Polizei überhaupt keine Agenten mehr bekommen würde. Die in bezug auf die Reorganisation der politischen Polizei geplanten Reformen, über die der Minister Auskunft gab, sind so nichtig wie möglich, er begnügt sich im wesentlichen mit der Auflösung der sogen. selbständigen Kommando's und mit einer schärferen Kontrolle der Agenten — auf deutsch: es wird alles beim alten bleiben.

Die Rechtfertigung des Verhaltens des Herrn v. Tausch in dem letzten Prozesse beweist, daß die Sozialdemokraten durchaus recht hatten, als sie noch vor dem Prozeß Leckert-Lützow im Reichstage die Aufhebung des § 53 der Str.-P.-O. beantragten, wonach ein Beamter die Aussage verweigern kann, wenn dadurch das Interesse des Staates gefährdet wird. Unsere Genossen wiesen damals auf den Mißbrauch hin, der mit dieser Bestimmung getrieben werden könnte, und der ja nun wieder einmal offen zu tage tritt, denn daß durch die Nennung solcher Leute wie Gingold-Stärk ein Staatsinteresse gefährdet wird, wird im Ernst niemand glauben.

Die übrigen Parteien des Hauses sind mit noch geringeren Reformen zufrieden. So glaubte Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.) den Uebelständen schon dadurch abzuhelfen, daß für die politische Polizei eine besondere Stelle mit voller Verantwortlichkeit geschaffen wird. Auch er hält es für richtig, daß die Agenten nicht genannt werden dürfen. Abg. v. Heydebrand (k.) will sich sogar mit einer besseren Kontrolle der Agenten begnügen; für ihn scheint der Prozeß Leckert-Lützow noch nicht deutlich genug bewiesen zu haben, daß die Schäden viel tiefer liegen. Die Nationalliberalen, in deren Namen Abg. Dr. Friedberg seine neulich im Reichstage angekündigte „große" Rede hielt, erblicken die Mißstände der politischen Polizei in einer zu großen Selbständigkeit, in der Uebertragung von Aufgaben, die ihr zu fern liegen, und — in einer zu geringen Besoldung ihrer Beamten. Die letzte Anregung nahm der Minister des Innern mit Dank entgegen, und so kann sich möglicherweise aus dem Prozeß ergeben, daß Beamte, die sich in einer ähnlichen Stellung befinden, wie zuvor v. Tausch, für ihre aufopfernde Thätigkeit noch höher besoldet werden als bisher.

Die übrige Debatte verlor sich in Einzelheiten. Es kamen u. a. die Medizinalreform und die Ausweisung des armenischen Professors Thoumajan zur Sprache, der in Berlin über die armenischen Greuel referiren wollte. Auch die Polenfrage wurde wieder angeschnitten, bei welcher Gelegenheit sich unser Exgenosse Dr. Friedberg wieder als wüthender Sozialistentödter bekannte. Er verdächtigte den Abg. Szmula (Z.) sozialistischen Theorien zu huldigen, weil dieser gelegentlich die wahre Thatsache erwähnte, daß die Regierung bei der Hungersnoth in Schlesien 1847 keinen Finger gerührt hätte. Einen mehr humoristischen Beigeschmack hatte ein kleiner Streit zwischen Rickert und v. Plötz, wobei letzterer, seiner sonstigen Gewohnheit entgegen, sich gegen agitatorische Reden erklärte und den Bund der Landwirthe als nicht antisemitisch und völlig parteilos bezeichnete. Ob man seinen Worten Glauben schenken wird, ist freilich eine andere Sache.

Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Den uferlosen Flottenplänen wird zwar die Uferlosigkeit abgesprochen, aber sintemalen alle Gewässer ein Ufer haben, sogar das Weltmeer (nur daß das Ufer dort Küste heißt), und sintemalen das Wort „uferlos" nur die Bedeutung des unabsehbar Weiten hat, so halten wir für die Flottenpläne unserer Marinisten das Wort „uferlos" fest. Für die „uferlosen Flottenpläne" wird jetzt sogar bildliche Propaganda gemacht, ähnlich wie 1887 bei den berüchtigten Faschingswahlen für die „uferlosen" Militärpläne. Damals gelang's mit den Bildern, weil es gelungen war, eine Reichstags-Auflösung herbeizuführen und die Mehrheit des Volks durch Boulanger ins Bockshorn zu jagen. Ob's jetzt gelingen wird? Die Bilder, welche der deutsche Kaiser dem Reichstag geschenkt hat, sind wohl zu diesem Zweck nicht ausersehen und dazu auch nicht geeignet.

Und eine Auflösung mit den „uferlosen Flottenplänen" in Sicht — das wäre schon mehr als kühn. —

Schwör's ab, wenn Dir etwas nicht paßt! ist die famose Regel des Meineidbauern. Fürst Bismarck ist zwar kein Meineidbauer, aber abschwören thut er alles, was ihm nicht paßt. Den Kulturkampf hat er abgeschworen; den Tausch hat er abgeschworen, und nun schwört er auch den Arnim-Prozeß ab. Der abschwörende Bismarck verdient eine Bildsäule neben dem schwörenden Tausch. —

Das Schlußprotokoll der deutsch-russischen Konferenz, das nunmehr endlich veröffentlicht worden ist, bietet genau das, was man von vornherein erwarten konnte. Einen wesentlich freieren internationalen Verkehr mit Rußland glaubt Deutschland auf dem Gebiete der Fleischproduktion nicht einräumen zu können — „im Interesse der Sicherung des deutschen Viehstandes gegen Einschleppung von Seuchen." Die deutsche Regierung hat ja formell auch darin Recht, daß der russische Handelsvertrag Deutschland in Veterinärfragen die volle Selbständigkeit gewahrt habe; der Streit ist eben, wo die chikanöse Absperrung im Interesse des agrarischen Geldbeutels anfängt und die zulässige Fürsorge für die Gesundheit des lieben Viehes aufhört. Aber da man den Russen doch etwas bieten mußte, so hat man im kleinen Grenzverkehr ein paar Erleichterungen zugestanden. Die Einfuhr von Heu und Stroh in losem Zustande und für den Gebrauch der Grenzbewohner ist im allgemeinen gestattet, weiter brauchen die 2 Kilo Schweinefleisch, die nach dem deutschen Zolltarif im Grenzverkehr frei zugelassen sind, nicht mehr „gekocht" zu sein. Der Einfuhr von russischen Pferden werden ein paar Thierärzte mehr zur Beschleunigung der Untersuchungen zur Verfügung gestellt werden. Dafür verzichtet Rußland auf die Mißhandlung der Lederwaaren, Wassermesser, porzellanähnlichen Knöpfe und ähnlicher Artikel, die durch das Zollzirkular vom $\frac{\text{3. September}}{\text{22. August}}$ plötzlich „anders rubrizirt" worden waren. Dazu traten seitens Rußlands noch einige Erleichterungen für das Zu- und Abwandern der in den deutschen Grenzdistrikten verwendeten Landarbeiter. Sonst legen beide Staaten kein Stück ihrer protektionistischen Rüstung ab: Deutschland nicht im Interesse seiner landwirthschaftlichen Unternehmer, Rußland nicht im Interesse seiner Industrie und seiner Transportanstalten. Gerade gegen letztere haben sich seit dem Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages die Klagen beständig gemehrt. Abhilfe wäre hier jedoch nur zu erreichen, wenn Deutschland für die russische Vieh- und Fleischeinfuhr seine Thore weiter öffnete. Das will Deutschland aber erst „in erneute Erwägung nehmen, sobald die von den maßgebenden Männern in Rußland selbst für nothwendig erachtete Reorganisation des Veterinärwesens beendigt sein wird!"

Die Aussichten des allgemeinen „Theilens" im sozialdemokratischen Zukunftsstaat sollen bekanntlich sehr schlecht stehen. Namentlich Herr Eugen Richter hat ja sehr oft nachgewiesen, daß die höheren Klassen zwar höhere Einkommen und größere Vermögen besitzen, daß diese höheren Klassen mit ihren höheren Einnahmen aber nur einen so geringen Bruchtheil der Bevölkerung bilden, daß bei einer allgemeinen Auftheilung der Einnahmen und Vermögen für die unteren Klassen nichts wesentliches herauskommen würde. Obgleich nun heutzutage jedermann weiß, daß das politische Streben der Sozialdemokratie nicht auf die Theilung des vorhandenen Geldes gerichtet ist, ist es doch eine recht interessante Aufgabe, einmal zu untersuchen, wie sich denn bei einer solchen gleichmäßigen Auftheilung der heutigen Einnahmen und Vermögen über alle Volksangehörige die Dinge stellen würden. Die Zahlen hierzu liefert uns die vom Finanzminister dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Uebersicht der Ergebnisse der Einkommen- und Vermögenssteuer für 1896/97.

Preußens Bevölkerung stellte sich bei der zum Zwecke der Veranlagung vorgenommenen Personenstands-Aufnahme für 1896/97 auf 31 349 283 Köpfe. Davon besaßen 2 652 515 ein Einkommen von 900 M. und darüber, waren also zur Einkommensteuer veranlagt. Inklusive der Angehörigen betrug die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung 10 282 830 Köpfe. Die von der Einkommensteuer befreite Bevölkerung, mit Einkommen von unter 900 M., betrug 21 058 150 Köpfe. Das Gesammteinkommen der zur Steuer veranlagten Personen betrug nach der Veranlagung 6 086 052 635 M. jährlich. Das Gesammteinkommen der nicht einkommensteuerpflichtigen Personen ist nicht angegeben und läßt sich nur schätzungsweise ermitteln. Wir wollen dabei die Berechnungen des Nationalökonomen Soetbeer zu grunde legen, der das Gesammteinkommen der preußischen Bevölkerung für 1886 auf 8 884 100 000, oder 314 M. pro Kopf berechnete. Dieses Durchschnittseinkommen auch heute als richtig vorausgesetzt, so würde sich bei der heutigen Bevölkerung ein jährliches Gesammteinkommen von 9 843 674 862 M. ergeben, wovon die obigen 6 086 052 635 M. auf die Bevölkerung mit über 900 M. Einkommen und 3 757 622 227 auf die Bevölkerung mit unter 900 M. Einkommen entfielen. Die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung hätte demnach pro Kopf ein Einkommen von 592 M., oder pro Familie à 5 Personen von 2960 M. jährlich. Die nicht einkommensteuerpflichtige Bevölkerung hätte dagegen nur ein Einkommen von 178 M. pro Kopf, oder 890 M. pro Familie. Bei der gleichmäßigen Auftheilung der vorhandenen Einkommen unter sämmtliche Volksgenossen aber würden sich nach der obigen Soetbeer'schen Schätzung 314 Mark pro Kopf oder 1570 M. pro Familie ergeben. Das Einkommen der Proletarier würde sich also beinahe verdoppeln. Immerhin ganz annehmbar!

Nun noch das vorhandene Grund- und Kapitalvermögen. Zur Vermögenssteuer sind in Preußen veranlagt worden 64 024 178 053 Mark. Diese 64 Milliarden gehören 1 166 745 Personen oder 3,72 pCt. der Bevölkerung. Es sind darin jedoch nur die Vermögen über 6000 M. enthalten. Bezüglich der Vermögen unter 6000 M., die doch jedenfalls noch weit zahlreicher als die größeren sind, ist man wiederum auf Schätzung angewiesen. Macht man zu diesem Zwecke einen Zuschlag von nur 25 pCt., so ergiebt sich eine Gesammt-Vermögensmenge von über 80 000 000 000 M., und auf die einzelnen Volksgenossen berechnet macht dies ein Vermögen von ca. 2550 M. pro Kopf oder von 12 750 M. pro Familie à 5 Köpfe.

Um zu relapituliren: Bei der allgemeinen Auftheilung würde sich für die preußische Bevölkerung ergeben:

pro Kopf:

2550 M. Vermögen und 314 M. jährliche Einnahme,

pro Familie à 5 Köpfe:

12 750 M. Vermögen und 1570 M. jährliche Einnahme.

Wir glauben, mancher Proletarier würde damit recht zufrieden sein. —

Die gewissenlose Komödie, welche die europäische Diplomatie in der orientalischen Frage spielt, ist niemals in grellere Beleuchtung gestellt worden, als gegenwärtig, wo das Zwergkönigreich Griechenland sich plötzlich als Großmacht aufspielt und in Kreta mit brennender Fackel um das Pulverfaß herumfuchtelt, ohne daß ihm die europäische Diplomatie in den Arm fiele. Das einzige, was diese Diplomatie thut, ist: die Türkei zu verhindern, dem Unfug ein Ende zu machen, was mit ein paar Regimentern Soldaten im Handumdrehen geschehen wäre. Dieses Königreich Griechenland hat nämlich mit den jonischen Inseln, die ihm von England geschenkt wurden, zusammen nicht ganz 2½ Millionen Einwohner — eine Million weniger als das Königreich Sachsen — und eine miserable Armee.

Und da will man uns einreden, durch Griechenland werde jetzt der Weltfriede bedroht, und die europäische Diplomatie strenge sich gewaltig an, die Gefahr zu beseitigen.

Als ob nicht das leiseste Wort, aber ernsthaft gesprochen, genügte, um den griechischen Bramarbas sich lammfromm ducken zu lassen.

Die Frage ist blos, wer in dieser Komödie den andern betrügt: Rußland England, oder England Rußland! Die Einzigen, die sicher betrogen sind, das sind die Köhlergläubigen, die von der europäischen Diplomatie Thaten der Humanität und des Fortschritts erwarten.

Aus dem Inhalte der von Tag zu Tag in größerer Anzahl eintreffenden telegraphischen Meldungen über die Vorgänge in Kreta heben wir das folgende hervor:

Aus Konstantinopel wird depeschirt:

Hier aus Kanea eingetroffene Meldungen besagen, daß in Kanea nur Mohamedaner zurückgeblieben sind. Alle Christen befinden sich auf den Kriegsschiffen, von welchen sie nach Milo expedirt werden. Die christlichen Aufständischen in der Nähe von Kanea erwarten Zuzüge aus dem Innern des Landes, besonders Sphakioten, und Munitionssendungen, worauf sie gegen die Stadt vorrücken wollen. Die Stimmung im Lager ist seit der Proklamirung der Union einer Verständigung wenig günstig. In Kandia und Retimo wird von den Mohamedanern geplündert. Fremde Kriegsschiffe, darunter auch griechische, sind dahin abgegangen. An mehreren Orten plündern die Mohamedaner militärische Waffendepots.

Nach einer Meldung des Generalgouverneurs von Kreta sind in Kissamo 23 Mohamedaner ermordet worden.

Die „Times" melden aus Konstantinopel vom 9. d. Mts.: Die Pforte hat ihre Botschafter telegraphisch angewiesen, bei den Mächten ernstliche Vorstellungen betreffend die Lage auf Kreta zu erheben und namentlich deren Aufmerksamkeit auf die Haltung Griechenlands zu lenken.

Der „Standard" meldet aus Konstantinopel, eine Note der Pforte ersuche die Mächte, den Aufmunterungen der Aufständischen seitens Griechenlands Einhalt zu thun, sonst würde die Pforte Truppen senden müssen.

Aus Athen berichtet der Telegraph:

Prinz Georg wird mit sechs Torpedobooten nach Kreta abgehen. Man verheimlicht hier nicht mehr, daß die Flotille Befehl hat, mit allen Mitteln eine Landung türkischer Truppen in Kreta zu verhindern. Die Nachricht von der Abfahrt der Flotille ist seit einer Stunde hier verbreitet und hat eine gewaltige Bewegung hervorgerufen.

Im Augenblick der Einschiffung des Prinzen Georg im Piräus gab die Menge hunderte von Schüssen ab.

Die griechische Regierung hat an die Mächte eine Note gerichtet mit der Erklärung, Griechenland könne den Ereignissen in Kreta nicht als einfacher Zuschauer gegenüberstehen wegen seiner Pflicht gegen die Christen und seiner Gefühle für eine bluts- und glaubensverwandte Bevölkerung.

Die „Times" melden aus Athen vom gestrigen Tage, die Entsendung der Torpedoboots-Flottille sei erfolgt auf die Nachricht, daß ein Torpedoboot die Dardanellen zur Fahrt nach Kreta verlassen habe und Truppen in Salonichi sein sollten. — Das kretische Zentral-Komitee, dessen Vorsitzender Renieri, der frühere Gouverneur der Nationalbank ist, habe große Vorbereitungen zur Unterstützung der kretischen Sache getroffen. Eine erste Abtheilung von 600 bewaffneten Kretern sei am Abend nach Kreta abgegangen.

Aus Kreta selbst wird telegraphisch gemeldet und zwar von der „Agenzia Stefani":

Einige muselmännische Familien, denen trotz des im vorigen Jahre erlassenen Verbotes, Kreta zu verlassen, dies gestattet wurde, und die sich unter Begleitung von Truppen hierzu anschickten, wurden von Christen angegriffen. Die aufgeregte Bevölkerung Kreta's beginnt zu plündern und sucht die Einschiffung der Fremden zu verhindern. Die Ortsbehörden verhalten sich passiv.

Ueber Athen wird gemeldet:

Etwa 1500 Christen halten die Ostprovinzen Kreta's abgesperrt. In der Umgebung von Herakleion stehen zahlreiche Haufen von Christen und Mohamedanern einander beobachtend gegenüber, bereit, handgemein zu werden, wenn ein Ueberfall auf Religionsgenossen verübt werden sollte. Eine Nachricht von der Entsendung türkischer Truppen von Smyrna aus ruft Erregung hervor.

Die „Times" melden aus Kanea von gestern: Die Lage in Herakleion hat sich plötzlich zum schlimmeren gewandt. Die Mohamedaner begannen die christlichen Häuser aufzubrechen und zu plündern; auch verhindern sie die Abreise von Flüchtlingen auf dem Seewege.

Aus Paris wird gemeldet:

Die Mehrzahl der Blätter erklärt angesichts des gefährlichen Spiels, welches Griechenland betreibt, eine sofortige Lösung der Orientkrise für unabweislich. Der „Matin" sagt, falls zwischen den europäischen Mächten wirklich eine Uebereinstimmung herrsche, müsse dieselbe unverzüglich durch einen Akt zum Ausdruck kommen, denn in drei Tagen wäre es vielleicht zu spät, um den Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhüten.

Wie man in Pariser diplomatischen Kreisen annimmt, werde die Pforte die herausfordernde Haltung Griechenlands, die in der Entsendung der Flotte des letzteren nach Kreta besteht, mit einer militärischen Demonstration an der thessalischen Grenze beantworten. Die Mächte würden der Pforte eventuellenfalls freie Hand lassen.

Der französische Kreuzerdampfer „Admiral Charner" ist gestern Abend nach Kreta abgedampft. Die Panzerschiffe stehen in Toulon unter Dampf; ferner haben die in Toulon anwesenden zwei (österreichischen?) Kriegsschiffe „Zara" und „Spezzia" ebenfalls Befehl erhalten, sich nach den kretensischen Gewässern zu begeben.

Aus Wien meldet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Die Großmächte haben der griechischen Regierung eine Verbalnote übermittelt, worin ihre Einmüthigkeit zur Verhinderung einer Bewegung auf Kreta ausgesprochen wird. Die Mächte seien entschlossen, die Integrität der Türkei und den Weltfrieden aufrecht zu erhalten, und hegten die Ueberzeugung, daß die Reformvorschläge der Botschafter die innere Ruhe und Ordnung in der Türkei sichern würden. Die Botschafter in Konstantinopel sind angesichts der veränderten Situation zu neuerlichen Berathungen von den Mächten angewiesen, um von der Pforte die schleunigste Durchführung der Reformen auf Kreta mit Entschiedenheit zu fordern, widrigenfalls die Pforte die Verantwortung für die weiteren Ereignisse zu tragen hätte.

* * *

Deutsches Reich.

— **Militär-Strafprozeß-Ordnung.** Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: Der dem Bundesrath vorliegende Entwurf der Militär-Strafprozeß-Reform unterscheidet sich, wie wir erfahren, von dem vor zwei Jahren ausgearbeiteten durch verhältnißmäßig ganz unbedeutende Verbesserungen. Für jede Division,

für Festungen und größere Städte ist nur je ein Auditeur vorgesehen, der im Behinderungsfalle in Untersuchung und Aburtheilung durch einen Offizier ersetzt wird. Nur die Divisionsgerichte, also die höheren Gerichte, haben einen Auditeur. Die niedrigen Gerichte, die bis zu einem Jahre Freiheitsstrafe verhängen können, haben gar keinen Auditeur. Untersuchungen und Aburtheilungen werden nur durch Offiziere bethätigt. Beim Divisionsgericht könnte es also vorkommen, daß ein Todesurtheil ohne Mitwirkung eines Juristen zu stande käme. Das Bestätigungsrecht ist beibehalten, die Mündlichkeit unter einigen Klauseln und die Oeffentlichkeit unter den bereits bekannten Beschränkungen angenommen.

— Bäckerei-Verordnung. Der Vorstand der hiesigen Bäckerinnung „Konkordia" hat nach der „Germania" sämmtlichen Reichstags-Abgeordneten durch den Obermeister Gemeinhardt eine Petition überreichen lassen, worin die Abgeordneten ersucht werden, für Aufhebung der Bundesraths-Verordnung über den Betrieb im Bäckereigewerbe einzutreten. Sei die Aufhebung der Verordnung nicht möglich, so wird um die Festsetzung einer Minimal-Ruhezeit von 70—74 Stunden pro Woche ersucht. Sollte auch dies nicht zu erreichen sein, so ersucht die Petition den Reichstag, die Nachtarbeit im Bäckereibetriebe durch Gesetz zu verbieten.

Die Bäckermeister müssen sich beruhigen, ihr Schreien hilft vorläufig nicht. Wir haben übrigens gegen ein Verbot der Nachtarbeit nichts einzuwenden. Das Publikum wird sich danach einzurichten wissen. —

— Eine Absage an Herrn Mohr. In nationalliberalen Blättern wird übrigens schon jetzt angedeutet, daß Herr Mohr im Falle seiner Wiederwahl in das Abgeordnetenhaus nicht wieder in die nationalliberale Fraktion aufgenommen werden würde. —

Hamburg, 11. Februar. (Eig. Ber.) Dem Beschluß der Hamburger Bürgerschaft, bei Eingaben an den Senat künftig die recht erheblichen Gebühren in Wegfall zu bringen, ist der Senat beigetreten. Damit ist einem geradezu skandalösen Zustande endlich ein Ende gemacht. Wenn eine arme Wittwe, die wegen strafbaren Eigennutzes verurtheilt war, was bei dem Hamburger Kahlpfändungsrecht bekanntlich leider sehr oft vorkommt, und nun ein Gnadengesuch an den Senat richten wollte, so hatte sie erst einmal 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten, und wenn sie dann Antwort, vielleicht sogar eine abschlägige Antwort bekam, so hatte sie dafür 4 M. zu entrichten. Das soll fortab nun nicht mehr nöthig sein.

Hamburg, 10. Februar. Der Senat hat der Bürgerschaft einen Antrag betreffend Ratifikation des Staatsvertrages mit Preußen über die Korrektion der Unterelbe zugehen lassen, worin außer anderen Beträgen auch 1 580 000 M. für Herstellung eines Leitdammes in der Elbe vor dem Altonaer Hafen gefordert werden. Die Stadt Altona hat indessen nach Fertigstellung des Dammes 100 000 M. zurückzuzahlen. —

Weimar, 10. Februar. (Eig. Ber.) Unser Landtag tagt nun bereits 1½ Wochen, Beschlüsse sind aber noch nicht gefaßt worden. Der Entwurf, betreffend die Abänderung der Steuerverfassung, ist einem besonderen Ausschuß zur Vorberathung übergeben. Gestern bei der ersten Lesung der Vorlage, durch die dem Lehrermangel vorgebeugt werden soll, nach welcher an je 15 Seminaristen pro Jahr 150 Mark Stipendien zu zahlen seien, vertrat Genosse Baudert unsere Forderung für unentgeltlichen Unterricht an den höheren Bildungsanstalten, für höheren Gehalt und bessere gesellschaftliche Stellung der Volksschullehrer. Der Abg. v. Wurmb hatte darauf nichts Eiligeres zu thun, als wieder eine Brandrede gegen die Sozialdemokratie zu halten, es sei selbstverständlich, daß ein Lehrer mit 1100 M. Gehalt unzufrieden sein müsse, wenn, wie jetzt beim Hamburger Streik, von den Sozialdemokraten verhetzte Arbeiter mit 2400 M. Verdienst die Arbeit niedergelegt hätten. Selbstverständlich erfolgte auf eine derartige und unwahre Verdächtigung die gebührende Antwort. —

— Der Landtag von Sachsen-Meiningen hat die Anträge der Freisinnigen betr. Aenderung des Landtagswahlrechts abgelehnt. —

Karlsruhe i. B., 10. Februar. (Eig. Ber.) Die Berliner „Volks-Zeitung" bringt einen begeisterten Artikel anläßlich des 70. Geburtstages des badischen Landtags-Abgeordneten K. Delisle. Sie erwähnt hierbei folgenden Vorgang, der Delisle erst in weiteren Kreisen bekannt machte:

„Delisle war früher Oberingenieur der badischen Staatsbahnen und hat sich um das Eisenbahn-Maschinenwesen in hervorragender Weise verdient gemacht, wobei ihm seine durch langjährige Thätigkeit in den Vereinigten Staaten erworbenen reichen Erfahrungen sehr zu statten kamen. Großes Aufsehen erregte seinerzeit eine Affaire, welche die Pensionirung Delisle's zur Folge hatte. In einem geselligen Verein, dem er angehörte und in welchem jede politische Erörterung nach den Statuten ausgeschlossen sein soll, brachte ein Mitglied ein Hoch auf den Kaiser aus, weil derselbe den gegen die Bismarck-Ehrung gerichteten bekannten Beschluß der Mehrheit des Reichstages in scharfen Worten gegeißelt habe. Die Art der Begründung seitens des Redners, die sich insbesondere gegen die linksstehenden Fraktionen richtete und in der Delisle eine Beleidigung seiner eigenen Partei durch jenes Vereinsmitglied erblicken mußte, veranlaßte ihn, dem nichts ferner lag, als eine Majestätsbeleidigung zu begehen, bei dem Kaiserhoch sitzen zu bleiben, um hierdurch gegen die durch den Redner an seiner Partei geübte Kritik zu protestiren. Der Wunsch der Reaktionäre, daß Delisle wegen Majestätsbeleidigung unter Anklage gestellt werde, ist zwar nicht erfüllt worden, jedoch mußte Delisle infolge der von jener Seite gegen ihn eingeleiteten maßlosen Hetzereien aus dem Amte scheiden. Eine deutliche Antwort hierauf gaben die Wähler der Stadt Rastatt; die deutsche Volkspartei eroberte beim ersten Anlauf das Landtagsmandat von den Nationalliberalen im Jahre 1895 und Delisle, der geistig und körperlich noch sehr rüstig ist, tauschte für die von ihm aufgegebene staatliche Stellung das Ehrenamt eines Abgeordneten ein."

Vollständig wäre die vorstehende Mittheilung erst gewesen, wenn die „Volks-Ztg." auch noch das folgende hinzugesetzt hätte: „Der Befehl, Delisle von dem Staatsdienste zu entlassen, kam natürlich vom Hof. Zur Charakterisirung dieser Sorte von Demokraten muß erwähnt werden, daß neulich bei der außerordentlichen Tagung des Landtages der Großherzog einen Hofball gab, bei welchem als Repräsentant der freisinnig-demokratischen Fraktion derselbe Delisle anwesend war und die Kour schnitt." —

Darmstadt, 10. Februar. Die neugewählte Zweite Kammer des hessischen Landtages ist gestern zu ihrer Konstituirung zusammen getreten. Sie zeigte ein gänzlich verändertes Bild, denn die seit langen Jahren dominirende nationalliberale Parteiherrschaft ist durch die letzten Wahlen gebrochen worden und die Mehrheit der einst allmächtigen Partei beschränkt sich nur noch auf eine Stimme, 26 gegen 24 der Opposition. Und obwohl heterogen, ist diese aus Freisinnigen, Antisemiten, Zentrumsleuten und Sozialdemokraten bestehende Opposition einig darin, die nationalliberale Supremalie zu brechen, und sie that es. Nebenbei bemerkt waren die zusammengeschrumpften Terroristen, welche der Opposition seither sogar jede Mitarbeit an den Kommissionsarbeiten prinzipell verweigert hatten, ziemlich elegisch gestimmt und dies zeigte sich schon bei der Präsidentenwahl. Gewählt wurde an stelle des von unserem Genossen Ulrich in Offenbach verdrängten langjährigen Präsidenten der Kammer, Justizrath Weber, der nationalliberale Kreisrath Haas-Offenbach. Zweiter Präsident wurde der freisinnige Rechtsanwalt Metz-Gießen, Schriftführer der Nationalliberale Hechler und der Klerikale Freiherr Dael von Röth. Morgen findet die Wahl der Ausschüsse statt und nach den getroffenen Vereinbarungen wird unsere Partei vertreten sein im Finanz-Ausschuß durch Ulrich, im Gesetzgebungs-Ausschuß durch Dr. David und im Wahlprüfungs-Ausschuß durch Cramer, und nur im Petitions-Ausschuß bleibt sie unvertreten. Da das Staatsbudget infolge der Verstaatlichung der Ludwigsbahn erst im Herbst berathen werden soll, dürfte die Session nur wenige Tage währen.

Schweiz.

Zürich, 10. Februar. (Eig. Ber.) Der letzte Wahltag im Kanton Zürich, über den wir schon kurz telegraphisch berichtet haben, hat die Erwartungen der sozialdemokratischen Partei nicht blos erfüllt, sondern noch etwas übertroffen. Unser Regierungsrath-Kandidat Genosse Stadtrath Ernst erhielt 15 483, während der Kandidat Lutz der seit 30 Jahren siegreichen und mächtigen demokratischen Partei es auf 19 182 Stimmen brachte, der liberal-konservative Dr. Haab dagegen auf 24 488. Die Wahlziffern zeigen, daß die Liberal-Konservativen die stärkste von allen 3 Parteien, dagegen nur eine Minderheit gegenüber den beiden demokratischen Parteien sind. In Zürich III. Kreis (Außersihl), Winterthur und dessen benachbarten Industriedörfern Töß, Veltheim, Oberwinterthur, Seen, Wülflingen, und sogar in den Landgemeinden Hettlingen, Jauerthalen und Elsau erhielt der sozialdemokratische Kandidat die Mehrheit; speziell in Zürich-Außersihl 2347 gegen 831 liberale und 1771 demokratische und in Winterthur 2144 gegen 517 resp. 686 Stimmen. In Winterthur siegten auch die Sozialdemokraten bei einer Ersatzwahl in den Großen Stadtrath mit dem Genossen Flach über den Kandidaten der beiden bürgerlichen Parteien. Es geht im Kanton Zürich mit der sozialdemokratischen Partei nun rasch vorwärts. —

Frankreich.

Paris, 10. Februar. (Eig. Ber.) Cochery's Steuerreform-Entwurf ist nun endlich in allen Einzelheiten von der Regierung festgestellt worden. Aus den angekündigten drei sind vier Sondereinwürfe geworden. In dem ersten wird die Mobiliar- und Personalsteuer durch eine Wohnungssteuer ersetzt, deren Steuersätze mit dem Miethwerth, der Zahl der Dienstboten, der Pferde und Karossen steigen, mit der Zahl der Kinder abnehmen. Für jedes Kind wird der Steuersatz um ¼ herabgesetzt. Das gilt dem bourgeoisen Gleichheitsbegriff gemäß für alle Steuerkategorien, ebenso wie das steuerfreie Minimum, welches je nach dem Departement variirt. Infolge der etwas stärkeren Heranziehung der reicheren Steuerzahler wird die neue Steuer 92 Millionen liefern, d. h. 6 Millionen mehr als die alte. Von den 10½ Millionen französischen Familien werden 6½ Millionen steuerfrei sein. — Der zweite Entwurf betrifft die Thür- und Fenstersteuer. Trotzdem die Kammer wiederholt die Abschaffung dieser empörenden „Steuer auf Licht und Luft" votirt hatte, muthet die Regierung ihr zu, sich mit der Entlastung der Hälfte der Häuser zu begnügen. Als Grenze der Steuerfreiheit gilt das lokale Maximum der Wohnungssteuer. Mag sein, daß die ärmeren Kleinbauern Steuerfreiheit genießen werden; die städtischen Arbeiter werden aber gewiß nach wie vor in den Miethszins für die vom Hausbesitzer bezahlte Thür- und Fenstersteuer aufzukommen haben. Der bisherige Ertrag dieser Steuer in der Höhe von rund 52 Millionen wird um 16½ Millionen vermindert und dieser Ausfall durch den Ueberschuß aus der Wohnungssteuer und durch Erhöhung der Steuer auf verbautes Grundeigenthum gedeckt. Eine schlaue „Entlastungs"-Methode! Was der bäuerlichen Bevölkerung mit der einen Hand zurückgegeben, wird ihr mit der andern Hand theilweise zurückgenommen.

Der dritte Entwurf sieht die Herabsetzung der Grundsteuer vor. Der vom Staat bezogene Steuerantheil wird für die einzelnen Gemeinden um ¼ des Hauptsatzes (le principal, d. h. ohne die staatliche Zuschlagssteuer, die sogenannte centimes généraux) vermindert. Die Gemeinden hätten dann diese Entlastung den einzelnen Steuerzahlern zu gute kommen lassen in der Form der Abschaffung der kommunalen Natural- oder in Geld umgewandelten Leistungen. Der durch den Entwurf verursachte Ausfall von 26 Millionen wird gedeckt durch eine Gebühr auf ausländische Werthpapiere (9½ Millionen) und durch Erhöhung der Handänderungsgebühr auf Inhaberpapiere und der Uebertragungsgebühr auf Namenspapiere. — Diesmal sieht also die Entlastung zwar ernst aus. Was bedeutet aber eine Grundsteuer-Verminderung von 26 Millionen, welche überdies auch den reichen und reichsten Grundbesitzern zu gute kommt, angesichts der Thatsache, daß die Grundsteuer an Staat, Departement und Gemeinde 248 Millionen beträgt?

Der vierte und letzte Entwurf will bei Festsetzung der Grundsteuer die Hypothekarschulden in Abrechnung bringen. Der betreffende Steuertheil soll dem Gläubiger auferlegt werden. Ob aber diese an sich vortreffliche Bestimmung ihren Zweck erreicht, ist sehr zweifelhaft. Der Gläubiger kann ja leicht in unanfechtbarer Form die Steuer auf den Schuldner abwälzen. Obendrein fehlt im Entwurf jede Garantie gegen derartige Abwälzungsversuche.

Die ganze „Reform" bewirkt insgesammt eine Entlastung von 50 Millionen, und zwar für Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, das ist nahezu die Gesammtheit der ländlichen Gemeinden. Die ärmere städtische Bevölkerung geht also ganz leer aus. Es ist eine Scheinreform, berechnet auf die Vereitelung einer gründlichen Steuerreform und auf Bauernfang. Der bekannte Bourgeisökonom, Leroy-Beaulieu, dem freilich auch die Meline-Cochery'sche Reform zu weit geht, bezeichnet sie im ministeriellen „Journal des Débats" treffend als „wahlmacherische Taschenspielerei" (jonglerie électorale). Es bleibt indeß abzuwarten, ob die Mehrheitsparteien die Wählermassen für ebenso dumm halten, wie dies Meline und Genossen durch ihre Reform bekunden. —

Paris, 10. Februar. Die gestrige Senatssitzung war durch folgenden Zwischenfall ausgezeichnet. An der Spitze der Tagesordnung stand die Giltigkeitserklärung der Wahl des neuen radikalen Senatoren Bourgeois (Jura). Als Präsident Loubet verkündigt hatte, daß dieselbe mit 180 Stimmen erfolgt sei, bestieg der neue Senator die Rednerbühne und erklärte, daß er seine Demission als Senator gebe. Auf der Linken wurde dies mit Beifall begrüßt. Die Gründe, welche Herrn Bourgeois zu diesem Schritt veranlaßten, sind die, daß er bei der Abstimmung über die Giltigkeit seiner Wahl eine geringere Stimmenzahl erhielt, als seine beiden Kollegen Lelièvre und Grévy, deren Mandate mit 190 Stimmen ungiltig erklärt wurden. Herr Bourgeois hat an die Zeitungen einen Brief gerichtet, worin er sagt, daß er sein Deputirtenamt wieder aufnehme. In den Wandelgängen der Kammer wurde dieser Brief gestern lebhaft erörtert. Die radikalen Deputirten nahmen die Handlungsweise Bourgeois' nicht mit der Freude auf, welche dieser vielleicht erwartet hatte. Sie tadeln ihn vielmehr, daß er die demokratische Union des Senats um eine Einheit vermindert und dadurch die Eroberung des Oberhauses durch die radikale Partei kompromittirt habe. Nur einige wenige billigen Bourgeois' Vorgehen und daß er in die Kammer zurückkehrt. An seiner Stelle wäre, sagen sie, ein regierungsfreundlicher Gemäßigter in die Kammer gewählt worden, der die Majorität der Regierung gerade in dem Augenblicke vermehrt hätte, wo die Radikalen zum Sturm gegen dieselbe schreiten. —

Italien.

— In Rom wurden 25 Sozialisten in Arrest genommen, weil sie gegen das Dekret des Präfekten, betreffend die Auflösung der sozialistischen Arbeiter-Federation, verstoßen haben sollten. Die Genossen hatten sich, wie der „Avanti" angiebt, lediglich privatim versammelt, um Wahlangelegenheiten zu besprechen.

Spanien.

Madrid, 11. Februar. Dem „Corrière militare" zufolge haben die Insurgenten auf Kuba in der Zeit vom 30. Juli 1895 bis November 1896 zirka 16 Millionen (Franks?) Unterstützung erhalten, darunter 8½ Millionen aus den Vereinigten Staaten, die anderen Beträge gingen ein aus England, Schottland, Irland, Italien, Rußland, Deutschland und Spanien. Gegenwärtig jedoch sind die Hilfsquellen der Insurgenten versiegt. (?)

Wer in Deutschland sollte denn die Kassen der Insurgenten gespeist haben? Etwa die Zuckerfabrikanten, die an der Vernichtung der kubanischen Zuckerrohr-Felder und -Fabriken in hohem Maße interessirt sind? —

Asien.

— Ueber die Hungersnoth in Indien äußerte sich anscheinend allzu optimistisch der Staatssekretär für Indien in einer am 10. Februar in Harrow (Middlesex) gehaltenen Rede. Er führte dabei aus, daß in Indien selbst jetzt der Weizenpreis niedriger sei, als in England. Er habe gehört, daß wahrscheinlich eine sehr große Menge der kalifornischen Weizeneinfuhr von Indien mit wirklichem Verluste nach England weiter gebracht werde. Der Vizekönig und er, Redner, seien nach sorgfältiger Prüfung zu dem Schlusse gekommen, daß mit Einschluß des Frühjahrswetters in Indien genug Nahrung vorhanden sei, um die Bevölkerung zu erhalten. —

Madras, 10. Februar. In einer heute hier abgehaltenen großen öffentlichen Versammlung wurden Beschlußanträge angenommen, in welchen der indischen Regierung Mißbilligung ausgesprochen wird, daß trotz der Gefahr der Verschleppung der Pest sie den nach Mekka gehenden Pilgerschiffen die Ausreise von Madras trotz der Gegenvorstellung der Regierung von Madras und der öffentlichen Körperschaften gestattet hat. Es wurde beschlossen, sich an den Staatssekretär für Indien um Abhilfe zu wenden. —

Afrika.

Pretoria, 10. Februar. Der ausführende Rath hat über die von der Chartered Company wegen des Jameson'schen Einfalles zu fordernde Entschädigungssumme Beschluß gefaßt. Eine amtliche Mittheilung über den festgestellten Betrag ist noch nicht erfolgt; einem Blatte zufolge soll sich derselbe auf 1 100 000 Pfund Sterling (ca. 22 Millionen Mark) belaufen. —

Agordat, 10. Februar. (Agenzia Stefani.) Die Schnelligkeit, mit welcher die Derwische ihren Rückzug begannen, machte anfangs die Verfolgung seitens der Italiener und die Bemühungen der Barias, die Verpflegungskolonne der Derwische abzufangen, wenig erfolgreich. Als aber die Derwische am Gaschflusse ankamen, fielen die Barias in die geschlossene rechte Flanke des Feindes und bemächtigten sich einer großen Menge von Vieh, Gewehren und Lanzen, wobei sie die Eskorte theils ausplünderten, theils zu Gefangenen machten. —

Amerika.

Washington, 10. Februar. In gemeinsamer Sitzung des Senats und des Repräsentantenhauses wurde heute Mac Kinley offiziell zum erwählten Präsidenten der Union, Hobart zum Vizepräsidenten erklärt.

Reichstag.

173. Sitzung vom 11. Februar 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher.

Präsident v. Buol: Der Kaiser habe dem Reichstage vier eigenhändige Darstellungen über den Stand, insbesondere der Neubauten der Marinen Deutschlands, Frankreichs, Rußlands, Amerikas und Japans überwiesen. Ich habe die Darstellungen im Kuppelraum der Wandelhalle zur Einsicht aufstellen lassen, um ihnen später eine definitive Bestimmung zu geben. Ich werde dem Kaiser im Namen des Reichstags für diese Uebermittelungen den Dank des Hauses aussprechen. (Zustimmung.)

Das Haus setzt die am vorigen Donnerstag abgebrochene Berathung über den sozialdemokratischen Antrag wegen des Achtstundentages fort.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (k.) wendet sich gegen den Antrag, der nur der Agitation diene und schließlich zur Schädigung der Arbeiter führe, wie ja auch der Hamburger Ausstand zum Nachtheil der Arbeiter ausgeschlagen sei und zu blutigen Zusammenstößen geführt habe. (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Deshalb müsse man den sozialdemokratischen Forderungen gegenüber sehr vorsichtig sein. Von einer Reserve-Armee Arbeitsloser könne man nicht sprechen, denn in den Großstädten finde jeder Arbeitswillige Beschäftigung. Mit dem Zehnstundentag habe man angefangen, wenn man den Achtstundentag erreicht habe, werde die Agitation für den Siebenstundentag beginnen. Daß kaiserliche Versprechungen nicht eingelöst seien, dem muß entschieden widersprochen werden. Wenn in einigen Betriebszweigen die Arbeitszeit zu lang ist, dann sollten die Sozialdemokraten sich schriftlich an den Bundesrath wenden, der ja nur zu leicht auf solche Anregungen eingehe, wie die den Kleinbetrieb schwer schädigende Bäckereiverordnung beweise. (Beifall rechts.) Mit der verbesserten Technik sind die Löhne gestiegen und ist die Arbeitszeit verkürzt worden. Der Antrag zeigt, daß die Zeit der Wahlen herangerückt. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Hüpeden (d. k. Fr.): Weite Kreise der Arbeiter bedürfen einer Verkürzung der Arbeitszeit nicht, aber den Dienstboten z. B. wird ihre Sonntagsruhe durch die Geselligkeitspflege am Sonntag gekürzt. Hier und bei den Handlungsgehilfen müßte geholfen werden, aber der Antrag ist zu umfassend und deshalb nicht annehmbar. Unbedingt könne man aber nicht zugestehen, daß der kleine Betrieb längere Arbeitszeit brauche; ein Kleinbetrieb könne sich nicht auf Kosten der Gesundheit seiner Arbeiter erhalten. Von der freien Entschließung der Arbeiter, ihre Kräfte auszunutzen, könne hierbei nicht die Rede sein. Je weniger man den Arbeitern Selbsthilfe durch die Organisation gestattet, desto mehr müsse man mit der Staatshilfe hervortreten. Die allzu lange Arbeitszeit führe zur Trunksucht und zur Entwöhnung von höheren Genüssen. Der Vorredner hat wenigstens nicht behauptet, daß die Februarerlasse von 1890 ausgeführt seien. Der Handelsminister v. Berlepsch hat erklärt, daß sie noch nicht erfüllt sind. Wo wären denn auch die Einigungsämter, die Organisationen der Arbeiter. Der Hamburger Ausstand zeigt es, daß die Arbeiterfrage eine Organisationsfrage ist. Wenn dem Pfarrer Naumann ein Platz bei den Sozialdemokraten angewiesen wird, so hoffe ich, daß er bald in der Lage sein wird, sich hier einen Platz zu suchen. Die gewerkschaftliche Bewegung, auf welche Pfarrer Naumann die Arbeiter verweist, ist keine grundsätzlich sozialistische; die letztere, die mehr politische, lebt von der Hoffnungslosigkeit der heutigen Zustände. (Präsident v. Buol ruft den Redner zur Sache.)

Abg. v. Hertling (Z.) legt den Standpunkt des Zentrums dar, wie er in dem auf die kaiserlichen Erlasse von 1890 sich berufenden Antrage Hitze wegen Einführung einer Arbeitswoche von 63 Stunden zum Ausdrucke gekommen ist und vertheidigt folgenden, für den Fall der Ablehnung dieses Antrages gestellten Eventualantrag:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: 1. Erhebungen, insbesondere unter Befragung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten, der Krankenkassen-Vorstände und -Aerzte, sowie durch Vergleichung der Statistik der Krankenkassen und Invaliditäts-Anstalten — darüber anzustellen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird; 2. auf grund dieser Erhebungen überall dort, wo eine solche Gesundheitsgefährdung vorliegt, in Ausführung des § 120 e Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung durch entsprechende Verordnungen die Arbeitszeit zu regeln.

Der sozialdemokratische Antrag beziehe sich nur auf die gewerblichen Arbeiter und degradire dadurch die landwirthschaftlichen Arbeiter. Schon 1882 habe er unter Verwerfung allzuweitgehenden Zwanges den Schutz der Persönlichkeit des Arbeiters, insbesondere der Frauen und der jugendlichen Arbeiter verlangt. Die Gesundheit der Arbeiter gehe allen sonstigen Interessen der Betriebe voran.

Abg. von Kardorff (Rp.) glaubt nicht für den ursprünglichen Antrag des Zentrums stimmen zu können, wohl aber für den Eventualantrag. Die Sozialdemokraten verwahren sich dagegen, daß ihr Antrag lediglich agitatorisch sei, sie verweisen auf die Betriebe, in denen der Achtstundentag schon eingeführt sei. Wenn die Fabrikanten selbst den Nutzen erkennen, dann werden sie sich nicht aus bloßer Hartherzigkeit gegen denselben sperren. Die Wirkungen des Achtstundentages kann man heute kaum statistisch feststellen. Sollte die intensivere Arbeit nicht zur Schädigung der Gesundheit führen? Der Reichstag und die Regierung werden den sozialdemokratischen Antrag nicht annehmen. Die Regierung thäte am besten, den Antrag damit zu beantworten, daß sie die Bäckerei-Verordnung suspendirt, bis die vom Vorredner beantragte Enquete angestellt sein wird. Die Verordnung ist ein Bückling gegenüber der Sozialdemokratie. Der Achtstundentag ist keine Maßregel der Evolution, sondern der Revolution. Der Antrag hat nur den Zweck, die Sozialdemokratie zu rehabilitiren nach dem Fiasko des Hamburger Ausstandes (Widerspruch); deshalb sollte der Bundesrath die Bäckereiverordnung aufheben und die Bedrohung der Arbeitswilligen seitens der Ausständigen durch gesetzliche Mittel verhindern.

Die Abgg. Rösicke (d. k. F.) und Pachnicke (frs. Vg.) beantragen, die Nr. 2 des Eventual-Antrages des Zentrums zu fassen:

„Auf grund dieser Erhebungen für diejenigen Betriebe, in welchen eine solche Gesundheitsgefährdung vorliegt, in Ausführung des § 120e, Absatz 3, der Gewerbe-Ordnung oder im Wege der Reichsgesetzgebung die Arbeitszeit zu regeln."

Abg. **Hilpert** (d. k. F.) erklärt sich gegen den Achtstunden-Arbeitstag und gegen die Bäckerei-Verordnung.

Abg. **Rösicke** (d. k. F.): Der sozialdemokratische Antrag hat keine sozialistische Tendenz, ebensowenig wie der Antrag des Zentrums, der den hygienischen Maximalarbeitstag verlangt. Wenn man neben den hygienischen Gründen auch wirthschaftliche und ethische hineinzieht, so wird der Antrag dadurch noch nicht revolutionär. Da eine internationale Regelung der Frage nicht möglich ist, so würde eine Regelung in Deutschland allein ein großartiger Reinfall sein, zumal der Unterschied zwischen der bestehenden Arbeitszeit und dem Achtstundentag ein zu großer ist. Es soll nur bewiesen werden, daß alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie nicht arbeiterfreundlich sind. Hätten die Sozialdemokraten die Mehrheit, sie würden den Antrag aus wirthschaftlichen Gründen nicht annehmen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Verkürzte Arbeitszeit kann eine Mehrleistung zur Folge haben, aber nicht, wenn man von 10, 11 oder 12 Stunden auf 8 Stunden zurückgeht. Es wird also eine Lohnverkürzung eintreten, der die Arbeiter nicht entgegentreten können. Besonders geschädigt würden die Arbeiter mit den niedrigsten Löhnen und der längsten Arbeitszeit. Jedenfalls könne man nicht überall gleichmäßig verfahren. Redner verweist auf die Ausführung des § 120e der Gewerbe-Ordnung, aber unter Zustimmung des Reichstages.

Abg. Graf **Udo Stolberg** (k.): In den kaiserlichen Erlassen war ein Maximalarbeitstag für erwachsene Arbeiter nicht vorgesehen. Der Prinzipal-Antrag Hitze ist überflüssig für die Fabriken und schädlich für die Kleinbetriebe. Die Arbeitszeit an sich ist nicht maßgebend, sondern die damit verbundene Gesundheitsgefährdung; die letztere ist bezüglich der Bäckereien nicht erwiesen. Die Statistik sollte erst die Gesundheitsgefährlichkeit der verschiedenen Betriebe nachweisen. Deshalb stimmen wir für den Eventualantrag des Zentrums.

Abg. **Schall** (k.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und bedauert, daß Geistliche soweit gehen, sich auf seiten der Arbeiter allein zu stellen. Es sei Schwäche des Kirchenregiments, daß sie das dulde. Wenn Herr Naumann in den Reichstag komme, dann habe er hoffentlich den Pastor abgelegt; denn eine solche Kollegenschaft würde ihm, dem Redner, unangenehm sein. Wenn die Staatsbetriebe mit der Verkürzung der Arbeitszeit vorangehen, dann werden die Privatbetriebe benachtheiligt in ihrer Konkurrenzfähigkeit. Anträge der Sozialdemokraten, die sich von Christenthum und Religion losgesagt haben, sind uns von vornherein verdächtig; deshalb werden wir den Antrag Auer ablehnen.

Abg. **Förster**-Neustettin (Reformp.) beantragt, in dem Prinzipalantrag Hitze die 63stündige Normalarbeits-Woche auch für das Verkehrswesen einzuführen.

Abg. **Schneider** (frs. Vp.) beantragt, den § 120e lediglich im Wege der Gesetzgebung, nicht im Wege der Verordnung auszuführen; der Widerstand, den die Bäckerei-Verordnung gefunden hat, beweise die Nützlichkeit der Mitwirkung des Reichstages.

Abg. **Legien** (Soz.): Es sind von verschiedener Seite hier Ausführungen gemacht worden, die einer Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber durchaus nicht prinzipiell ablehnend lauteten, von anderer Seite will man sie durch das Koalitionsrecht der Arbeiter herbeiführen. Die Regierung ist heute unvertreten geblieben, wir haben eine Erklärung nicht gehört, wir wissen nicht, ob sie das eine oder andere will; ich darf wohl nach verschiedenen Vorgängen annehmen, daß sie zu einer Verkürzung nicht geneigt ist. Die Wissenschaft liefert uns die Beweise, daß es sogar nöthig ist, aus Gesundheitsgründen eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, wie ja auch in einzelnen Betrieben die Grenze, der Achtstundentag, erreicht ist. Unser Antrag soll agitatorisch wirken, sagt man, das ist aber nur der Fall gegen diejenigen, die sich überhaupt gegen eine gesetzliche Regelung dieser wichtigen Frage ausgesprochen haben. Die Erfahrung hat bewiesen, daß die mindere Arbeitszeit zum besten sowohl der Arbeiter wie der Unternehmer gewirkt hat. Die Gesetzgebung muß da eingreifen, wo die Einsicht der Fabrikanten nicht so weit geht, dies zu erkennen. Das Zentrum hat sich bei dieser Frage wieder in seiner eigenthümlichen Zusammensetzung gezeigt, Herr v. Hertling hat hier gleichsam als Vertreter des Unternehmerthums, Herr Hitze dagegen in arbeiterfreundlichem Sinne gesprochen; es hat sich dabei wieder gezeigt, wie die Herren des Zentrums in wirthschaftlichen Fragen auseinandergehen.

Für die Bergwerke ist eine achtstündige Schicht eingeführt; es giebt aber eine ganze Reihe von industriellen Betrieben, in denen die Arbeit ebenso schädlich für die Gesundheit der Arbeiter wirkt wie beim Bergbau. Man hat statt des Normalarbeitstages die Normalarbeitswoche vorgeschlagen; es würde aber nicht möglich sein, zu kontrolliren, ob die festgesetzte Stundenzahl wirklich eingehalten wird. Die Gefahr der unregelmäßigen Arbeit ist bei der Arbeitswoche eine sehr große und Regelmäßigkeit bei der Dauer der Arbeit ist vor allem nothwendig. Bei dem Zentrumsantrage wären von vornherein das Müllerei-, das Handelsgewerbe und andere Gewerbe von dem Achtstundentage ausgeschlossen; aus diesen Gründen können die Sozialdemokraten nicht dafür stimmen, wir könnten ihm nur aus dem Grunde zustimmen, weil wir das Prinzip anerkennen wollten, das in dem Antrag liegt. Es ist behauptet worden, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit auch eine Verkürzung des Lohnes eintreten würde. Ich habe eine Reihe von Statistiken darauf hin angesehen; diese ergeben, daß mit der Verkürzung der Arbeitsdauer auch eine Steigerung des Lohnes, und dann auch eine Erhöhung der Produktion und eine Verbesserung der Qualität eintritt. Aus schweizerischen Statistiken geht klar hervor, daß da wo die niedrigsten Löhne gezahlt werden, auch die längste Zeit gearbeitet wird — so bei der Textilindustrie, — daß dagegen mit den höheren Löhnen auch die kürzeste Arbeitszeit verbunden ist, das ist der Fall bei der Maschinenindustrie. Dann sagt man ferner, daß man aus Rücksicht auf die Konkurrenz des Auslandes nicht die Arbeitszeit verkürzen dürfe. Aber gerade das Ausland ist uns darin mit gutem Beispiel vorangegangen, und überall hat sich neben der Verbesserung der Lage der Arbeiter eine Verbesserung der Qualität der erzeugten Waaren herausgestellt. Schon aus diesem Grunde allein müßten die Unternehmer für die verkürzte Arbeitszeit sein.

Der Abg. v. Puttkamer hat uns vorgeworfen, wir wollten hier nur hetzen wie beim Hamburger Streik. Wir haben weder zum Streik gehetzt noch ihn durch die organisirten Arbeiter herbeiführen lassen. Der Streik ist durch die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer veranlaßt worden. Die Brutalität des Unternehmerthums hat Erbitterung erzeugt. Für das Blutvergießen ist verantwortlich die Tendenz des Staates, jede freie Regung der Arbeiter mit Blut und Säbel zu unterdrücken. Die Arbeiter haben sich aber nicht provoziren lassen. Gegen den Radau einiger halbwüchsigen Jungen ist die Hamburger Polizei mit einer Brutalität eingeschritten, wie sie nur in einer Republik vorhanden sein kann. Die Sozialdemokratie wird der Polizeibehörde weder Gelegenheit geben, mit blanken Waffen einzuschreiten, noch hat sie irgend welche Veranlassung, zum Streik zu hetzen.

Die Trades-Unions haben sich für den Achtstundentag erklärt, wenn man das eigentliche Stimmenverhältniß in betracht zieht. Ich bestreite, daß die englischen und amerikanischen Arbeiter vor den deutschen Arbeitern etwas voraus haben; wenn man das aber zugeben will, so muß man auch sagen, daß das englische und amerikanische Unternehmerthum über dem deutschen steht. Warum erreicht denn die Produktivität der deutschen Arbeiter nicht die der englischen und amerikanischen Arbeiter? Weil sie nicht die Möglichkeit haben, durch freie Organisation sich eine bessere Lebenshaltung und bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen, weil sie zu gering gelohnt sind und zu lange arbeiten müssen. Sobald die deutschen Arbeiter auswandern und in der neuen Heimath höhere Löhne erhalten u. s. w., beginnt ihre Produktivität sofort zu steigen.

Man hat angeführt, die Bäckergesellen wollen die Bäckereiverordnung aufgehoben wissen. Aber weshalb? Weil ein Bäckermeister dabei nicht existiren könnte und sie doch auch einmal Meister werden wollen. Also nicht im Arbeiterinteresse, sondern im Unternehmerinteresse haben sie das gefordert. Vielleicht hatten die Gesellen schon ein Geschäft abgeschlossen und befürchteten, daß ihnen nun nicht mehr die Vortheile der Meister zu theil werden würden.

Man hat auch den Herrn Pfarrer Naumann angegriffen, und Herr v. Heyl glaubte wunder was zu sagen, als er meinte, Naumann könnte bei der Sozialdemokratie Platz nehmen. Wir brauchen einen Fraktionspfarrer nicht. (Heiterkeit.) Wenn er sich von allem überflüssigen Ballast lossagt und zu uns kommt, nicht als Pfarrer, sondern als Mensch, nicht mit christlichen oder religiösen Anschauungen, dann soll er uns willkommen sein. Die Herren Naumann und Hitze suchen einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben dadurch, daß sie gewerkschaftliche Organisationen auf der Grundlage religiöser Anschauungen zu schaffen suchen. Den Arbeitern hilft aber nur eine gute Organisation. Die Herren führen aber schließlich eine Schwächung der Arbeiter im Kampfe gegen das Unternehmerthum herbei.

Der Abg. v. Stumm hat gesagt, daß wir die Majestätsbeleidigung gewissermaßen zum Prinzip für die Partei erhoben hätten. Herr v. Stumm hat wohl nicht verstanden, daß wir einen Unterschied in den Personen infolge bevorrechtigter Geburt absolut nicht machen. Wir haben nicht das Prinzip, beleidigen zu wollen, wir beurtheilen die Menschen nur nach ihrer Handlungsweise. Wenn Herr v. Stumm meinte, daß das Vereinsleben schlimmer als die lange Arbeitszeit sei, so vergißt er wohl die Kriegervereine, und daß wir auch für die geistige Bildung der Arbeiter sorgen wollen. Nicht die Schädigung der Industrie muß bei diesen gesetzgeberischen Maßnahmen maßgebend sein, sondern das Wohl der Schichten, die unter dem heutigen wirthschaftlichen und politischen System am meisten leiden.

Die Zahl der Arbeitslosen würde sich noch als eine größere darstellen, wenn es eine gute Statistik darüber gäbe. Wenn Herr v. Stumm gemeint hat, die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit sei eine Beschränkung der freien Selbstbestimmungsrechte der Arbeiter, so hört sich das eigenthümlich an in dem Munde eines Mannes, der seinen Arbeitern das Koalitionsrecht beschränkt, ihnen die Lektüre von Zeitungen verbietet und sie bei Strafe der Entlassung zwingt, ihn zu fragen, ob sie heirathen dürfen. Wenn die Festsetzung des Normalarbeitstages eine Verkümmerung der Gleichberechtigung der Arbeiter sein soll, dann verkümmert Herr v. Stumm diese von Gottes und Rechts wegen geschaffene Gleichberechtigung, denn er schreibt den Arbeitern vor, wie lange sie arbeiten sollen. Er beschränkt den Arbeitstag in seinem Betriebe. Oder will er etwa, daß es überhaupt keinen geregelten Betrieb giebt? Sollen die Arbeiter so lange arbeiten, wie es ihm beliebt? Herr v. Stumm erblickt in unserem Antrag ein revolutionäres Prinzip. Dann waren auch der Philosoph Friedrich Albert Lange u. a. Revolutionäre. Die Hirsch-Duncker'schen Arbeiterorganisationen haben 1894 darum petitionirt, daß der Arbeitstag auf neun und für gesundheitsschädliche Betriebe auf acht Stunden herabgesetzt werden soll. Die Stellung des Herrn Schneider entspricht also nicht dem, was die Gewerkvereine verlangen. Die Mehrheitsparteien nehmen jetzt ungefähr dieselbe Stellung ein, wie 1895 der Zentralverband deutscher Industrieller. Schaffen Sie uns das volle Koalitionsrecht und wir werden auf einen großen Theil Ihrer Arbeiterversicherungsgesetze verzichten können und brauchen dann auch nicht mit unsern Anträgen in dem Umfange zu kommen, wie es gegenwärtig noch nothwendig ist. Thun Sie das nicht, dann werden die Arbeiter Ihrer Arbeiterfreundlichkeit keinen Glauben schenken. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. v. Heyl, Hüpeden, v. Hertling und Schall erhält außerhalb der Tagesordnung das Wort:

Abg. Graf **Mirbach** (k.): Ich war gezwungen, wenige Stunden nach der Sitzung am Freitag in dringlichen Angelegenheiten nach Hause zu reisen und habe aus Zeitungsnachrichten und durch Einsicht in das Stenogramm gefunden, daß der Abgeordnete Dr. Lieber einen überaus scharfen Angriff gegen mich ausgesprochen hat. Meine Bemerkung im Zusammenhange mit der Erklärung, die ich im weiteren Verlauf der Sitzung gab, sollten nichts Verletzendes haben. (Gelächter.) Ich bitte, mir aus meiner recht langen parlamentarischen Vergangenheit nachzuweisen, ob jemals in irgend einem Falle, wo eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Herren vom Zentrum und mir bestanden hat, ich irgend welche Schärfe angewendet habe. Ich resumire mich dahin: ein so scharfer Angriff ist nicht gerechtfertigt gewesen, und ich weise diesen scharfen Vorwurf auf das entschiedenste zurück. (Lachen links und im Zentrum.)

Abg. **Lieber** (Z.): Wie Graf Mirbach aus meiner Erklärung einen Zweifel an seiner Loyalität, ein Mißtrauen gegen seine Erklärungen schlechthin, die ich akzeptirt habe, herleiten will, verstehe ich nicht. Ich muß das wiederum nur als einen Ausdruck der Verlegenheit betrachten, in die der Herr Graf sich selbst, nicht aber ich ihn gebracht habe. (Zustimmung.) Ich muß ihm überhaupt das Recht bestreiten, über Abwesenheit eines Abgeordneten hier Beschwerde zu führen. Hat etwa der Graf Limburg, obwohl er Mitglied des Reichstages ist, irgend welche Bedenken getragen, mich im preußischen Abgeordnetenhause wegen meiner Aeußerungen im Reichstage anzugreifen, während ich durch die pflichtmäßige Anwesenheit im Reichstage verhindert gewesen bin im Abgeordnetenhause Rede und Antwort zu stehen? Wer im Glashause sitzt, soll sich hüten, mit Steinen zu werfen! Im übrigen bin ich nicht in der Lage, von dem Grafen Mirbach Belehrungen über den vornehmeren Ton entgegenzunehmen. (Beifall.)

Abg. Graf **Mirbach**: Es ist für mich von vornherein ausgeschlossen gewesen, in eine Polemik einzutreten. Ich habe nur eine Erklärung abgegeben und nur sagen wollen, daß mein Auftreten dem Abgeordneten Lieber nicht Anlaß geben konnte zu einer so scharfen persönlichen Bemerkung, wie die vorhin angedeutete Aeußerung über den vornehmen Ton.

Schluß 5¾ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Militär-Etat.)

Parlamentarisches.

Reichsüberschüsse. Dem Reichstage ist heute der Entwurf eines Gesetzes wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen aus dem Etatsjahre 1897/98 zur Schuldentilgung nebst Begründung zugegangen. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß die Hälfte des Ueberschusses der pro 1897/98 den Bundesstaaten zustehenden Ueberweisungen aus den Zollerträgen 2c. über die aufzubringenden Matrikularbeiträge zur Verminderung der Reichsschuld zurückzuhalten ist.

Budgetkommission. Die Berathung beginnt mit dem Etat für Togo. Berichterstatter Prinz v. Arenberg befürwortet eine höhere Zuschußsumme für den künftigen Etat, um eine definitive Grenzregulirung herbeizuführen und eine größere Anzahl Stationen zu errichten. Der Kolonialdirektor giebt Auskunft über die Lage der Kolonie zu den Nachbaren, Frankreich und der englischen Nigerkompagnie; er glaubt, daß den Wünschen des Prinzen v. Arenberg Rechnung getragen werden solle. Abgeordneter Graf v. Arnim befürwortet die Verbesserung des Hafens von Togo, im weiteren ergeht er sich über die Zustände im Innern der Kolonie und die Erfolge der Expeditionen. Die gewünschten Hafenbauten und Landungserleichterungen hoffe er durchführen zu können. Abg. Hammacher spricht sich im Sinne der Abg. Prinz v. Arenberg und Graf Arnim aus, er wünsche auch, daß das Hinterland für Togo sobald als möglich Deutschland gesichert werde. Abg. Richter erklärt sich gegen die gegebenen Anregungen auf Kolonialerweiterungs-Pläne, das sei keine Aufgabe der Kommission, sie sei nicht der Kolonialrath. Bis jetzt habe Togo ohne Reichszuschuß bestanden, nunmehr dränge man, Reichszuschüsse zu gewähren und komme damit auf eine abschüssige Bahn, das zeige Kamerun. Im Sinne Richter's spricht sich auch der Abg. Bebel aus; seien die Verbesserungspläne eine Quelle materiellen Reichthums, warum übernähmen die Herren diese Unternehmungen nicht auf eigene Kosten. Die Ausbreitung des Christenthums trete jetzt ganz in den Hintergrund und ausschlaggebend sei der kapitalistische Charakter der Kolonialpolitik. Abg. Hammacher polemisirt gegen Richter und Bebel und regt die sogenannte Arbeiterfrage an, die eine Lebensfrage für die Kolonialpolitik sei. Wie man Kinder zur Arbeit erziehe, so auch die Eingebornen. Die verfeinerten Kulturbegriffe müßten hier hintenanbleiben. Es sei krankhaftes Humanitätsgefühl, davor zurückzuschrecken. Abgeordneter Lieber polemisirt gegen verschiedene Ausführungen des Abg. Bebel. Die katholische Kirche fordere keine Reichsmittel für sich, sie fördere die allgemeinen Kulturinteressen. Er wendet sich schließlich dagegen, daß neue Forderungen für die Kolonien durch Nachtragsetats geltend gemacht würden. Der Abg. v. Massow spricht sich ebenfalls gegen einen Nachtragsetat aus. Nachdem Abg. Hammacher sich abermals in dem bereits erwähnten Sinne ausgesprochen hat, nimmt der Abg. Bebel das Wort, um sich entschieden gegen die von dem Abgeordneten Hammacher entwickelten Anschauungen auszusprechen. Mit welchem Recht man die Eingeborenen zur Arbeit zwingen wolle? Die Eingeborenen seien nicht die Kinder der Eroberer, sie seien die Unterdrückten, die man jetzt im kapitalistischen Interesse ausbeuten wolle. Was der Zweck der sogenannten Kolonisirung sei, zeigten alle Kolonialstaaten: Spanien, Portugal, Holland, Frankreich und England. Nach einem Schlußwort des Referenten wird der Titel bewilligt, ebenso der ganze Etat.

Es folgt die Berathung des Etats für das südwest-afrikanische Schutzgebiet. Abg. Graf Arnim bemängelt die abgeschlossenen Verträge mit der englischen South Western Afrika Compagnie. An der über diese Anregung entstehenden Diskussion betheiligen sich außer dem Direktor des Kolonialamts die Abg. Hammacher, der sich sehr entschieden gegen die abgeschlossenen Verträge mit der englischen Kompagnie ausspricht, Abg. v. Kardorff, Prinz v. Arenberg, Abg. Richter, der sich gegen die Höhe des Zuschusses aus der Reichskasse (3 Mill. Mark) wendet, der gefordert werde, obgleich der Aufstand zu Ende sei; die Kolonie sei die reine Militärkolonie, der Abg. v. Podbielsky. Sämmtliche Ausgabeforderungen werden bewilligt.

Abg. Graf Arnim führt bei dem Kapitel der Einnahmen aus, daß die einzuführenden Gegenstände sehr verschieden verzollt würden; so zahle z. B. Champagner nur wenige Pfennige, wohingegen Gegenstände des gewöhnlichen Lebensbedarfs hoch verzollt seien. Der Direktor des Kolonialamts sagt Abhilfe zu. Im weiteren stellt Graf Arnim verschiedene Anfragen wegen des Caraskoma-Syndikats, was noch zu einer längeren Erörterung führt, an der sich außer dem Direktor des Kolonialamts der Abg. Hammacher betheiligt. Die Einnahmen werden bewilligt.

Die im Etat des Auswärtigen Amts für die Kolonien geforderten Summen werden in Einnahme und Ausgabe ebenfalls bewilligt. Nächste Sitzung Dienstag: Beamtenbesoldungsetat.

Herabsetzung der Karenzzeit in Unfallsachen von 13 auf 4 Wochen war das Hauptergebniß der am Dienstag begonnenen und gestern abgeschlossenen eingehenden Berathung, welche die Unfallgesetznovellen-Kommission über § 5a des Unfallgesetzes abhielt. § 5a setzt die Höhe des sog. Schadensersatzes, der dem Verletzten zu gewähren ist, fest. Es soll danach in Uebereinstimmung mit dem bestehenden Gesetz eine sogenannte Rente, die im höchsten Falle (bei voller Erwerbsunfähigkeit) 66⅔ pCt. des Arbeitsverdienstes betragen darf, und freie ärztliche Behandlung, aber erst vom Beginn der 14. Woche ab, dem Verletzten zufallen. Von Grillenberger, Molkenbuhr und Stadthagen waren zu diesem Paragraphen eine Reihe Verbesserungsanträge gestellt. In erster Reihe verlangten sie den Umfang des Schadensersatzes, den ein verunglückter Arbeiter zu verlangen hat, in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen zu bringen, nach denen sonst ein Beschädigter Schadensersatz zu verlangen hat. Ihr dahin gerichteter Antrag lautete: „Im Falle der Verletzung ist dem Arbeiter vom Eintritt des Unfalls ab voller Schadensersatz zu leisten." Eventuell verlangten sie: 1. Rente und freie ärztliche Behandlung sollen vom Beginn des Unfalls ab, 2. eventuell von Beginn der fünften Woche nach Eintritt des Unfalls gegeben werden; 3. es sollte die Erwerbsmöglichkeit berücksichtigt werden, nicht nur die Erwerbsunfähigkeit. Nach derselben Richtung hin stellte Abg. Müller-Waldeck den Antrag, die Erwerbsmöglichkeit in dem früheren Beruf zu berücksichtigen. Die Rentenhöhe wollten unsere Genossen auf 100 pCt. Abg. Hitze auf 75 pCt. normiren. Ein Antrag v. Stumm schlägt vor: „So lange der Verletzte infolge des Unfalls thatsächlich und unverschuldet arbeitslos ist, kann der Genossenschaftsvorstand die Theilrente bis zum Betrage der Rente für völlige Erwerbsunfähigkeit vorübergehend erhöhen." Als dritten Absatz schlägt der Entwurf, um die Möglichkeit zu beseitigen, daß ein Unfall Gewinn bringen könnte, folgende neue Bestimmung vor: „Wenn der Verletzte zur Zeit des Unfalls bereits theilweise erwerbsunfähig war und deshalb sein Arbeitsverdienst den ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter nicht erreicht, so wird die Rente nur nach dem Maße der durch den Unfall eingetretenen weiteren Schmälerung der Erwerbsfähigkeit bemessen. War der Verletzte zur Zeit des Unfalls bereits völlig erwerbsunfähig, so beschränkt sich der zu leistende Schadensersatz auf freie ärztliche Behandlung u. s. w." Abg. Stephan glaubte diese Bestimmung durch folgenden Wortlaut kürzer fassen zu können: „In keinem Fall darf die Rente den Arbeitsverdienst des Verletzten übersteigen." In der Berathung bezeichnet die Regierung die Vorlage für den Fall der Herabsetzung der Karenzzeit für gefährdet. v. Stumm erklärt gleichfalls, daß für ihn mit Herabsetzung der Karenzzeit die Annahme des Gesetzes gefährdet sei. In der Debatte wird hingegen von unseren Genossen und von anderer Seite (Rösicke, Klose, Kruse u. a.) ebhaft die unbillige Belastung der Krankenkassen ins Licht gestellt. Schließlich werden die Anträge unserer Genossen mit Ausnahme des auf Herabsetzung der Karenzzeit auf 4 Wochen bezüglichen, der mit 14 gegen 11 Stimmen zur Annahme gelangte, abgelehnt. Auch der Antrag Hitze (Erhöhung der Rente auf 75 pCt.) wird gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die Anträge von Stumm und Stephan gelangen zur Annahme. Thatsächlich beseitigt der Antrag Stephan die vorgeschlagene Verbösserung nicht nur der Form, sondern auch dem Inhalt nach. Der § 5a lautet demnach (die Abweichungen vom jetzigen Gesetz sind durch Sperrdruck kenntlich): Im Falle der Verletzung werden vom Beginn der fünften Woche nach Eintritt des Unfalls ab als Schadensersatz gewährt: 1. freie ärztliche Behandlung, Arzneien und sonstige Heilmittel, sowie die zur Sicherung des Erfolges des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hilfsmittel (Krücken, Stützapparate und dergleichen); 2. eine Rente für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit. Die Rente beträgt: a) im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben 66⅔ pCt. des Arbeitsverdienstes, b) im Falle theilweiser Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben — einen unter Berücksichtigung des Maßes der verbliebenen Erwerbsfähigkeit zu bemessenden Theil der Rente. So lange der Verletzte infolge des Unfalls thatsächlich und unverschuldet arbeitslos ist, kann der Genossenschafts-Vorstand die Theilrente bis zum Betrage der Rente für völlige Erwerbsunfähigkeit vorübergehend erhöhen. In keinem Fall darf die Rente das Arbeits-Verdienst des Verletzten übersteigen." Die nächste Sitzung der Kommission findet heute um 10 Uhr vormittags statt.

Soziales.

Krankenkassenwesen. Der Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „Neptun" (E. H.) zu Breslau ist vom Reichskanzleramt von neuem die Bescheinigung ertheilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügt.

Depeschen siehe dritte Seite der 1. Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin. **Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.**

Die Situation in Hamburg.

Die Reichstags-Abgeordneten v. Elm, Frohme, Molkenbuhr und Legien und ein früherer Arbeiter am Staatsquai, Landahl, begaben sich Mittwoch Nachmittag zu dem Senator O'Swald, um wegen Wiedereinstellung der alten Staatsquai-Arbeiter vorstellig zu werden. Da der Senator nicht zugegen war, legten sie ein Schreiben auf der Senatskanzlei nieder, worin in dieser Sache beim Senat um eine Audienz gebeten wird.

Der Verein der Stauer hat beschlossen, jetzt 49 pCt. der alten Leute einzustellen und in nächster Woche will man diesen Satz auf 74 pCt. erhöhen, um dann später nochmals einen gewissen Prozentsatz einzustellen. Bis Donnerstag Morgen waren in allen Branchen gegen 3000 alte Leute wieder eingestellt.

Unruhen kamen weder am Dienstag noch am Mittwoch Abend wieder vor. Der Scharmarktplatz war allerdings an beiden Abenden mit einer großen Anzahl von Schutzleuten und Kriminalbeamten besetzt, welch letztere mit Gummischläuchen bewaffnet waren. Der Zugang nach dem Platze durch den vom Hafen kommenden Neuenweg war abgesperrt, jedoch standen entgegen den Meldungen des Wolff'schen Bureaus alle anderen Zugänge offen.

Welche weitgehende Interpretation der § 153 der Gewerbe-Ordnung in Hamburg findet, zeigen folgende Beispiele: Der Vorsitzende der „Freien Vereinigung der Zivilberufsmusiker" hat in einer geschlossenen Versammlung der Vereinigung mitgetheilt, daß fünf Mitglieder der Vereinigung momentan — während des Streiks — im Hafen arbeiten und er beantrage deshalb, dieselben aus dem Verein auszuschließen, da sie den Interessen desselben zuwider gehandelt hätten. Ohne irgend welche weitere Bemerkung über den Fall faßte die Versammlung den Beschluß, die fünf Leute auszuschließen. Hierin sahen Staatsanwalt und Gericht eine Verrufserklärung der Fünf und der Vorsitzende der Vereinigung wurde wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu zwei Wochen Gefängniß verurtheilt. Dieselbe Strafe erhielt am Donnerstag ein Vorstandsmitglied der Sektion Gelbgießer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Filiale Hamburg, weil er in einer geschlossenen Mitgliederversammlung der Sektion bekannt gemacht hat, daß ein Mitglied als Maschinist im Hafen arbeite und daß man nun darüber beschließen müsse, ob man das Mitglied dem Hauptvorstande des Verbandes zum Ausschluß empfehlen wolle. Der Ausschluß ist dann hinterdrein vom Hauptvorstande beschlossen worden.

Das Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik veröffentlicht im 2. Heft des 10. Bandes einen von Prof. Dr. Ferdinand Tönnies geschriebenen werthvollen Artikel über die Lage der Hamburger Hafenarbeiter und Seeleute vor dem Streik.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" wissen, trotz der elfwöchigen Dauer des Hamburger Streiks, auch heute noch nicht, was für Leute an demselben eigentlich betheiligt waren. Sie sagen in der Nummer vom 10. Februar: „Jedermann, der aufmerksam den Dingen gefolgt ist, weiß, wer in dem Hamburger Streik der schuldige Theil ist. Die Stauer und Schauerleute verlangten höhere Löhne und legten, als die Rheder nicht ohne weiteres auf das Ansinnen eingehen wollten, die Arbeit nieder."

Das bismärckische Blatt wird einsehen, daß es sich mit seiner „Aufmerksamkeit" begraben lassen kann, wenn wir ihm hiermit bekanntgeben, daß die Stauer nicht Arbeiter, sondern Unternehmer sind. Nicht die Stauer, sondern deren Arbeiter streikten, weil die Stauer nicht auf die Forderungen der Arbeiter eingingen.

Die Zentral-Streikkommission der Hafenarbeiter Hamburgs quittirt hiermit, daß sie von den Genossen in Zschopau durch Max Spindler 30 M. empfangen hat.

* * *

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen für die **streikenden Hamburger Hafenarbeiter** folgende Beiträge ein:

Michels-Adlershof 6,45. Listen von Tempel: 6615, 6601, 13, 12, 8, 9, 10, 14 55,55. Allgemeiner Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein Adlershof, amerik. Auktion 6,—. Liste 2110, Hirthe 8,70. Stockarbeiter Grünstraße, 9. Rate 5,50. Bronzewaarenfabrik Dette u. Co., 8. Rate 11,80. Lederarbeiter von Weiß u. Kündiger, 8. Rate 1,20. Liste 1530, Lederwurst 1,50. Liste 1048, Clara Bien 9,75. Metallarbeiter, Alte Jakobstr. 91 3,—. Johannes G., 9. Rate 38,25. Hausvogteiplatz 4,—. Personal der Buchdruckerei Liebheit u. Thiessen, 9. Rate 9,05. Listen durch Bohn: 4388, 42, 689, 688, 4389 24,20. Chirurgische Branche d. Heller auf Listen 1662, 65, 3658, 78, 5379, 81, 84, 88, 89, 90, 92, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 5400, 5403, 6918, Summa 128,75 (darunter Kronleuchterfabrik Boding 5,50). Former und Gießereiarbeiter Buxke u. Co. inkl. Tapezierer 2,—, 6. Rate 19,05. Tischlerei Sokel, Admiralstraße 3,—. Tischlerei Gustav Stein 7,95. Metallwaarenfabrik Adalbertstr. 42 6,35. Liste 4995, Becker 7,05. Mützenfabrik Sebastianstr. 17, 5. Rate 21,15. Möbelfabrik von Wengler u. Mohrmann mit Ausschluß des Friedrichsbergers 8,90. Lampenfabrik Sch. G., 7. Rate 13,25. Pelzwerkstatt Burgstr. 29 12,80. Gürtlerwerkstatt Kaufmann b. Grünhagen 5,65. Liste 6468, Luxusmöbelfabrik Schwarz, Dieffenbachstr. 33 7,50. Maschinenbauanstalt Rudolph u. Kühne, Parkstraße, trotz alledem, 7. Rate 21,50. Tischlerei Olten, Brunnenstraße 183 6,75. Liste 5874, Bildhauerwerkstatt Weinrich, Boeckhstraße 4,50. Pianofortefabrik Rieber u. Co., Alexanderstraße, 7. Rate 22,55. Möbelfabrik von Klug, Fruchtstraße, 9. Rate 30,—. Pappen und Treppengeländerfabrik von Lüttgen u. Bruns, Greifswalderstr. 29 11,—. Liste 6080, Bildhauer Krippahle 6,10. Tischlerei Stienitz, Barnimstraße, außer Einem, 9. Rate (darunter extra 1 M.) 5,95. Schneidemühle A. Haberer, Anklamerstr. 33, außer 1 Bandwurm, 7. Rate 8,10. 4 zielbewußte Kollegen bei Häusler, Elsasserstr. 29, 5. Rate 3,50. Rothe Motte, Berlin W. 7,05. Pianofabrik Schulz, Blumenstr. 70 10,50. Maikäfer-Maskenball Baumschulenweg 1,80. Tischlerei Hegelmann, Hasenhaide 119, 8. Rate 7,70. B. St. Zeughofstraße, 9. Rate 15,50. Liste 5885, Stockfabrik Girard 15,—. Tischlerei Olm, 7. Rate 7,75. Liste 6669, Bildhaueratelier Pr. Dochan 4,65. Liste 6116 v. Zabel 3,95. Liste 600, Tischlerei Gebr. Lüdke, Britzerstr. 8 11,30. Buchdruckerei Emil Billig Nachf., 7. Rate 9,90. Liste 7001, 7002, Gasmesserfabrik der Englischen Gasanstalt 59,45. Liste 6104 9,50 und 6105 24,—. Telephonbau-Anstalt C. Lorenz, Prinzessinnenstraße. Personal Buchdruckerei M. Boll, 7. Rate 10,25. Arbeiter von Schuster u. Baer, 7. Rate 32,—. Tischlerei Mödel, Oranienstraße 187, 4. Rate 4,75. Liste 7098 durch S. 21,—. Liste 6455 Gölte 10,70. Tischlerei Kraft, Brandenburgstraße 34 7,40. Möbeltischlerei Bach u. Copitz, Königsbergerstr. 30, 5. Rate 5,35. Liste 6975 Steinbildhauer vom Dombau 8,80. Tischlerei Brunzlow, Neue Königstraße, 9. Rate 9,05. Tischlerei Bauke, Kraustraße 52 mit Pechmann 5,05. Liste 6868 Schlosser bei Franke 7,25. Schriftgießerei und Messinglinienfabrik H. Berthold, 10. Rate 89,15. Tischlerei Hohensee, Lichtenbergerstraße 5 5,65. Möbeltischlerei Gebr. Geißler und Budiker 12,45. Listen 706, 709 durch Ch. Bohn 4,95. Liste 6470 12,60. Personal der Buchdruckerei Julius Sittenfeld, 11. Rate 69,10. Schmargendorfer Genossen durch R. 6,50. Liste 1396 von Piehl 0,80. Maschinenarbeiter Möbelfabrik P. Hyan, Rüdersdorferstraße 26, 7. Rate 10,55. Liste 6467 Tischlerei Klempau, Wrangelstraße 12,85. Liste 7098 Höhne, Drechsler 3,40. R. W. 1,—. J. K. 1,—. B. W. 1,—. Listen 3082 2,—, 3083 3,60 Wagner. Arbeiter der Leistenfabrik G. Stieghahn, Waldemarstraße 14, 7. Rate 11,70. Schriftgießerei und Messinglinienfabrik W. Wöllmer, 9. Rate 75,60. Schriftgießerei Reimann 3,—. Rothe Goldschmiede bei Schnelle, 7. Rate 10,—. Buchdruckerei Paß u. Garleb, 7. Rate 12,25. Tischlerei Gärtner 3,20. Liste 7096 Perlmutterwaarenfabrik von Silberblatt 10,—. Liste 4467 Julius Schröder, Maler 4,—. Liste 6983 Möbelfabrik von Mauff, Naunynstraße 8,75. Pianofabrik A. Wöhler, Landsbergerstraße 16, 6. Rate 12,25. Buchdruckerei E. S. Mittler u. Sohn, 9. Rate 45,50. Liste 6671 Arbeiter von Voigts u. Ko., Alte Jakobstraße 18—19 5,70. Berliner und Braunschweiger Monteure in Arlöf, 2. Rate 18,40. Liste 5645 Tischlerei Werth, Gleditschstraße 28 10,—. Liste 969 38,60. Tischlerei von Schulz, Boppstraße 5,60. Maschinenfabrik Beling u. Lübke, 10. Rate 5,—. Buchdruckerei Rosenthal u. Ko. 7,10. Theaterverein Tata-Toto 4,—. Liste 4808 10,45, 3039 4,— Graveure und Ziseleure. Lederfabrik Salomon durch H. 8,10. Badewannenfabrik G. Schiegnitz, 8. Rate, Stallschreiberstraße Nr. 10 7,—. Listen 6464, 6465 Spiegelrahmen-Fabrik von Meßer, Manteuffelstraße 17,80. Vier Tischler der Werkstatt Unger, Königsbergerstraße 7 2,—. Gürtler und Dreher von Calm u. Bender, Gitschinerstr. 64, 7. Rate 11,10. Tischlerei Fähndrich, Schönhauser Allee 141, 5. Rate 5,—. Buchbinderei von Max Bading, 11. Rate 10,—. Hilfsarbeiter der Buchdruckerei Max Bading, 6. Rate 10,—. Liste 1883 4,—, 1891 8,75, 1892 0,70. Von den Stakern, Tischlerei Bülow, Grimmstraße, 4,95. Blumenverkauf beim Turnverein „Fichte", Moabit, d. Peper 3,80. — Auf Listen von Brütschke 3842 1929, 4389, 4391, 4392, 4394, 5, 6, 7, 9, 4406, 4407, 5435, 6426, 187,00. (Darunter elektrische Abtheilung L. Löwe 27,55. Deutsche Waffenfabrik 41,85. Gießerei von Freund 12,90. Westphal u. Reinhold, Thurmstraße (3 Ausnahmen) 6,35. Grove'sche Fabrik, Martinickenfelde, 18,15.) — Neues Asyl 1,—. Ueberschuß der verkrachten Gewerbe-Ausstellung (Charlottenburg) 4,—. Nackter Sperling 3,40. Tapeziererwerkstatt Flatow u. Priemer 13,50. Markgrafenstr. 98 2,60. Samum Kiha, Maskenball der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche d. G. Koopmann 6,40. Buchdruckerei Häbringer 20,60. Von Luischen Luxemburg, 3. Rate 100,—. L. M., Französischestr. 14 und 16, 6,70. Tischlerei Polsche, 1. Rate 4,20. Hoch die Solidarität aus Staßfurt 30,—. Neuhaldenslebener Glacéhandschuhmacher, 4. Rate (darunter W. 1,—) 12,75. Unverbesserliche Rothe der Brauerei Pichelsdorf 18,30. Heidingsfeld bei Spandau, 6. Rate. Weißgerber d. P. H. 11,60. Werkabtheilung Max Bading, 10. Rate 10,60. Budiker und Gäste, Friedrichsberg, Wartenbergstraße, 4,30. Liebigstraße 5,—. Möbelfabrik W. Kümmel, Große Frankfurterstraße, 16,55. Tischlerei bei Hillner, Fruchtstraße, 4. Rate 4,15. Tischlerei Courtois, 9. Rate 6,35. Freiburg i. Schl., 2. Rate 10,10. Berliner Tischler in Bredow bei Stettin von der Viktoria 11,80. Tischlerei C. Boschin, Neu-Weißensee, 4. Rate 4,—. Werdau d. Kaltofen, 2. Rate 30,—. Lederfabrik Eick u. Strasser, Gerberei, 8. Rate 9,70. Freiwaldau i. Schl., Bierprozente d. F. M. 10,30. Lederarbeiter Berlins, Weißgerber, Lohgerber, Färber 100,—. Tischlerei Hülsenbeck, Kroll u. Co., 7. Rate 14,15. Krieger 2,60. Buchdrucker von Bargou Söhne, 3. Rate 4,—. Pianofortefabrik C. Eicke, Markusstraße, 7. Rate 17,90. Buchdruckerei Rosenbaum u. Hart, 9. Rate 7,05. Arbeiter von F. C. Schlick, 8. Rate 6,60. Tischlerei Junoleit u. Pfaff, Kraustr. 52, 8 Rate 10,—. Tischlerei Suß, Pallisadenstr. 76, 8. Rate 8,05. Schriftgießerei Aßmann 4,50. Tischlerei von Neumann, 4. Rate 3,50. Buchdruckerei Klarbaum, 5. Rate 4,65. Möbelfabrik von Reinhardt, Schwedlerstraße, 13,10. Tischlerei von Sawatzky, Bellealliancestraße, 9. Rate 10,—. Tischlerei Fiebeck, Schönhauser Allee 2,90. Elektrotechnische Fabrik, Rosenthalerstraße, 11. Rate 5,85. Leistenfabrik Vogt und Krämer 3,30. Tischlerei von Kaiser, Pallisadenstraße 11 6,60. Arbeiter der Pianofortefabrik Schmädel u. Co., Frankfurterstr. 11,20. Buchdruckerei W. Möser 8,50. Schneidemühle C. Krohm, Bernauerstr., 7. Rate (darunter Tischlerei Hartrumpf 3,50) 11,22. Drei Komitee Maskenball S. W. 3,—. Schlosser v. C. Franke, Admiralstr. 11,25. Verein der Mosaik-Fliesenleger 10,—. Pianofabrik Fürstenberg, Schönleinstr. 5,20. Drei sparsame Maler 10,—. Arbeiter der Gürtlerei Löwi Söhne 14,30. Lackiranstalt Frohsinn, Muskauerstr. 28 5,25. Tischlerei Steinbock, Gewerbehof, 5. Rate, außer einigen 8,55. Schlosserei O. Nachtigall, 5. Rate 6,30. Arbeiter der Klaviaturfabrik Schwohls u. Co., 7. Rate 12,50. Möbelfabrik von Gebr. Erlich, Kraustr. 48, 3 Tr., 8. Rate 4,50. Pianofabrik Zaschinsky 13,10. Motte a. d. Oranienstraße, 10. Rate 4,70. Tischlerei E. Müller, Köpnickerstr. 108a 9,90. Listen vom Schlosser Quast 3987, 5575, 5585, 7133 49,—. Liste 2478 Zahnarzt Semmel 7,—. Lokalverein der Berliner Konditoren 6,—. Liste 6161 G. Kohl, Bildhauer, Weidenweg 19 4,50. Buchdruckerei Reinhold Strauß, 9. Rate 9,85. Liste 3813 organisirte Metallarbeiter 5,30. Tischlerei Wusterbarth u. Sohn, Alte Jakobstr. 132, 7. Rate 8,05. Rieb, Schliemannstr. 48 1,60. Liste 6118 Tischlerei Göpig, Britzerstr. 10,80. Tischlerei Breske, Fürbringerstraße 3,—. Personal des Münchener Brauhauses d. Schüler 22,25. Amerikanische Auktion im Elysium am 6. Febr. 97, Brauerei-Hilfsarbeiter 20,—. Blechschläger v. Heidenheim, Prinzenstraße 22, 3. Rate, mit Ausnahme d. amerik. Schwindelgenie's (Onkel Bernhardi) 4,80. Tischfabrik von Richter, Blumenstr. 30 13,90. Arbeiter v. Pintsch, Andreasstraße 72/73 44,45. Tischlerei Gerds, Charlottenstr. 19, 8. Rate 7,—. Fels, Werner u. Co., Ritterstraße 15, 5. Rate 3,35. Buchdruckerei Otto Elsner, 8. Rate 23,—. Lampenfabrik Arlt u. Fricke, 6. Rate 9,25. Gut besucht Maskenball Köpenick 10,—. Liste 6370 Zimmerplatz Schwien d. Siegmann 4,60. Liste 4663 Zimmerer Bachmann 4,10. 6373 dito 4,75. Flöter'scher Gesangverein 11,70. H. 1,25. Einige Mitglieder der 2. Männer-Abtheil. d. Turnverein Fichte 9,30. Vom Modell 6,—. Buchdruckerei Krebs 5,85. Personal der „National-Zeitung" 14,—. „Anton" 1,—. Michaelis, Ritterstr. 69 2,50. Liste 494 2,05. Liste 4333 4,25. 4336 4,—. 703 5,20 von Christian Bohn. Liste 6387, Schlosser bei Spengler 8,05.

Weitere Beiträge nimmt das Berliner Gewerkschaftsbureau R. Millarg, Berlin S., Annenstr. 16, vorn part.) in der Zeit von **9—1 Uhr vormittags** und **6—8 Uhr abends** entgegen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 11. Februar, nachmittags 5 Uhr.

In die Schuldeputation ist ein neues Mitglied an Stelle des ausgeschiedenen Stadtv. Mommsen zu wählen. Gemeldet sind die Stadtvv. Bruns, Perls und Ulrich. Gewählt wird mit 54 Stimmen Stadtv. Ulrich; die Stadtvv. Perls und Bruns erhalten je 14 Stimmen.

Ueber die zur Kenntnißnahme vorgelegte Denkschrift des Magistrats und über den Antrag Stadthagen wegen Uebernahme von Zweigen der Ortspolizeiverwaltung und der Feuerwehr in die städtische Verwaltung hat der niedergesetzte Ausschuß in einer Sitzung berathen und mit 5 gegen 3 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

Mit Rücksicht auf die bedauerliche Thatsache, daß der größten Gemeinde des Staates seitens der Regierung in Uebertragung der polizeilichen Funktionen ein so geringes Entgegenkommen bewiesen wird und nicht einmal Gründe für die Verweigerung der Uebertragung wichtiger Polizeizweige mitgetheilt werden, kann sich die Versammlung von weiteren diesbezüglichen Verhandlungen des Magistrats mit der Regierung keinen Erfolg versprechen. Die Versammlung hält mit dem Magistrat an der Ueberzeugung fest, daß die Uebertragung der polizeilichen Funktionen auf allen Gebieten, deren sonstige Verwaltung der Stadtgemeinde obliegt, an die Stadtgemeinde durchaus erforderlich ist, und weist darauf hin, daß eine solche Uebertragung seitens der Regierung selbst wiederholt, insbesondere bei Berathung des Polizeikostengesetzes in Aussicht gestellt ist.

Zugleich ersucht die Versammlung den Magistrat, in einer Denkschrift die rechtliche und verwaltungstechnische Seite dieser Frage klarzustellen.

Der Ausschußantrag gelangte nach belangloser Debatte zur Annahme.

In Sachen des Antrags Schwalbe wegen der Errichtung öffentlicher Uhren schlägt der Ausschuß folgende Beschlußfassung vor:

Den Magistrat in Gemäßheit des Beschlusses vom 21. Mai vorigen Jahres zu ersuchen, der Versammlung noch vor der diesjährigen Etatsberathung eine Vorlage über die Einrichtung öffentlicher zentralregulirter und selbständig kontrollirter Uhren in den äußeren Stadtheilen zugehen zu lassen.

Referent Stadtv. Schwalbe nimmt u. a. auch auf den vom Magistrat im Ausschuß gemachten Einwand Bezug, daß die ungünstige Finanzlage der Stadt das Eingehen auf die Sache verbiete, und ersucht die Versammlung, gleichwohl auf den Antrag einzugehen, da es sich um höchstens 20 000 M. handeln könne.

Der Ausschußantrag wird nach einer kurzen Bemerkung des Stadtraths Voigt angenommen.

Mit der Bewilligung von 18 000 M. für drei mechanische Feuerleitern für die Feuerwehr hat sich der Ausschuß einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß zunächst eine Probeleiter angefertigt und vorgeführt werde und daß erst nach einem günstigen Ergebnisse der Probe die Bestellung der übrigen beiden Leitern erfolgen solle. Gleichzeitig mit der Bewilligung soll der Magistrat ersucht werden, bei den Verhandlungen über die neue Baupolizei-Ordnung dahin zu wirken, daß im § 37 derselben die Bestimmung getroffen werde, daß der Fußboden des obersten Geschosses nicht 17,50 Meter, sondern 19 Meter über dem Bürgersteige bezw. dem Hofe liegen dürfe.

Ohne Debatte beschließt die Versammlung dem Ausschußantrage gemäß.

Der Magistratsantrag auf Erhöhung der Fuhrkosten-Entschädigung des Stadt-Bauinspektors Spalla von 600 auf 1000 M. wird auf Antrag Schwalbe abgelehnt.

Als dringliche Vorlage theilt der Magistrat die Beschlüsse der gemischten Deputation zur Vorbereitung der Hundertjahrfeier des Geburtstages Kaiser Wilhelms I mit.

1. Danach wird von einem allgemeinen Kirchgange der Schüler Abstand genommen, dagegen sollen die Schulkinder auf den Festgottesdienst am 21. März aufmerksam gemacht und ihnen der Besuch empfohlen werden. Am 22. März sollen in allen städtischen Schulen angemessene Schulfeiern stattfinden und die bei Herrn Direktor Gerstenberg in Auftrag gegebene Festschrift zur Vertheilung gelangen.

2. Die Einwohnerschaft Berlins soll durch die Zeitungen und Säulenanschlag zum Flaggen und Illuminiren aufgefordert werden. Sämmtliche städtischen Gebäude werden geschmückt und illuminirt werden.

3. Sonntag 21. März Festakt im Rathhause.

4. Am 22. März Morgenmusik vom Thurm bezw. Balkon des Rathhauses.

5. Festschrift.

6. Festspeisungen in den städtischen Hospitälern, Waisenhäusern u. s. w.

7. Der Unterricht in den Fach- und Fortbildungsschulen am 21. März soll nicht ausfallen, jedenfalls sollen die lektionsplanmäßigen Stunden am 21. und 22. März den Lehrern honorirt werden.

8. Ausfall des Schulunterrichts am 22. März; ob auch am 23., darüber wird ein Kultusministerialerlaß erwartet.

9. Die Arbeiter in den städtischen Betrieben sollen von den 3 Tagen vom 21.—23. einen Tag ohne Lohnverkürzung frei, bezw. soweit „dies nicht angeht", ein Festgeschenk in Höhe eines Tagelohnes erhalten.

10. Der Straßenzug zwischen dem Palais Kaiser Wilhelm I. und dem Lustgarten soll festlich ausgeschmückt werden.

11. Die Springbrunnen im Lustgarten und der Schloßbrunnen sollen am Abend des 22. durch farbiges elektrisches Licht beleuchtet werden.

Als Nr. 12 hatte die Deputation ein Festmahl der städtischen Behörden vorgeschlagen. Darauf ist der Magistrat nicht eingegangen; ihm erscheint es angemessener,

12. den Schulfeiern durch Ausschmückung der Aulen eine besondere Weihe zu verleihen und dafür jeder Schule 20 M. zur Verfügung zu stellen.

Die Kosten für diese feierlichen Veranstaltungen betragen 160 000 M.; die Feststraße allein erfordert davon 120 000 M. Magistrat ersucht um die Bewilligung.

Die Stadtv. Kreitling und Genossen beantragen, die Punkte 10 und 11 abzulehnen und, um mit den dafür beanspruchten 120 000 M. einen dauernden Nutzen zu stiften, diese Summe der Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung zu überweisen.

Stadtv. Kreitling verliest eine bezügliche Erklärung seiner Fraktion (der neuen Linken).

Stadtv. Cassel beantragt Ausschußberathung, weil einige Bedenken erhoben seien gegen einzelne Punkte der Vorschläge, so gegen 1 und 10. Im letzteren Punkte seien einige seiner Kollegen der Meinung, daß die Summe von 120 000 M. nicht ausreichen möchte. Der Anschauung des Stadtv. Kreitling könnten seine Freunde nicht folgen. Bei der Centenarfeier vom 22. März solle eine Ausschmückung der Feststraße erfolgen; das sei doch nichts Unerhörtes und entspreche der Gesinnung der Bevölkerung Berlins bis weit in die Arbeiterkreise hinein. (Zwischenrufe.) Mit den Herren, die hier diese Kreise angeblich vertreten, werde er sich allerdings nicht einigen. Die geforderte Summe sei sehr bescheiden; bei früheren Gelegenheiten habe Berlin für solche Zwecke viel mehr ausgegeben. Wenn Kaiser Wilhelm gewiß auch schlichten Sinnes gewesen sei, hier handle es sich um den Ausdruck der Feststimmung der Berliner Bürgerschaft bei der Enthüllung des vom Reichstage fast einstimmig beschlossenen Nationaldenkmals für den Kaiser Wilhelm, eine historische Persönlichkeit, die als verantwortlich für die Maßregeln der Regierung in seiner Regierungszeit nicht zu betrachten ist (Widerspruch), die aber den Traum der Deutschen, die Einigung des Deutschen Reichs, erfüllt und der Stadt Berlin zu ihrem heutigen Glanze mitverholfen habe. (Beifall, Unruhe und Schlußrufe.) Mit einer bloßen Stiftung werde den Gefühlen der Bürgerschaft nicht Rechnung getragen. (Lebhafter Widerspruch.) Die Summe sei relativ äußerst geringfügig; mit der Ablehnung würde Berlin blos dem Spott der Gegner anheim fallen. (Beifall und Widerspruch. Ruf: Das allgemeine Ehrenzeichen!)

Stadtv. Vogtherr: Wir hätten das Wort überhaupt nicht ergriffen, wenn der Vorredner nicht auf unsere frühere Erklärung indirekt bezug genommen hätte. Für uns ist die Sache abgethan, wir haben schon vor drei Wochen unsere Stellung klipp und klar erklärt. Der Vorredner hätte Verständniß dafür haben müssen, daß es für uns dabei kein Paktiren giebt. Er hat seine Rede mit der Behauptung ausgeschmückt, die Zahl derjenigen, welche sich ganz besonders warm an dieser Feier betheiligen werden, reiche weit bis in die Kreise unserer Wähler hinein. Ich glaube es gern, daß der Vorredner und seine Freunde das Bedürfniß haben, einen Theil unserer Wählerschaft und unserer Parteigenossen in solchen Fällen, wo ihnen Publikum zur Staffage fehlen möchte, für sich zu reklamiren, um damit in jenen Kreisen Stimmung zu machen, von denen sie wissen, daß sie derartigen Feiern gegenüber kühl sind bis ans Herz hinan. Unrichtig ist auch die Behauptung des Vorredners, daß die Beschlußfassung im Reichstage, welche zur Errichtung des Denkmals führte, eine einstimmige gewesen sei. Selbstverständlich ist das nicht der Fall, denn gerade die Vertreter derjenigen Partei, welche heute im Deutschen Reiche die größte Zahl der Anhänger hinter sich hat, haben selbstverständlich zu denjenigen gehört, welche für derartige Dinge nicht ein Wort und nicht einen Groschen zu verlieren haben. Für uns versteht es sich von selbst, daß wir nicht blos nicht zu haben sind für die Form der Feierlichkeiten und die Geldausgaben nach dem Magistratsantrag, sondern daß wir uns auch nicht bereit erklären können, die Verherrlichung einzelner Personen und Systeme in die Form von Wohlthätigkeitsakten zu kleiden, auch der neuen Form für eine alte Sache stehen wir ablehnend gegenüber. Die schwülstigen Worte des Vorredners sind ohne Einfluß auf uns, wir bleiben bei unserer Stellungnahme.

Oberbürgermeister Zelle: Gegen die eben gehörten Worte will ich nichts sagen, weil es, wie der Vorredner selbst meinte, ganz vergeblich sein würde. In Uebereinstimmung mit allen Magistratsmitgliedern bitte ich Sie dringend um Annahme der Vorlage. Bei den Ausschußverhandlungen wird der Magistrat sehr gern auf etwaige Erinnerungen eingehen, aber er bittet dringend, die Hauptsache festzuhalten. Charlottenburg und andere Städte schmücken an diesem Tage aus. Für uns als Reichshauptstadt scheint es doch bei einem nationalen Feste des ganzen Reiches eine gewisse Verpflichtung zu sein, wenn wir unser Haus festlich gestalten. (Beifall.) Wir empfehlen Ihnen nochmals unsere Vorschläge. (Beifall.)

Stadtv. Mommsen unterstützt den Antrag auf Ausschußberathung.

Nachdem Stadtv. Cassel unter großer Unruhe der Versammlung eine Erwiderung gegen die Ausführungen Vogtherr's versucht hat, schließt die erste Berathung.

Die Verweisung an einen Ausschuß wird beschlossen. Der Ausschuß wird vom Vorstande sofort ernannt; Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion gehören demselben nicht an.

Nach einer weiteren Magistratsvorlage soll die Versammlung darein willigen, daß die Firma Siemens u. Halske gegen Zahlung eines Pauschales von 20 000 M. den bisherigen städtischen Kohlenplatz Vor dem Stralauer Thor 40/41, zum Bau der elektrischen Hochbahn und die auf dem Platz befindlichen Objekte die Zentesimalwaage, den Brunnen und das Komptoirgebäude zum Eigenthum überwiesen erhält.

Stadtv. Borgmann beantragt Ausschußberathung der Vorlage. Am liebsten hätte er sie sofort abgelehnt, denn es scheint ihm, daß die Stadt dabei von der Firma gerade so übers Ohr gehauen werde, wie beim Bau der elektrischen Hochbahn selbst. (Der Vorsteher bittet unter Heiterkeit der Versammlung, doch solche unehrbeutigen Ausdrücke nicht zu gebrauchen.) Die Sache müsse jedenfalls so gründlich wie möglich geprüft werden und das gehe nur in einem Ausschuß.

Die Versammlung verweist nach dem Antrag Borgmann die Vorlage in einen Ausschuß von zehn Mitgliedern.

Schluß 7 Uhr.

* * *

In Sachen der jüdischen Lehrkräfte an den städtischen Gemeindeschulen veröffentlicht die „Berl. Ztg." einen neuen Ukas des Provinzial-Schulkollegiums, der weniger durch seinen Inhalt, als durch seine urpreußische Schneidigkeit in die Augen fällt. Es wird noch lebhaft in Erinnerung sein, daß vor etwa Jahresfrist die Regierung dem Magistrat befahl, den jüdischen Lehrkräften kein Ordinariat zu ertheilen in einer Klasse, in der sich keine oder nur ganz wenige jüdische Kinder befinden, und ferner dafür zu sorgen, daß die jüdischen Lehrerinnen mindestens in 12 Religionsstunden ihres Glaubens unterrichten. Auf eine am 6. März vom Magistrat eingereichte Beschwerde gegen diesen Befehl hat das Provinzial-Schulkollegium am 7. Januar d. J., also nach Verlauf von 10 Monaten, zunächst geantwortet, daß es dem

errn Minister nicht nothwendig erscheine, dem Magistrat einen besonderen Bescheid zu ertheilen, da die Angelegenheit durch seine frühere Entscheidung definitiv erledigt sei. Dann wird noch bemerkt: „Der bei Anstellung jüdischer Lehrkräfte von uns in jedem einzelnen Falle geforderte Nachweis der Qualifikation wird so lange sistirt, bis eine Instanz geschaffen ist, an welcher die verlangte Befähigung geprüft werden kann. Es schweben dieserhalb bereits Verhandlungen. Sobald dieselben zu dem entsprechenden Abschluß gelangt sind, wird dem Magistrat weitere Mittheilung zugehen." Dann wird vom Provinzial-Schulkollegium in der Sache ein Pflock zurückgesteckt und dem Magistrat bedeutet, daß er irre, „wenn er annimmt, wir hätten die Absicht, der Anstellung einer neuen jüdischen Lehrkraft so lange die Bestätigung zu versagen, bis sämmtliche jüdischen Lehrkräfte unter allen Umständen mit je 12 Stunden Religionsunterricht herangezogen seien". Und weiter wird bemerkt: „Was die Uebertragung eines Klassenordinariats an einen jüdischen Lehrer oder eine jüdische Lehrerin anlangt, so mag es mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche der Semesteranfang bezüglich der Zahl der erforderlichen Klassen und deren Zusammensetzung mit sich bringt, genügen, wenn uns die Schul-Deputation von den durch Wohldieselbe in dieser Beziehung getroffenen Einrichtungen Anzeige macht. Wir werden dann darüber zu befinden haben, ob bei der getroffenen Wahl die Forderungen des Herrn Ministers erfüllt sind und, falls das nicht der Fall sein sollte, eventuell eine andere Wahl herbeizuführen haben."

Die „Berl. Ztg." beklagt sich über den Ton des Schreibens, wie über die Maßregel an sich, die den jüdischen Lehrkräften das Leben sauer mache und ihnen die Berufsfreudigkeit raube. Mit recht. Aber der Magistrat ist doch an eine solche Behandlung gewöhnt, und er verdient sie auch gewissermaßen. Denn wie kann man einer Behörde imponiren, wenn man es bei einer derartigen Bethätigung reaktionärer Prinzipien noch fertig bringt, z. B. für die Kirche mit der weggemeißelten Kameelsinschrift 300 000 M. und neuerdings für die am 22. März stattfindende Verherrlichung ebenfalls etliche Hunderttausende zu verlangen?

Lokales.

Achtung, 3. Wahlkreis. Große Volksversammlung heute, abends 8 Uhr, im Lokale Sanssouci, Kottbuserstr. 4a. Reichstags-Abgeordneter **Bebel** spricht über: „Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage." Freie Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht die Vertrauensperson.

Einen Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen finden unsere Leser im Anzeigentheil unseres Blattes abgedruckt. Wie die Unterschriften des Aufrufs und auch sein Inhalt lehren, geht der Gedanke, zur Erinnerung an den größten Ehren- und Ruhmestag des preußischen Volkes ein Monument zu stiften, nicht von proletarischer, sondern von bürgerlicher Seite aus. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Berlins mag sich wundern, daß die Anregung von daher kommt, wo doch offenkundig ist, daß seit fast einem Menschenalter die Ehrung der Freiheitskämpfer am 18. März eines jeden Jahres fast ausschließlich vom Proletariat vollzogen wurde. Aber dies soll, wie wir meinen, kein Grund für uns sein, dem Denkmalsausschuß in die Arme zu fallen. Kommt eine genügende Summe zusammen: gut; gehen die Beiträge, was bei der Aengstlichkeit, mit der sich das servil gewordene Bürgerthum an 1848 erinnert, wohl sicher zu erwarten, zu ungenügend ein, um ihren Zweck zu erfüllen — nun, so wird das Proletariat sich dadurch von seiner Verehrung der Märzgefallenen auch nicht abhalten lassen.

Wir theilen noch mit, daß unsere Expedition etwa für den Denkmalszweck eingehende Gelder entgegennehmen und an die im Aufruf angegebene Sammelstelle abliefern wird.

Ueber die Verwendung von 160 000 M., die anläßlich der Zentenarfeier ausgeworfen werden sollen, bestanden in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung Meinungsverschiedenheiten. Sollte sich die liberale Mehrheit nicht dahin einigen können, daß die Summe, wenn sie denn einmal bei der Gelegenheit aus dem Stadtsäckel genommen werden muß, den Fonds für das Denkmal zugewiesen werde, das von bürgerlicher Seite den Märzgefallenen errichtet werden soll? Es ist ja manchem Berliner noch in Erinnerung, daß Wilhelm I. gerade mit den Ereignissen jener Tage in lebhafter Beziehung stand.

Im Kampfe gegen die Prügelpädagogik. Ein Familienvater schreibt uns: Als Vater von acht lebenden Kindern, von denen momentan vier die Gemeindeschule besuchen, habe ich bei der Schuldeputation bis jetzt acht Klagen über Mißhandlung meiner Kinder eingereicht. Der Erfolg war stets der gleiche: Der Rektor stellt dem Lehrer das Zeugniß eines energischen aber tüchtigen Pädagogen aus (streng aber gerecht) und die obere Behörde verspricht Abhilfe, deren Resultat gleich null ist. Zwei Beispiele zur Illustration. Mein Sohn, Schüler der ersten Klasse, mit besten Zensuren über sittliches Betragen und Religion, wird von dem Lehrer nach dem Namen der vier Hauptflüsse Asiens gefragt. Das Unglück wollte, daß er in der letzten Geographiestunde gefehlt hatte und daher nicht antworten konnte. Der Lehrer legt ihn über die Bank und prügelt ihn mit einem Rohrstock derart, daß Rücken und Gesäß mit blutunterlaufenen Striemen bedeckt sind. Damit dem Prügler die Arbeit erleichtert werde, müssen zwei Schüler den Knaben an Kopf und Füßen festhalten. Ich sandte der zuständigen Behörde eine mit einem ärztlichen Attest versehene Beschwerde zu; sie vermochte nicht, irgend einen Grund zur Rechtfertigung des Lehrers anzuführen; der Herr mußte den Vorwurf, daß er rein aus Lust am Prügeln die Exekution vollzogen habe, auf sich sitzen lassen.

Der zweite Fall datirt aus dem verflossenen Jahre. Zwei meiner Söhne sind gleichzeitig Schüler der ersten Klasse. Der Lehrer kommandirt einen meiner Jungen zum Festhalten eines anderen Schülers, der in der vorhin beschriebenen Weise gezüchtigt werden sollte. Empört über diese meinem Kinde gestellte Zumuthung, richtete ich eine geharnischte Beschwerde an die Behörde, wodurch ich nicht zufrieden gestellt wurde. Es blieb mir nun nichts übrig, als zu einem drastischen Mittel der Selbsthilfe zu greifen. Ich ließ von meinen Söhnen die Prügel zählen, die der Lehrer täglich austheilte. Sodann machte ich dem Rektor die Anzeige, daß die applizirten Stockhiebe in drei Stunden die stattliche Zahl von achtundsechzig erreicht hätten. Das half scheinbar, denn am nächsten Tage verminderten sich die Prügel um 60. Der Rektor befahl nun meinem Aeltesten, ihm an jedem Tage einen Prügelrapport zu bringen, worauf sich auch die Zahl der Hiebe erheblich verringerte. Ich glaubte bereits ein allen Eltern zu empfehlendes Mittel gefunden zu haben, als die drastische Gegenwirkung kam. Mein Knabe wurde in eine 2½ Kilometer entfernte Schule versetzt und mußte in der neuen Klasse sechs Wochen lang allein auf einer Bank sitzen. Was weiter kommt, noch harre ich. Doch werde ich meine Stellung gegen die Prügelpädagogik nicht ändern.

In der Nationalgallerie sind die Säle im Obergeschoß jetzt wieder geöffnet. Dort hängen jetzt wesentlich Kriegsbilder. Die werthvollen Gemälde, die früher oben waren, sind nach den unteren Räumen gebracht worden. Bei der Neuaufstellung wird grundsätzlich jede Wand nur durch eine verhältnißmäßig kleine Zahl von Bildern geschmückt, während sich bisher in den Kabinets auf einer Seite oft 10—15 Bilder bis oben hin drängten. Natürlich wird hierdurch die Gallerie außerordentlich gewinnen. Die Werke von Adolf Menzel sollen in einem besonderen Kabinet vereinigt werden. Aus dem Skulpturensaal und der Querhalle sind neuerdings 2 Werke, die Gastlichkeit von Bläser und die Raphaelfigur von Hähnel, nach dem Eingangs-Vestibul geschafft worden, wo sie nun die Eintretenden auf beiden Seiten begrüßen. Auch die Prometheusgruppe soll einen anderen Platz (im Mittelraum) erhalten.

Die Berliner Droguisten fühlen sich, der „Vossischen Zeitung" zufolge, über die vielen Haussuchungen nach Gegenständen, deren Verkauf nur den Apotheken obliegt, beschwert. Es erscheinen in einer Handlung ein Polizeilieutenant, ein Schutzmann, der Physikus des Bezirkes und ein Apotheker und nehmen, nachdem die Ladenthüren geschlossen waren, eine strenge Durchsuchung aller Geschäftsräume, selbst der Privatwohnungen nach sogen. verbotenen Sachen vor. Die Droguisten, die gewiß keine Ahnung davon haben, daß Sozialdemokraten sogar aus Ursachen behaussucht werden, die das Gemeinwohl in keiner Weise angehen, wollen eine Protestversammlung einberufen.

Ein Hauswirth besitzt in Berlin und in Hamburg so viele Häuser, daß er im ganzen über nicht weniger als 1400 Miether schaltet und waltet. In dem von ihm selbst bewohnten Hause in der Holzmarktstraße hatte er an Prostituirte vermiethet, und die Polizei leitete daher eine Strafverfolgung wegen Kuppelei gegen den Mann ein. Bei Einsicht der gerichtlichen Untersuchungsakten stellte der Vertheidiger des Hausbesitzers fest, daß neben der protokollirten Aussage einer in der Sache vernommenen Zeugin sich ein amtlicher Vermerk befand, ungefähr des Inhalts: Das betreffende Haus sei eines der berüchtigsten Häuser: der Besitzer müsse das auch wissen, denn er habe seinen Verwalter beauftragt, möglichst hohe Miethen zu erzielen, von denen er ihm Prozente zahle. Wenn ihm dann einmal das Messer an der Kehle sitze, dann sei er schlau genug und wahrscheinlich von seinem Schwiegersohn, dem Rechtsanwalt instruirt, um die Schuld auf den Verwalter zu schieben und diesen zu entlassen. Der Musterhauswirth wurde freigesprochen, weil der unter Anklage gestellte Vorgang sich gerade zu einer Zeit abgespielt hatte, als der Angeklagte sich von seinen anstrengenden Pflichten auf einer Reise erholte. Unter den Berliner Hauswirthen, die bekanntlich alle Augenblicke nach schwarzen Listen für die Miether schreien, soll die gewiß nicht besonders unzutreffende Charakterisirung, die dem schmutzigen Gewerbe des Ehrenmannes von amtlicher Stelle zu theil geworden ist, sehr böses Blut erregt haben.

Die Berliner Hauswirthe wollen spendabel werden. Ein Berichterstatter weiß die komische Mähr zu melden, daß diese Leute, bei denen man sich wegen eines lumpigen Eisenrostes meist die Sohlen ablaufen muß, am 22. März ihren Miethern unentgeltlich Lichte zur Illumination schenken wollen. Es versteht sich wohl am Rande, daß die derart bedrohten Miether, soweit sie aus Arbeitern bestehen, ihren Wirthen höflich, aber entschieden die Thür weisen, schon um der Gefahr zu entgehen, daß aus einem solchen Geschenk eine Miethssteigerung hergeleitet werden könnte.

Auch der Arbeiterschaft Berlins dürfte sich Gelegenheit bieten, den 22. März festlich zu begehen. Allerdings nicht in diesem, sondern erst im nächsten Jahre. Am 22. März 1898 sind es 50 Jahre her, daß die Beerdigung der Märzgefallenen erfolgte, jener erhabene Vorgang, den Freiligrath in dem bekannten Gedicht „Die Todten an die Lebendigen" erhebend schildert.

Zur Naturgeschichte der Ehrenjungfrauen. In der „Deutschen Tageszeitung" lesen wir: „Im Festzuge der Centenarfeier werden weißgekleidete Ehrenjungfrauen in großer Zahl vertreten sein. Um eine möglichst große Einheitlichkeit in der Gewandung herbeizuführen, hat eine hiesige Firma dem Festkomitee 1000 Meter weißen Atlas unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Seit Bekanntwerden dieser Thatsache sollen die Meldungen um die Ehrenjungfrauschaft sehr zugenommen haben, zumal immer noch mit der Hoffnung gerechnet wird, daß sich noch eine zweite Firma finden möge, die die Atlaskostüme auf ihre Kosten anfertigen läßt." Welch ein Idealismus steckt doch in so einer preußisch-deutschen Ehrenjungfrau!

Die Verfrommung Berlins wird mit ungeschwächtem Eifer betrieben. Jetzt macht man sich sogar an die Droschkenkutscher. Fuhr da gestern eine ältere Dame mit einer Droschke von Geschäft zu Geschäft. Als sie aus dem ersten Laden zurückkam, sah sie den Kutscher eifrig im „Vorwärts" lesen. Traurig schüttelte sie das Haupt. Beim zweiten Geschäft mußte sie dieselbe Wahrnehmung machen. Weiter las der Kutscher im „Vorwärts". Und wieder schüttelte sie das Haupt, wehmüthiger noch als vordem. Als sie aus dem dritten Laden kam, fing sie an zu reden, salbungsvoll und mit butterweicher Stimme. Es war eine Bußpredigt, die sich hören lassen konnte. Aber der Kutscher blieb verstockt, mit Gründen stritt er gegen ihren Wortschwall und mit Erfahrungssätzen. Da hieß sie ihn nach der nächsten Buchhandlung fahren. Schon nach wenigen Minuten kam sie mit einem Büchelchen zurück, schenkte es dem Kutscher und meinte, er solle es nur aufmerksam lesen, und wenn er dann die Wirkung spüre, seinen Prediger fragen. Der werde ihm schon über alles Bescheid sagen. Der Kutscher hat das kleine Buch nicht dem Pastor, sondern uns gebracht. Es ist von Emil Frommel, dem verstorbenen Hofprediger, und führt den Titel: „Aus dem untersten Stockwerk." Wir nannten dem Ueberbringer die Adresse eines Antiquars. So komme er wenigstens zu einem Trinkgelde.

Im Feenpalast wird zur Zeit ein aus recht widerstrebenden Elementen zusammengefügtes Stück gegeben. Es heißt gerade nicht sehr originell „Eine tolle Nacht"; seinen Inhalt bilden die Abenteuer, die ein Pantoffelheld in Gemeinschaft mit seinem Miethsherrn erlebt. Dieser wird in einem Walde, der wahrscheinlich den Thiergarten vorstellen soll, von einem obdachlosen Mädchen um Unterkunft gebeten, und der mitleidige Jüngling führt die Arme auch auf sein Zimmer. Hier giebt es wegen des Mädchens zwischen der eifersüchtigen Gattin und dem Hausherrn eine tolle Szene, die den mitleidigen Jüngling fast zur Verzweiflung bringt. Schließlich endet aber alles im guten; die Ehegatten versöhnen sich und der Jüngling, den im Feenpalast ein ansehnliches Embonpoint zierte, macht der Obdachlosen in aller Ehrbarkeit einen Heirathsantrag. Das Stück wurde sehr flott gespielt. Außer an dieser Posse erfreut sich das Publikum an den Leistungen einiger „Spezialitäten", unter denen die Luftkünstler Emmy Gomez und Arra, sowie das Kostümsängerpaar Anna und Bruno Böhrer lobend genannt zu werden verdienen.

„Reisebilder aus Hinter-Indien" ist der Titel des Projektionsvortrags, welchen Herr Dr. med. Kronecker am Freitag, den 12. d. M., abends 8 Uhr, in der Urania in der Invalidenstraße zum ersten Male halten wird.

Im Schiller-Theater kommt übermorgen, Sonntag Nachmittag „Romeo und Julia" mit Fräulein Pauly und Herrn Bach in den Hauptrollen zur Aufführung; in der Abendvorstellung geht „Der Millionenbauer" in Szene. Heute wird das Stowronnek'sche Lustspiel „Eine Palastrevolution" zum ersten Male wiederholt. — Im Bürgersaale des Rathhauses findet Sonntag „Uhland-Abend" statt. Den einleitenden Vortrag hält Adalbert v. Hanstein, von den Mitgliedern des Schiller-Theaters wirken mit: Frl. Grethe Meyer und die Herren Bach, Froböse, Pauly.

Ein Mann, der sein Publikum zu nehmen weiß. Verhaftet wurde in einem theuern Gasthofe der Friedrichstraße ein Hochstapler in Offiziersuniform. Vor etwa drei Wochen stieg dort ein wohl etwa 22 Jahre alter Herr ab, der sich in das Fremdenbuch als Lieutenant Prager vom 6. Artillerie-Regiment aus Breslau eintrug und angab, er habe einen zweijährigen Urlaub und komme über London von Johannesburg. Das Ende des Urlaubs wolle er in Berlin abwarten, wohin in 11 Tagen auch sein Vater, der Stadtrath Prager aus Breslau, kommen werde. — Wie in ähnlichen Fällen, so war auch hier wieder die Erfahrung zu machen, daß der bunte Rock in Verbindung mit schneidigem Auftreten genügte, um alle Bedenken, die etwa noch gegen den Herrn Lieutenant obwalteten, aus der Welt zu schaffen. Der fremde „Offizier" wurde sogar zur Feier des kaiserlichen Geburtstages in einem hiesigen Offizierskasino hinzugezogen. Der Mensch, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt ist, hat natürlich eine große Anzahl von Geschäftsleuten um beträchtliche Geldsummen geprellt. Es ist ja Brauch, daß bürgerliche Kreise, die dem Arbeiter nicht die Margarine auf dem Schwarzbrot gönnen, vor dem Offiziersrock unbesehen die tiefsten Referenzen machen.

Selbstmord eines Liebespaares. Gestern Vormittag wurden in einem Hotel in der Invalidenstraße der Bautechniker Karl Sch. und seine Geliebte, die 21 Jahre alte unverehelichte Anna St., mit Cyankali vergiftet todt aufgefunden.

Geflügeldiebe sind jetzt im Nordosten Berlins, sowie in den nordöstlichen Vororten auffallend eifrig an der Arbeit. Zahlreiche Meldungen von Diebstählen sind bei der Polizei eingegangen.

Zu polizeilichen Nachforschungen giebt der Selbstmord des Drechslers Wilhelm Grube aus der Waßmannstr. 28 Veranlassung. Die Leiche wurde um etwa 6 Uhr morgens im Thiergarten aufgefunden; Geld und Werthsachen waren nicht vorhanden. Wie nun die frühere Braut mittheilt, ist Grube im Besitz einer schweren goldenen Uhr gewesen, die er zu Hause nicht zurückgelassen hatte. Es handelt sich nun um den Verbleib dieses Werthstückes. Entweder hat Grube die Uhr vor seinem Ende verkauft, oder die Leiche ist beraubt worden.

Mit seinem Taschenmesser stach sich der Handlungsdiener Jürgens in einer Gastwirthschaft in der Gollnowstraße in die Brust, nachdem er vorher dem Wirth erklärt hatte, daß er seine Zeche nicht bezahlen könne. Der Verwundete, der nicht lebensgefährlich verletzt ist, wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. Er war längere Zeit stellungslos.

Von der Polizei sind dieser Tage bei hiesigen Bäckermeistern darüber Erkundigungen eingezogen worden, ob die genannten Bäckermeister ihr Mehl direkt von der Mühle oder durch Zwischenhändler beziehen. Die Gründe hierfür sind bisher nicht bekannt. Vielleicht handelt es sich, wie die „Volks-Ztg." meint, darum, ob auf den Schlußscheinen die vorgeschriebenen Stempel verwendet sind. Vielleicht handelt es sich auch wieder um ein „kleines Mittel" für die Agrarier.

Die Leiche eines Kindes ist unter Lumpen aufgefunden worden. Als in dem Produktengeschäft von L. in der Krautstraße Mittwoch die von den Sammlern abgelieferten Abfälle aller Art auseinandergelesen wurden, kam dabei die kleine Leiche zum Vorschein, die dann an die Polizei abgegeben wurde. Das Alter läßt sich von einem Laien nicht genau bestimmen.

Von einem Schadenfeuer wurde gestern früh das Damenmäntel-Geschäft von Weinstein u. Landauer, Kurstr. 47/48, betroffen. Früh um 7½ Uhr wurde der Brand bemerkt und die Feuerwehr benachrichtigt. Das zweite Stockwerk des großen Geschäftshauses stand in Flammen und erst nach einstündiger Löschungsarbeit war man des Feuers Herr. Die Entstehung des Brandes wird auf einen schadhaften Kachelofen zurückgeführt. Der Betrieb des Geschäfts ist nicht gestört. — Am Mittwoch Abend brannte es in der Bergschloß-Brauerei, Hasenheide 108. Ein Schuppen stand in der achten Stunde in Flammen, das Feuer blieb auf seinen Herd beschränkt.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Am Mittwoch Vormittag fiel der hier zum Besuch weilende Böttchermeister Heinrich Jeschke aus Meseritz vor dem Hause Badstr. 21 infolge der Glätte hin und brach das Knöchelgelenk des linken Fußes. Er wurde von seinem Bruder nach der Charitee gebracht. — Beim Ueberschreiten des Dammes vor dem Hause Elsasserstr. 78 glitt vormittags die 65 Jahre alte Arbeiterfrau Pauline Schütte auf den Pferdebahnschienen aus und erlitt beim Fallen einen Bruch des linken Unterschenkels. — Durch Schneemassen, die infolge des Thauwetters von den Dächern herabstürzten, wurde in der Brunnenstraße an der Ecke der Auklamerstraße die Kassirerin Minna Steinicke geb. Veitz, und Potsdamerstraße 140 die unverehelichte Agnes Wagner getroffen und am Kopfe verletzt. — Gestern Nacht um 11 Uhr fuhr vor dem Hause Münzstraße 8 ein Pferdebahnwagen von hinten derartig gegen einen Kremser an, daß das ganze Verdeck abbrach. Glücklicherweise wurden die aus mehreren Herren bestehenden Insassen nicht verletzt, auch ist keine Störung des Verkehrs eingetreten.

Aus den Nachbarorten.

In Weißensee steht das Lokal „Albrecht's Hof" der Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung. Man wolle diese Mittheilung streng beachten. Das Lokal von Hähling, Langhansstr. 106, ist für Versammlungen frei. Die Lokalkommission von Weißensee.

Der Ober-Feuerwehrmann Krüger von der Schöneberger Berufsfeuerwehr hat sich beim Löschen eines Brandes im Hause Motzstr. 89 dadurch schwer verletzt, daß ihm beim Einschlagen einer Fensterscheibe der Puls durchschnitten wurde. Er wurde ins Elisabeth-Krankenhaus gebracht.

Zünftlerische Kneipwirthe. Die Flaschenbierhandel treibenden Brauereien will auch die Gastwirthsinnung des Teltower Kreises nach Möglichkeit zu boykottiren suchen. In der letzten Innungsversammlung wurden die „Schleuderpreise", die durch das gegenseitige Unterbieten dieser Brauereien entstanden sind, lebhaft bedauert und allen Innungsmitgliedern empfohlen, die Verbindung mit diesen Brauereien abzubrechen.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Beleidigung oberschlesischer Polizeibeamten, begangen durch die Presse, standen am Donnerstag die Genossen Biniczkiewicz und Morawski vor der 2. Strafkammer am Landgericht I. Ersterer als verantwortlicher Redakteur unseres polnischen Parteiorgans „Gazetta Robotnicza", letzterer als angeblicher Verfasser eines Artikels in Nr. 29 des genannten Blattes, in dem aus „Beuthen (Ober-Schl.) mehrere Fälle von Uebergriffen berichtet worden, die sich oberschlesische Polizeiorgane angeblich haben zu Schulden kommen lassen. Der Darstellung der bezüglichen Thatsachen folgte der Satz: „so ist die Thätigkeit und der Dienst der schlesischen Polizei; daß sie nicht ein Pfund zusammengeballter Haare werth ist, wird jeder zugeben." Die Angeklagten und der gerichtliche Dolmetscher stimmen schließlich darin überein, daß diese Uebersetzung die wörtliche ist, nachdem der Dolmetscher anfangs — seiner Meinung nach sinngemäß — übersetzt hatte: „das sie nicht ein Pfund Lumpen werth ist." Die Angeklagten behaupten, daß sich die unter Anklage stehende Aeußerung nicht auf die Polizei, sondern auf deren Dienst und Thätigkeit beziehen soll. Der Dolmetscher hält beide Deutungen für zulässig. Bei der Haussuchung in den Redaktionsräumen war der Polizei ein Zettel mit den von Morawski geschriebenen Anfangssätzen des Artikels in die Hände gerathen, auf grund dessen sie Morawski für den Verfasser hielt. M. erklärt jedoch diesen Zettel für den Anfang einer Abschrift der aus Beuthen eingegangenen Korrespondenz. Die Angeklagten bieten den Wahrheitsbeweis für die im Artikel behaupteten Thatsache an, der jedoch vom Gerichtshof nach sehr langer Berathung als unerheblich abgelehnt wird. Der Staatsanwalt hält Morawski für den Verfasser des Artikels und den spiritus rector der „Gazetta Robotnicza" und beantragt gegen denselben eine Gefängnißstrafe von drei Monaten, gegen Biniczkiewicz eine solche von sechs Wochen. Der Gerichtshof hielt nicht für erwiesen, daß Morawski der Verfasser sei, er habe aber bei Herstellung und Verbreitung der Zeitung mitgewirkt und müßte deshalb als Mitthäter gelten. Ob die beleidigende Aeußerung sich auf die Polizeibeamten oder auf deren Dienst beziehen solle, sei gleichgiltig. Da die Angeklagten von der Wahrheit der behaupteten Thatsachen überzeugt waren, wurde nicht auf Gefängniß, sondern nur auf Geldstrafe erkannt, und zwar gegen Biniczkiewicz 150 M., gegen Morawski mit Rücksicht auf seine Vorstrafen 300 M. und Publikationsbefugniß für den Regierungspräsidenten von Oppeln.

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über die Sonntagsruhe sollte der technische Leiter des Zentralhotels, Herr Otto, dadurch verletzt haben, daß er Frauen am Sonntag Vormittag bis 1/2 10 Uhr mit dem Reinigen, Plätten, Rollen und Legen von Hotelwäsche beschäftigte. Nachdem er vom Schöffengericht und vom Landgericht freigesprochen worden war, legte die Staatsanwaltschaft noch beim Kammergericht Revision ein. Der Oberstaatsanwalt beantragte aber selbst die Freisprechung, worauf am 11. Februar der Strafsenat des Revisionsgerichtes demgemäß unter folgender Begründung erkannte: Da der Betrieb der Waschanstalt des Zentralhotels, ohne einen besonderen Gewerbezweig zu bilden, in den alleinigen Dienst des Hotelbetriebes gestellt worden sei, sei er ein untrennbarer Bestandtheil desselben

geworden. Entbehre er aber der Selbständigkeit und bilde er einen Theil des Hotelbetriebes, dann habe sich der Hotelleiter durch die sonntägliche Beschäftigung der betreffenden Personen nicht strafbar gemacht, denn durch § 105i der Gewerbe-Ordnung seien auch Hotelbetriebe von den Beschränkungen der §§ 105a Abs. 1 und 105b—105g befreit. — Der Strafsenat legte auch die Kosten der Vertheidigung der Staatskasse zur Last, weil es sich in dem Vorgehen gegen Otto nur darum gehandelt habe, eine bisher noch unentschiedene prinzipielle Frage vor das Forum des Kammergerichts zu bringen.

In der Brandt'schen Millionen-Erbschaftssache stand gestern Termin zur Verkündigung des Gerichtsbeschlusses an. Es hatten sich auch diesmal zahlreiche Erbberechtigte, namentlich auch aus den Provinzen eingefunden. Die Klägerin Timm war nicht anwesend, wurde vielmehr durch ihren Mann vertreten. Um 1 Uhr eröffnete Landgerichtsrath Barschdorf die Sitzung und verkündete unter großer Spannung den Beschluß dahin, daß dem Grafen Douglas drei verschiedene Eide zur Wahl zugeschoben worden sind, und zwar erstens: „Ich habe die Ueberzeugung, daß ich die Papiere, und zwar Testament, Geburtsurkunde und Stammbaum von dem Portier Simon in den sechziger Jahren nicht erhalten habe". Schwört er diesen Eid, so wird Klägerin abgewiesen und trägt ein Fünftel der Kosten. Der zweite Eid lautet dahin, daß der Graf die Schriftstücke nicht mehr in Besitz habe, und die dritte Formel, daß Graf Douglas nicht wisse, wo sich die Papiere befinden. Leistet der Graf diese Eide, so wird die Klägerin unter Auferlegung von vier Fünfteln der Gesammtkosten abgewiesen. Andernfalls wird Graf Douglas zur Herausgabe der Schriftstücke verurtheilt. Ein Termin zur Eidesleistung ist noch nicht angesetzt worden.

Der Farmer Thomas Kneebs hat sich nunmehr bei dem jüngst gegen ihn gefällten Erkenntniß beruhigt, sodaß in diesem denkwürdigen Prozeß das letzte Wort gesprochen ist.

Eine kuriose Vorgeschichte hat ein eigenartiger Rechtsstreit, den der vierte Senat des Ober-Verwaltungsgerichtes in seiner letzten Sitzung entschied. — Kommerzienrath Hansemann, die bekannte Finanzgröße, will zum Leidwesen von Stadt und Polizeidirektion den jahrelang öffentlich benutzten Charlottenburger Steinplatz durch einen hohen Bretterzaun abschließen. Hansemann ist Besitzer des Platzes und hat es stets geduldet, daß der öffentliche Verkehr darüber hinwegging. Eines Tages — schon vor Jahren — trat bei ihm eine Deputation des Charlottenburger Verschönerungsvereins an und bat, doch zu gestatten, daß der hübsche Platz zur Zier und Ehr der Stadt mit Gartenanlagen versehen werde. Hansemann that den Leuten auch den Gefallen und der Platz erhielt Anlagen. Mittlerweile führte Charlottenburg eine Ergänzungssteuer ein und — veranlagte dazu auch Hansemann wegen seines Grundeigenthums am Steinplatz. Jetzt wurde der Finanzmann aber böse und erklärte, den Platz dann auch für sich allein haben zu wollen. Er theilte der Polizei mit, daß er um sein Eigenthum einen hohen Zaun anbringen werde. Als ihm die Behörde hierzu die Erlaubniß verweigerte, klagte er beim Bezirksausschuß, der ihm dann auch beipflichtete. Die beigeladene Stadtgemeinde und die Polizeidirektion legten Berufung ein, wurden aber beide vom Ober-Verwaltungsgericht schon aus formalen Gründen abgewiesen. Der Präsident des vierten Senats, von Meyeren, bemerkte in seiner Publikation, daß auch bei materieller Prüfung die Abweisung wahrscheinlich gewesen wäre, denn zweifellos habe sich Hansemann bei Ertheilung jener Erlaubniß zur Verschönerung sein Besitzrecht durch das Wörtchen „widerruflich" gesichert. — Herr Hansemann darf also den Steinplatz einzäunen lassen.

Ausgabe von Streiklisten als Veranstaltung einer öffentlichen Kollekte. Unser Parteigenosse Rienecker in Guben hatte es seinerzeit unternommen, dort die Sammlungen für die streikenden Textilarbeiter in Gang zu bringen. Er gab an Personen, die ihm vertrauenswürdig dünkten, Sammellisten aus. Die Listen und die in Fabriken gezeichneten Geldbeträge brachten ihm dann die Leute später in seine Wohnung und rechneten mit ihm ab. Hierin erblickte die Behörde die Veranstaltung einer öffentlichen Kollekte, die der Genehmigung des Oberpräsidenten bedürfe. Das Schöffengericht sprach ihn jedoch frei. Die Staatsanwaltschaft erzielte indessen in der Berufungsinstanz die Verurtheilung Rienecker's zu 10 Mark. Das Landgericht war der Meinung, daß doch die Veranstaltung einer öffentlichen Kollekte vorliege. Außer an den mitgetheilten Thatsachen nahm es auch daran Anstoß, daß von den Sammellisten eine im Zigarrengeschäft zur Berücksichtigung für jedermann auslag. Die Verurtheilung wurde auf grund der Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Frankfurt vom 5. Mai 1866 ausgesprochen. Auf die Revision des Angeklagten bestätigte der Strafsenat des Kammergerichts am 11. Februar die Vorentscheidung. Das Landgericht habe ohne Rechtsirrthum erkannt und die genannte Verordnung sei rechtsgiltig.

Zur Königsberger Börsengartenaffäre. In dem Beleidigungsprozeß des Regierungsassessors von Volkmann gegen die Direktion des Börsengartens und den Chefredakteur der „Hartung'schen Zeitung" erfolgte gestern, wie man der „Volks-Zeitung" aus Königsberg meldet, die Freisprechung aller Angeklagten. Dagegen wurde der Kläger auf eine Widerklage wegen Beleidigung des Amtsgerichtsraths Alexander zu 10 M. Geldstrafe verurtheilt.

Partei-Nachrichten.

Die sozialdemokratischen Vereine für den ersten und zweiten Hamburger Wahlkreis haben in ihren General-Versammlungen beschlossen, den Monatsbeitrag von 30 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen. Ein gleicher Beschluß wird aller Voraussicht nach von den sozialdemokratischen Vereinen für den dritten Hamburger Wahlkreis, von Altona und von Ottensen gefaßt werden, während er in Wandsbeck schon gefaßt ist. Der sozialdemokratische Verein für den ersten Hamburger Wahlkreis hatte im letzten Jahre eine Einnahme von 22 657,97 M. und eine Ausgabe von 22 318,80 M.

Der Sozialdemokratische Verein für den ersten sächsischen Reichstags-Wahlkreis Zittau hatte im vorigen Jahre einen thatsächlichen Mitgliederstand von 461 gegen 412 im Jahre 1895. Die Mitglieder vertheilten sich auf 43 Ortschaften gegen 41 im Jahre 1895. Die meisten Mitglieder hatten Zittau mit 89 Mitgliedern, Seifhennersdorf mit 82, Reichenau mit 80, Großschönau mit 50, Hainewalde mit 37 Mitgliedern. Im Alter von 21—25 Jahren standen 85 Mitglieder, im Alter von 25—30 Jahren 156, im Alter von 30—40 Jahren 189, von 40—50 Jahren 65, im Alter von 50 Jahren und darüber 35 Mitglieder. Die Vereinsbibliothek umfaßt zur Zeit 50 Bände. Die Einnahmen des Vereins betrugen 207,50 M., die Ausgaben 86,75 M.

Der Vertrauensmann des Wahlkreises Zittau, Genosse Förster, nahm 296,67 M. ein und gab 291,92 M. aus.

Das „Volksblatt für Anhalt" bittet uns mitzutheilen, daß sein um 10 Pf. monatlich erhöhter Abonnementspreis nicht einschließlich der „Neuen Welt" 70 Pf. beträgt, sondern von 40 beziehentlich 50 auf 50 beziehentlich 60 Pf. erhöht worden ist.

Der „Avanti", das erste täglich erscheinende Organ der italienischen Sozialdemokraten, quittirt in seiner letzten Nummer über 10500 Lire, die für den Preßfonds des genannten Blattes bisher eingegangen sind.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Die Parteigenossen Wacker in Angermünde und Krüger in Berlin hatten auf Antrag der Staatsanwaltschaft einen auf 45 M. Geld- oder 15 Tage Haftstrafe lautenden Strafbefehl erhalten, weil sie am 18. Dezember den von der Agitationskommission für Brandenburg herausgegebenen „Märkischen Volksboten, Volkskalender für 1897" vertheilt haben, ohne die Erlaubniß der betreffenden Ortspolizei einzuholen. Sie erhoben gegen das Strafmandat Einspruch und erzielten in der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Angermünde ihre glänzende Freisprechung.

— In Delitzsch wurde der Vertrauensmann Genosse Biedermann wegen Beleidigung des Gendarmen Fangohr in Zwochau und des Ortsschulzen Güntheritz vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt.

Gewerkschaftliches.

Der Ausstand der Glasschleifer der Firma Dittmann in Berlin dauert fort. Die Ursache zu diesem Streik gab Herr Dittmann, indem er auf hundert Gläser zu schleifen eine Mark von dem alten Preis abziehen wollte. Dies scheiterte an der Einigkeit der Arbeiter und Herr Dittmann sah sich gezwungen, seine Forderung zurückzuziehen. Die Arbeiter stellten nun selbst eine Forderung; sie verlangten, daß an Stelle der Akkordarbeit die Lohnarbeit eingeführt werden solle, in der Hoffnung, daß durch diese verschiedene Mißstände wegfallen würden. Diese Forderung wurde am 31. Januar und 7. Februar in zwei öffentlichen Versammlungen akzeptirt, ferner ein Antrag, den Minimallohn auf 21 M. wöchentlich festzusetzen. Die Kommission, die mit Herrn Dittmann darüber verhandeln sollte, wurde von demselben mit den Worten abgewiesen: auf so einen „Quatsch" lasse er sich nicht ein. Obschon in der Versammlung vom 7. Februar noch sämmtliche Kollegen ihr Wort gaben, nicht einzeln, sondern vereint mit Herrn Dittmann zu verhandeln, so haben sich doch zwei gefunden, die, schon in der Versammlung etwas unsicher, die Arbeit wieder aufgenommen haben. Es giebt leider der Arbeiter immer noch viele, die nicht einsehen, daß treuer Zusammenhalt mit den Kameraden der einzige Schutz vor Verschlechterung auch der eigenen Lage ist, und das einzige Mittel, die Lohnverhältnisse zu bessern. So sind in der Arlt'schen Werkstatt von 36 Mann nur 3 organisirt, obgleich dort die Verhältnisse ebenfalls recht zu wünschen übrig lassen. Daran sind die Kollegen in der Hauptsache selber schuld. Darum, Ihr Kollegen von der Arlt'schen Werkstelle, tretet ein in den Verband, denn nur durch die Organisation kann die Lage des Arbeiters verbessert werden, und nur Einigkeit macht stark. Verband der Glasarbeiter Deutschlands. J. A.: Hamann, Schriftführer.

Achtung, Vergolder Berlins! Die Kollegen, welche noch im Besitz von Agitationslisten vom Jahre 1896 sind, werden hiermit aufgefordert, dieselben binnen acht Tagen bei F. Steidel, Friedrichsbergerstr. 20, abzuliefern. Die Agitationskommission.

Achtung, Buchbinder Berlins! An diejenigen Delegirten der Orts-Krankenkasse, die von den organisirten Kollegen gewählt worden sind, richten wir den Appell, in der am Montag, den 15. Februar 1897, abends pünktlich 8½ Uhr, stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung im Restaurant G. Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Die Tagesordnung ist sehr wichtig, indem Beschluß gefaßt werden soll über Erhöhung des Krankengeldes und über die Wahl eines Kassenschreibers. Pflicht eines jeden organisirten Delegirten ist es, diese Versammlung zu besuchen.

Aus Weißenfels wird uns mitgetheilt: Der Streik dauert in 7 größeren Fabriken unverändert fort, in 23 Fabriken sind den Arbeitern annehmbare Zugeständnisse gemacht worden, weshalb dort die Arbeit wieder aufgenommen ist. Die Zahl der ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen beträgt noch 600. Die Fabrikanten haben in ihrem Verein beschlossen, wer anderswo als in dem früheren Betriebe beschäftigt sein wolle, müsse vorher die Genehmigung seines früheren Prinzipals einholen, und zwar, was die noch vom Ausstand betroffenen Fabriken betrifft, innerhalb der nächsten 14 Tage. Vom Arbeitsnachweis der Fabrikanten aus wird überall hinberichtet — zum Beispiel an Zeitungen und an die Herbergen — daß der Streik beendet sei und Arbeitskräfte nothwendig wären. So sind Arbeiter angekommen aus Aschaffenburg, Bernburg, Burg, Krefeld, Breslau, Hannover. Sie sind aber wieder abgereist, als sie hörten, welchem Zweck sie hier dienen sollten. Die Streikenden stehen alle noch fest. Werden sie noch einige Zeit unterstützt, so ist es sicher, daß auch die noch übrigen Fabrikanten sich zu Zugeständnissen bequemen werden. Von den Arbeitern Leipzigs sind bereits über 9000 M. den Weißenfelsern überwiesen. Möchten die Arbeiter der übrigen deutschen Städte ebenfalls ihr mögliches thun, um die Weißenfelser Schuhmacher in dem Kampfe zu unterstützen, der ihnen von den Fabrikanten durch die frivole Aussperrung aufgezwungen worden ist. Zuzug ist aufs strengste fernzuhalten!

Aus Hamburg wird uns mitgetheilt: Kaum ist der Verband deutscher Eisenbahner gegründet, so werden gegen ihn schon Repressalien aller Art angewendet. Die Eisenbahn-Direktion Altona läßt gegenwärtig sämmtliche ständige Hilfsarbeiter, wie Aktenheftler, Bureaudiener, Hilfsportiers, Magazinarbeiter u. s. w., einzeln vor einen der Räthe der Direktion bescheiden und hier müssen sie einen Revers unterschreiben, laut dem sie versprechen, sich nicht dem „Zentralverband deutscher Eisenbahner" anzuschließen. Bruch dieses Versprechens zieht die Strafe der sofortigen Entlassung nach sich. Außerdem läßt sich die Direktion Altona die Gründung von Gegenvereinen angelegen sein. Ein solcher in diesen Tagen in Altona gegründeter Verein hat nach der freisinnigen „Kieler Zeitung" außer der „Pflege der Treue zu Kaiser und Reich" in sein Programm auch noch folgenden Punkt aufgenommen: „Bekämpfung solcher Agitation, welche eine Besserung der Lage der gut bezahlten Eisenbahnangestellten erstrebt."

Der bayerische Eisenbahnarbeiter-Verband, der vom Zentrum gegründet wurde, soll gegenwärtig über 3000 Mitglieder zählen.

In Leipzig-Plagwitz haben in der Möbel- und Musikautomaten-Fabrik von Paul Hötzsch 29 Tischler, Maschinenarbeiter, Polirer und 2 Polirerinnen die Arbeit niedergelegt, da täglich neue Abzüge bei den einzelnen Arbeiten gemacht wurden und 10 hauptsächlich ältere Arbeiter in den letzten Tagen entlassen worden waren. Bei Musikautomaten betrug der Abzug sogar 8 M., von 30 M. herunter auf 22 M. Die Ausständigen fordern die Einhaltung bisheriger Akkordsätze beziehentlich Zahlung eines Minimallohnes von 36 Pfennigen pro Stunde; Auszahlung des Lohnes am Freitag und Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter, sowie Unterlassung von Maßregelungen. Sie ersuchen insbesondere die Musikautomaten-Tischler um Vermeidung des Zuzuges.

Der Diamantarbeiterbund in Amsterdam beschloß, die streikenden Diamantarbeiter in Hanau wöchentlich mit 1000 Mark zu unterstützen.

Aus Italien. Die 45 Hafenarbeiter von Ancona, die, wie bereits mitgetheilt, wegen angeblichen Bruchs des Arbeitsvertrages verhaftet worden waren, sind, wie die „Avanti" berichtet, wieder in Freiheit gesetzt worden.

Versammlungen.

Die Bureau-Angestellten der Rechtsanwälte beschäftigten sich in einer großen Versammlung am 9. Februar mit ihren mäßigen Forderungen und deren Ablehnung durch den Anwaltsverein. Den großen Saal der Arminhallen füllten etwa 600 Personen. Bauer referirte. Er beleuchtete nochmals die bekannten, unendlich traurigen Verhältnisse in dem Berufe. Insbesondere hob er hervor, daß 77 pCt. der in Anwaltsbureaus Beschäftigten jugendliche Leute seien und nur auf 12,6 pCt. ein Einkommen von 100 M. und mehr pro Monat entfalle. 62 pCt. erhielten gar weniger als 50 M. Von 100 Bureau-Angestellten erlägen 80 der Schwindsucht. Diese Wirksamkeit des modernen Würgengels sei der beste Beweis für die Gesundheitsschädlichkeit des Berufs. Nachdem Redner dann scharfe Kritik an dem Verhalten jener, wie er sagte, von mammonistischem Geiste beseelten Mehrheit im Anwaltsverein geübt hatte, appellirte er an die Versammelten, sich dem Zentralverbande der Bureau-Angestellten anzuschließen. Die Ablehnung der gerechten Forderungen durch den Anwaltsverein lehre, daß auch die Bureau-Angestellten sich nur auf die eigene Kraft verlassen könnten und darum den Weg der klassenbewußten Arbeiterschaft gehen müßten. Noch einmal möge man indessen einen friedlichen Versuch bei der Anwaltskammer machen. (Lebhafter Beifall.) — Der Vorsitzende theilt mit, daß die Rechtsanwälte Cannedt und Marquardt der an sie ergangenen Einladung, zu erscheinen, nicht gefolgt seien. Ein Brief des Herrn Canneut wird verlesen. Er lehnt ab, zu kommen, weil es der Agitationskommission „augenscheinlich doch nur auf agitatorische und sozialistische Zwecke ankäme". (Gelächter.) Bureaugehilfe Silberberg, der sonst nicht gegen eine Verbesserung der Lage seiner Kollegen ist, wünscht „einen besseren Ton angeschlagen." Ausdrücke wie „Profitgier" berühren den Zartbesaiteten peinlich. (Heiterkeit und spöttische Zurufe.) Die Sprache des Fachblattes „Der Bureau-Angestellte" wäre ja beinahe noch krasser, wie die des sozialdemokratischen Zentralorgans. Unter ironischem Beifall vieler Anwesenden endet der Redner. — Dreihart, auch ein Harmonieapostel, wirft sich zum Vertheidiger des Rechtsanwalts Arndt auf, über den der „Bureau-Angestellte" eine abfällige Kritik gebracht hatte, wonach Arndt seinen sechs Leuten jährlich zusammen 3000 M. zahlen soll, während er mit einem Jahreseinkommen (Bruttoeinkommen) von 50 000 M. rechne. Redner wird stürmisch unterbrochen. Er ruft durch seine letzten Worte: „Herr Arndt kann doch nicht für jeden seiner Angestellten eine Villa bauen," großen Lärm hervor. Auch er tritt unter ironischem Klatschen und spöttischen Rufen ab. Rieger und mehrere andere Redner vertraten den Standpunkt des Verbandes und der genannten Fachzeitung. Sie betonten, daß es sich hier weder um eine rein sozialdemokratische Organisation, noch um ein sozialistisches Blatt handele; beide gingen allerdings in ihrem Wirken vom Standpunkte des Klassenkampfes aus. (Anhaltender Beifall.) Sollmann pflichtet den Ausführungen des Referenten vollkommen bei, obgleich er ein Gegner des Verbandes ist. Er kann sich jedoch mit der geforderten Lohnskala aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht ganz einverstanden erklären. — Im Laufe der Verhandlungen wurde auch ein Brief des R.-A. Eschenbach verlesen, worin derselbe bedauert, verhindert gewesen zu sein, in jener denkwürdigen Sitzung des Anwaltsvereins energisch für die durchaus maßvollen Kommissionsvorschläge einzutreten. (Bravo!) Nach einem begeisternden Schlußwort des Referenten nahm die Versammlung gegen wenige Stimmen eine Resolution an, die eine scharfe Verurtheilung des Verhaltens der meisten Anwälte enthält und den Anschluß an den Verband der Bureau-Angestellten dringend empfiehlt. Die Versammlung beauftragte zugleich die Agitationskommission, die Forderungen dem Vorstande der Anwaltskammer zu unterbreiten, um noch einen letzten Versuch zur gütlichen Einigung zu machen. Ferner soll die Agitation kräftig weiter betrieben werden.

Der Zentralverband der Maurer (Zahlstelle I) hielt am 7. Februar seine Mitgliederversammlung ab. Nachdem die Versammlung in der üblichen Weise das Andenken an das Mitglied Knappe geehrt hatte, verlas der Kassirer die Abrechnung vom vierten Quartal und im Anschluß daran die Jahresabrechnung. Letztere ergab mit einem Bestand von 324,41 Mark eine Einnahme von 7772,21 Mark; dem gegenüber stand eine Ausgabe von 7110,77 Mark; darunter sind 3650 Mark an die Hauptkasse, 689,50 M. an den Streikfonds, 928,24 M. für Rechtsschutz und 764,65 M. für Verbreitung des „Grundstein" abgeführt. Der Bestand beträgt 661,44 M. Die Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und der Kassirer entlastet. Hierauf schritt man zur Neuwahl der Revisoren und wurden Pritzkow, Henschoz und Nowottnick gewählt. Ueber die Vorlage eines Regulativs für den in diesem Frühjahr einzuführenden Arbeitsnachweis wurde nach längerer Debatte kein endgiltiger Beschluß gefaßt, sondern bestimmt, die Vorlage in Druck zu geben, um dann in der Urabstimmung zu entscheiden. Die Abrechnung der Unterstützungskommission und Neuwahl derselben wurde der vorgerückten Zeit halber bis zur nächsten Versammlung vertagt. Der Unterstützungskommission wurden 100 M. überwiesen.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag Abend 8 Uhr bis 10½ Uhr: Südost-Schule, Waldemarstraße 14: Natur-Erkenntniß (Antike und moderne Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Alterthum. Griechische Weisheit und biblische Ueberlieferung. Die Entstehung der Erde aus ihrer bevorzugten Stellung im Weltenall. Mechanistische Auffassung und experimentelle Forschung. Die Entwickelung des Menschen in das Naturganze [Lamarck-Darwin]. Das Seelenproblem. Atomismus und Materialismus. Grenzen der Natur-Erkenntniß.) Herr Dr. C. Zoll. — Nord-Schule, Brunnenstr. 25: Redeübung (Die wichtigsten technischen Grundsätze für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrages.) Herr Heinrich Schulz.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr abends an geöffnet.

Die Lesehalle der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 25, ist wochentags von 6—9 Uhr, Sonntags von 4—9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet. Die Geschäftsstelle der Schule N., Brunnenstraße 25, die den Vereinsvorständen zur Vermittelung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 6—9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Pasewalkerstr. 3. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2. Hof, 4 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an P. Gent, S. Dresdenerstraße 107/8.

Arbeiter-Stenographenverein „Stolze", Lindenstr. 100 im Restaurant Fritz Zubeil. Uebungsstunde 8—11 Uhr abends. Unterrichtsstunde jederzeit. Gäste erwünscht.

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, wird Herr Dr. med. Weyl im Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 30, einen öffentlichen Vortrag halten über Scharlach, Masern, Diphtheritis und deren naturgemäße Behandlung.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 11. Februar. (W. T. B.) Dem „General-Anzeiger" zufolge soll im Laufe dieses Monats bei Cuxhaven in der Nähe der Rhede eine Desinfektionsanstalt erbaut und von zwölf Unter- und einem Oberbeamten der Hamburger Desfektionskolonne besetzt werden. Von dort aus sollen dann vom nächsten Monat ab nicht nur die Mannschaftsräume sämmtlicher von Vorderindien kommenden Schiffe desinfizirt werden, sondern die Besatzungen dieser Schiffe sollen dort erst einer Desinfektion unterzogen werden. Durch diese Vorsichtsmaßregeln glaubt die zuständige Behörde einer Einschleppung der Pest und Cholera mit Sicherheit vorbeugen zu können.

Hamburg, 11. Februar. (W. T. B.) In einer Versammlung von 2000 Schauerleuten wurde ein Beschlußantrag angenommen, durch welchen dieselben sich verpflichten, den von den Stauern verlangten Revers nicht zu unterzeichnen; das Versprechen, mit den fremden Arbeitern zu arbeiten und sie nicht aufzuklären, könnten sie doch nicht halten. Lieber würden sie auf die angebotene Arbeit verzichten.

Heute Nachmittag hatten die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten v. Elm und Frohme eine Besprechung mit dem Senator O'Swald. Senator O'Swald theilte den Herren mit, daß wenig Aussicht auf eine Wiedereinstellung der am Ausstand betheiligt gewesenen Staasquaiarbeiter vorhanden sei, da man den Ersatzleuten der s. Z. ausgeschiedenen Arbeiter gegenüber gewisse Verpflichtungen übernommen habe und an eine Entlassung der fremden Arbeiter nicht denken könne.

Paris, 11. Februar. Ein Dammbruch der Loire bei Angers verursachte ungeheuren Schaden. Verluste an Menschenleben werden nicht gemeldet.

Budapest, 11. Februar. (W. H.) Nach Meldungen aus Lugos wird in Knina, Reschitza und Oravicze von 10 000 Bergarbeitern ein Streik vorbereitet. Mehrere Militär-Abtheilungen sind nach Anina abgegangen, um für den Fall, daß Unruhen ausbrechen sollten, Maßregeln zu treffen. Bisher sind jedoch keine Ruhestörungen vorgekommen.

London, 11. Februar. (W. T. B.) Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Tanger gemeldet wird, seien mehrere Verhaftungen vorgenommen worden, die mit der Ermordung des Deutschen Häßner im Zusammenhange stehen.

Glasgow, 11. Februar. (W. T. B.) Einer hier eingegangenen Meldung zufolge ist der Dampfer „Cyanus", von Bilbao nach Glasgow unterwegs, in der Nähe von Ouessant gänzlich verloren gegangen. Von der Mannschaft, die aus 21 Köpfen bestand, wurde nur ein Mann gerettet.

Petersburg, 10. Februar. (W. T. B.) Nach einer Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur" aus Taschkent hat sich die Nachricht von dem Auftreten der Pest in Kandahar bis jetzt nicht bestätigt; wahrscheinlich sei die Nachricht irrig.

Berliner Arbeitervertreter-Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei **Buske**, Grenadierstr. 33, abends 8½ Uhr. Unentgeltlicher Rath wird ertheilt:

Im Norden Berlins: Für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung, abends von 7—9 Uhr: W. Buchholz, Husitenstraße 36, v. 3 Tr. R. Daehne, Demminerstr. 66, v. 3 Tr. K. Guthett, Wiesenstr. 29a, von 8—9 Uhr abends. J. Pieschel, Gartenstr. 65, v. 2 Tr. E. Simanowski, Gartenstr. 78, Portal 2, 2 Tr. M. Stuhlmann, Oderbergerstr. 37, 4 Tr., von 8—9 Uhr abends. R. Tamm, Husitenstraße 6, von 8—9 Uhr abends. A. Voigt, Wiesenstraße 41—42. E. Warnst, Kolbergerstraße 7, von 6—7 Uhr abends. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Blume, Strelitzerstr. 58. P. Reimann, Bellermannstr. 83. F. Trapp, Schulstr. 56, von 7—8 Uhr abends.

Im Nord-Osten: Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: W. Mohs, Schönhauser Allee 62.

Im Osten: Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: E. Bader, Gr. Frankfurterstr. 34, v. 4 Tr.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schalthoff, Michaelkirchstr. 16.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Stügelmaier, Grimmstraße 30. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: P. Keller, Camphausenstr. 5.

Im Süd-Westen: Nur für Unfallversicherung: G. Hänel, Solmsstr. 44.

Im Nord-Westen: Nur für Unfallversicherung: J. Krause, Wilsnackerstraße 19. R. Stephan, Lessingstr. 34.

Im Zentrum: Nur für Unfallversicherung: E. Löffler, Klosterstr. 91.

Bei sämmtlichen vorgenannten Personen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7—9 Uhr.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „**Neuen Zeit**" (Stuttgart, J. H. W. **Dietz**' Verlag) ist soeben das 20. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Sturm im Glase Wasser. — Die ökonomischen Funktionen der Börse. Ein Beitrag zur Werttheorie von Paul Lafargue. — Kleine Briefe. — Zuckerkrisis, Ausfuhrprämien und Zuckerring. Von Max Schippel. — Ibsen's „John Gabriel". Von F. Mehring. — Literarische Rundschau. — Notizen: Ueber die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung Englands im Jahre 1896. Von H. Pöhsch. — Feuilleton: Ein Vorachtundvierzigier. Von W. Liebknecht.

„**Soziale Praxis**, Zentralblatt für Sozialpolitik" (Berlin, Carl Heymann's Verlag) enthält in ihrer neuesten Nr. 20 folgenden leitenden Aufsatz: Die Lehren des Hamburger Hafenstreiks. Von Privatdozent Dr. J. Jastrow. — Unentgeltliche Zusendung von Parlamentsberichten an die Wähler in Luxemburg. — Ankauf ungesunder Gebäude und Einrichtung kommunaler Wohnhäuser in Kapstadt. — Fortschritte kommunalen Eigenbetriebes in England. — Städtisches Häutemagazin in Karlsruhe. — Beschaffung von Gasmotoren durch die Gemeinde Lüttringhausen. — Umfrage wegen Verminderung städtischen Schreibwerkes. — Bericht zur Beardeitung von Frauenerwerbs-Fragen in London. — Ergebnisse der deutschen Invalidenversicherung 1891—96. — Armenpflege und Wohlthätigkeit: Gesammturtheil und Reform. Von Dr. jur. K. von Mangoldt. — Arbeiterwohnungs-Verhältnisse in Liegnitz. — Museen-Führungen in Berlin. — Ländliche Fortbildungsschulen in Preußen 1896—97.

Wetter-Prognose für Freitag, den 12. Februar 1897.
Zeitweise heiter, vielfach wolkig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 11. Februar 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresfp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (R. 0° = 0° C.)
Swinemünde .	760	WSW	4	bedeckt	1
Hamburg . .	762	WSW	3	bedeckt	1
Berlin . . .	762	WNW	3	bedeckt	1
Wiesbaden . .	765	Still	—	bedeckt	3
München . .	765	SW	4	bedeckt	4
Wien	765	WNW	3	bedeckt	3
Haparanda . .	746	SSO	4	Schnee	—10
Petersburg . .	755	SSO	3	bedeckt	—12
Cork	763	OSO	4	Regen	7
Aberdeen. . .	765	W	2	wolkig	1
Paris. . . .	766	SW	2	Regen	9

VI. Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt)

Sonntag, den 14. Februar, abends 6 Uhr.
Im Lokal von Mörschel, Schönhauser Allee No. 28:

Oeffentl. Versammlung für Frauen und Männer.

Tagesordnung: Vortrag von Frl. **Baader.** Diskussion. 219/10
Nachdem: **Gemüthliches Beisammensein.**
Um recht rege Betheiligung ersucht
Der Vertrauensmann.

Schöneberg.

Sonntag, den 14. Februar, nachm. 4 Uhr, im Saale von Obst, Grunewaldstr. 110:

Gr. öffentl. Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Grempe** über: Kulturbringende Europäer in Afrika. 2. Diskussion. 3. Jahresbericht der Gewerbegerichts-Beisitzer von Schöneberg. 203/9
Zahlreiches Erscheinen nothwendig. **Der Vertrauensmann.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Heute Abend, 8½ Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20/21:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Die **Obmänner der Werkstatt-Kontrollkommission** werden ersucht präzise 8 Uhr anwesend zu sein.

Branche der Einsetzer.

Sonntag, 14. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:

Versammlung.

Tagesordnung: Unsere Agitation. Referent Kollege **Millarg.** Wahl einer Kontrollkommission und eines Beitragssammlers. 81/12
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**
NB. Der **Arbeitsnachweis der Einsetzer** befindet sich in der **Annenstr. 39** im Arbeitsnachweisbureau des Verbandes.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltung Berlin).
Sonntag, den 14. Februar, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Werner, Bülowstr. 59:

Bezirks-Versammlung für Westen und Schöneberg.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Grempe:** Die Sklaverei des Weibes. 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 114/20
Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend nothwendig.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- u. Kohlenplätzen u. sonst. Arbeitsleute

(Verwaltungsstelle I.)
Sonntag, den 14. Februar, abends 6½ Uhr, bei Kintz & Co., Alte Jakobstr. 83:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 70/2
1. Vortrag des Genossen **Ad. Hoffmann** über: „Modernes Raubritterthum". 2. Diskussion. 3. Abstimmung über die Anträge des Zentral-Vorstandes. 4. Neuwahl des Kassirers der Verwaltungsstelle I. 5. Verschiedenes.
Der Vorstand. J. A.: G. Bensch, Fruchtstr. 42.

Freie Vereinigung d. Bauarbeiter Berlins.

Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 3½ Uhr, im Lokal des Herrn Wilke, Andreasstrasse 26:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Pörsch** über: Geschichte des Privateigenthums. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz und komischen Vorträgen.** 31/5
Um regen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Buchdrucker Rixdorfs.

Sonntag, 14. Februar, mittags 1 Uhr, in den Viktoria-Sälen, Hermannstr. 48/50:

Oeffentliche Buchdrucker-Versammlung.

T.-O.: 1. Vortrag des Kollegen **Albert Massini** über „Die wirthschaftlichen Kämpfe der Arbeiter in den letzten Jahren und welche Lehren ziehen wir aus denselben". 2. Bericht des Delegirten zur Gewerkschaftskommission. 3. Wahl eines Delegirten. 4. Verschiedenes. 31825
Erscheinen sämmtlicher Buchdrucker von Rixdorf-Britz dringend nothwendig. Das Gewerkschaftskartell wird ebenfalls eingeladen. D. Einb.

Achtung! Achtung!

Hausdiener, Kutscher und alle im Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Personen.

Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Cösliner Hof, Cöslinerstr. 8:

Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kapital und Arbeit. Referent Regierungsbaumeister a. D. **Keßler.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 85/10
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**
Der Einberufer.

Bauarbeiter Berlins und Umgegend!

Zu Ehren der hier anwesenden Delegirten des Congresses findet am **Montag, den 15. Februar, abends 8½ Uhr, in Henke's Salon, Naunynstr. 27,** ein

Empfangs-Abend

verbunden mit **Gesang, komischen Vorträgen** und **Tanz** statt, wozu wir Freunde und Gönner unserer Bewegung freundlichst einladen.
Entrée à Person 25 Pf. **Das Komitee.**
Schulpflichtige Kinder haben zu dieser Feier keinen Zutritt. 32/8

Achtung! Achtung!

Färber, Appreteure, Dekateure,

sowie alle in der Branche beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Berlins und Umgegend.
Sonntag, 14. Februar, nachm. 12½ Uhr, bei Wilke, Andreasstr. 26:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Heinrich Schulz** über: „Wider unsere Prügelpädagogen." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Es wird ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
11/5 **Der Vertrauensmann.**

Verband deutscher Zimmerleute

(Zahlstelle Berlin).
Sonntag, den 14. Februar 1897, vormittags 10½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme und Diskussion der Anträge zur General-Versammlung. 2. Wahl der Delegirten zu derselben. 3. Der bevorstehende Provinzial-Verbandstag in Berlin. 4. Wahl eines Empfangs-Komitees.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 254/8
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 14. Februar, vormitt. pünktlich 10½ Uhr, im Königshof, Bülowstr. 37 (Dennewitz-Platz):

Versammlung

des **Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer**
Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Welche Vortheile bietet uns die Gewerkschafts-Organisation. Referent Kollege **Blaurock.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Alle Berliner Maurer, welche ein Interesse an unserer Organisation haben, sind eingeladen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
129/11 **Der Vorstand.**

Verband der Sattler u. Tapezirer

(Filiale I.)
Sonnabend, 13. Februar, abends 9 Uhr, im Lokale Kintz & Co., Alte Jakob-Straße Nr. 83:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Die Lage der Kollegen bei den Kleinmeistern. 3. Wahl zweier Delegirten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt. — Der wichtigen Tagesordnung wegen bittet um zahlreichen, pünktlichen Besuch **Die Ortsverwaltung.**
NB. **Sonnabend, den 27. Februar 1897,** in der **Ressource,** Kommandantenstraße 57: **Grosser Wiener Maskenball.** Billets à 50 Pf. sind bei allen bekannten Kollegen zu haben. 156/16

Todes-Anzeige.

Allen Kollegen zur Nachricht, daß am 10. Februar, vorm. 10 Uhr, unser Freund und Kollege, der Stockarbeiter

Max Neigenfind

nach langen schweren Leiden an der Proletarier-Krankheit sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause, Lorzingstr. 9, nach dem Zionskirchhof in Weißensee statt.

Mit ihm verliert die Arbeiterbewegung einen treuen Freund, denn wo es galt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, war er stets am Platze.

Ehre seinem Andenken.

Die Kollegen der Gembicki'schen Stockfabrik. 31789

Berichtigung.

In dem Inserat: Abrechnung vom Streik der Buchbinder in gestriger Nummer muß es heißen „Buchbinder Streikunterstützung vom 22./9. 96 bis 16./1. 97, nicht wie angegeben vom 22./11. 96.

Wohl fühlt sich

bei jetziger Witterung, wer [8682*
Brunnen-Strasse 110
(neben dem Pferdebahn-Depot) bei **Jgnatz Sello** bezieht anerkannt guten **Rum,** ½ Fl. inkl. von **90** Pf. an, vorzügl. **Glühwein-Extrakt,** ½ Fl. inkl. v. **1.10** M. an, **Ingwer-, Pfeffermünz-** 2c. ff. **Liköre** (½ Literfl.) inkl. **1.10** M., ½ Literfl. inkl. **55** Pf., **Stonsdorfer** inkl. Orig.-Fl. (¼ Ltr.) à **80** Pf., **Halb u. Halb,** feinste Liörmischung, per ½ Champagner-Flasche inkl. **90** Pf., **alten Nordhäuser** per Liter **50** Pf., **süß. Ungarwein,** Orig.-Fl. (½ Liter) inkl. von 90 Pf. an, sowie sämmtliche Sorten **Weine, Cognacs** u. s. w., Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle. Bitte genau auf **Nr. 110 Brunnenstraße Nr. 110** zu achten.

Hasen letzte Woche, große 3,—, gespickt 3,50 Mk.
Hirschfleisch Pfund 30 u. 40 Pf., Blatt 50, Keule 70.
Wildschwein und Rennthier pfundweise.
Wild- und Geflügel-Handlung **A. Ritschl,**
61 Dresdenerstr. 61 part.

Der Saal Annenstr. 16

ist Sonntag den 21. Februar und folgende Sonntage, sowie Fastnacht an Vereine kostenfrei zu vergeben.

Der Tapezierergehilfe, welcher am Mittwoch, den 3. Januar, abends, in der Tischlerei Dieffenbachstraße 35 war und erklärte, es käme am andern Vormittag ein Herr und eine Dame, um Sachen zu kaufen, wird höflichst gebeten, sich gegen Belohnung nochmals dort zu melden. 31769

H. TRULTZSCH'S Citronensaft

1. Kur garant. rein aus frischen Früchten u. Vorschr. d. Reichs-Ges.-Amtes à Fl. 1, 2 u. 3 M. exkl. tägl. frische Füllung, ärztl. empf. gegen **Gicht, Rheuma, Gallen- u. Blasensteine,** wirkt wohlth. auf **Magen u. Darm** u. dürfte in keiner Familie fehlen.
Verl. Sie ausdrücklich
Trültzsch's Citronensaft
mit Plombenverschl. **H. T.** in folg. Niederlagen: **Drogerie,** Hackescher Markt 2, Chausseestraße 60, Badstraße 28, Schönhauser Allee 177c, Gr. Frankfurterstr. 59, Alt-Moabit 122 und Thurmstr. 77, sowie bei Herrn **C. Ritzmann,** Kottbuserstraße 19, **E. Petzold,** Neanderstraße Nr. 33, **H. Fiddicke,** Lindenstraße 104, **R. Gührs,** Zossenerstr. 20, **W. Tschepel,** Steinmetzstr. 77, **P. Streblow,** Tauenzienstr. 5, **Charlottenburg,** Drog. Berlinerstr. 123a u. Spandauerstr. 14, **Spandau,** Breitestraße 62.

In Berlin und Vororte sende 2 Fl. à 3 M. für **5 M. 20** Pf. frei Haus, nach ausw. v. 6 M. aufw. franco. **H. Trültzsch, Berlin, Boyenstr. 37.**

Bitte ausschneiden, erscheint nur 14 täglich.

Sophastoffe auch **Reste** in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!**
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, **Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.**

Ein Denkmal für die Märzgefallenen.

Aufruf!

Am 18 März 1898 ist ein halbes Jahrhundert verflossen, daß Bürger und Soldaten in den Straßen Berlins einander bekämpften. Der Kampf war das Resultat lange andauernder Mißwirthschaft. Jahrzehnte hindurch wurde entgegen dem im Jahre 1815 gegebenen Worte jede freie Regung des Volksgeistes niedergehalten. Mit dem Thronwechsel des Jahres 1840 trat die ersehnte Besserung nicht ein. Das Schwanken und die Widersprüche des Fürsten, das Ueberhandnehmen der Frömmelei, das Spielen mit dem Absolutismus ließen in wenig Jahren alle Hoffnungen auf eine Reform erstreben. Das Beispiel des Auslandes steigerte die Erregung. So kam es zum Kampf, dem Kampf um das Recht der Selbstbestimmung. Die Geschichte hat diesen Kampf geheiligt. Die Ideale, denen die Gefallenen nachgelebt, wurden zum Theil erfüllt. Preußen erhielt eine Verfassung, das Reich wurde nach Verlauf eines Vierteljahrhunderts geeinigt. Das wenige, das wir an politischer Freiheit dabei erreichten, wir danken es dem 18. März.

Die Märzgefallenen haben die Freiheit nicht erschaut. Wenige Tage nach der Schreckensnacht, am 22. März 1848, hat man sie zur Ruhe bestattet. Nie hat Berlin einen solchen Trauerzug gesehen. Die gesammte Stadtvertretung, drei Viertel der Bevölkerung erwies den Freiheitskämpfern die letzte Ehre. Auf dem stillen Friedhof im Friedrichshain hat man sie zur Ruhe gebettet. In tiefster Ehrerbietung stand die unendliche Trauergemeinde an den offenen Gräbern.

Im Volke hat man die treuen Märzgefallenen nicht vergessen. Aus der Erinnerung an ihre Treue erwuchs der Gedanke, an ihren Gräbern ein Denkmal zu stiften, das hinausragt in die Lande und vom Opfermuth und Freiheitsdrang des deutschen Volkes die Kunde trägt bis in die spätesten Geschlechter. Jeder Deutsche, der diese höchsten Tugenden seines Volkes ehrt, wird sich an dem Werk, deß sind wir sicher, betheiligen.

Beiträge werden angenommen von dem mitunterzeichneten Schatzmeister Herrn **Direktor Moritz, Berlin C., Klosterstraße 79.** Auch die Expedition des „Vorwärts" ist bereit, Beiträge entgegenzunehmen.

Sammellisten sind beim unterzeichneten **geschäftsführenden Ausschuß** zu haben. Derselbe nimmt auch **Adressen von solchen** Personen entgegen, die für die Sache wirken wollen. Die Mittheilungen dieserhalb sind wie alle sonstigen Mittheilungen an den mitunterzeichneten Schriftführer Schriftsteller **Heinz Krieger** zu richten.

Das Komitee
zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen.

Der geschäftsführende Ausschuß:
Weidemann, Vorsitzender, Berlin, Kommandantenstraße 57.
Dr. Moses, Stellvertreter, Neue Königstraße 38.
Moritz, Schatzmeister, Klosterstraße 79.
Heinz Krieger, Schriftführer, Camphausenstraße 21.

Soeben erschien in meinem Verlage: 3177b

Die Justizgreuel von Barcelona.

Dokumentarisch belegter Bericht über die Anwendung der Tortur im heutigen Spanien.

Preis 10 Pfg.

Massenpreise: 10—50 Expl. à 7 Pfg.; 50—100 Expl. à 6 Pfg.; 100—500 Expl. à 5 Pf.; darüber à 4 Pf.
Wilhelm Spohr, Berlin O., Frankfurter Allee 105. H. I.

Maskengarderobe.
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Bereits Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Oranienstraße Nr. 178. Adalbertstr. 91. Ecke Oranienstraße.

Cösliner Hof
Cöslinerstrasse 8 (Wedding).
Größter und schönster Saal im Norden. Elegante Beleuchtung. Gute Küche. Zwei Kegelbahnen.
Zu allen Versammlungen u. s. w. an Vereine zu vergeben.
Jeden Sonntag: Grosser Ball.
Nähere Auskunft ertheilt
Fritz Schröder, Wiesenstr. 39.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garant. neue **Bettfedern** à Pfd. 55 Pf., **chinesische Halbdaunen** à Pfd. M. 1.25, **bessere Halbdaunen** à Pfd. M. 1.75, **vorzügliche Daunen** à Pfd. M. 2.85. — **Von diesen Daunen genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett.** Verpackung frei. Preisl. u. Proben gratis. Viele Anerkennungsschr.

Sophastoff-Reste
zu Bezügen ausreichend, in **Phantasie, Rips, Damast, Crêpe, Gobelin, Moquette** und **Plüsch,** sowie **Satteltaschen** spottbillig.
1055B* **J. Adler,**
Teppich-Haus.
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.
Illustrirte Preislisten gratis u. franko.

Die 2930b
Mehl-Handlung
von **Rudolph Habermann,**
früher L. Brachvogel,
Manteuffel-Straße Nr. 75.
empfiehlt bestens:
Gebr. Kaffee, ganz vorzüglich im Geschmack, à Pfd. 1,60 u. 1,40 M.
Rohkaffee, ausgeprobte Waare, à Pfd. 1,10 bis 1,30 M.
Kaffeeschrot . . . . . à Pfd. 28 Pf.
Gebr. Roggen u. Gerste . à „ 13 „
Gebr. Malzgerste . . . à „ 20 „
Suppenpulver . . à Pfd. 60 u. 80 „
Cacao, fein, à ¼ Pfd. 35, 45 u. 55 „
Thee's, ¼ Pfd. von 50 Pf. bis 1 M.

Drechslerei verk. Barnimstr. 13. (3163b

Grünkramkeller, altes Gesch., Rolle, verkäuflich Linienstr. 34. 3183b

Kanarienhähne 2950b
Weibchen, Selbstzucht, b. hochprämiirt, **Woche,** Gneisenaustr. 115.

Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Reisekoffer, Wäsche, Kleidungsstck., Regulat., Remontoiruhr., Granatsch. spottb. Pfandl. Reanderstr. 6.

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof
Täglich (Sonntags vorm. von 7 bis 9 Uhr) **Verkauf** von:
Gekochtem Rindfleisch
à 30 und 35 Pf. per Pfund.
Gek. Schweinefleisch
à 40 Pf per Pfund.

Arminhallen
Kommandantenstr. 20, vollständig renovirt, empf.
Säle und Vereinszimmer jeder Grösse zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Gardinen-Rester-Ausverkauf
älterer Muster in weiß und crême zu 1—4 Fenstern passend, spottbillig in dem **Gardinenfabrik-Lager**
Berlin O., Grüner Weg Nr. 80 part., Eing. vom Flur **(kein Laden).**
Neuheiten treffen täglich ein.

Kartoffel- u. Heringsgeschäft nebst Rolle und Grünkram verkäuflich 3179b Oderbergerstr. 17.

Betten schöner Stand, sof., 20 Mk. Reichenbergerstr. 6, v. I.

Arbeitsmarkt.

Gesucht sofort zwei tüchtige **Glasvergolder** 3167b auf englische Moraglaser bei dauernder Beschäftigung. **Mähl, Schmidt u. Co.,** Glashüttenstr. 37, Hamburg.

Goldleisten.
Tüchtige Belegerinnen finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpnickerstr. 109a. 3181b

Ein Korbmachergeselle auf grün geschlagene Arbeit verlangt **Karl Voigt,** Rudow.

Ein ehrliches Mädchen findet Stellung im Buttergeschäft Liebenwalderstr. 46 bei **Auguste Eiserle.**

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Unterm neuesten Kurs.

Januar.

2. **Ludwigshafen.** In der Berufungsinstanz Genosse Zielowski wegen Fabrikantenbeleidigung 50 M. Geldstrafe.
5. **Breslau.** 60 M. Geldstrafe Genosse Schebs wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft.
„ **Erfurt.** Wegen Beleidigung von Militärpersonen Genosse Münch 3 Monate Gefängniß und Genosse Coors 300 M. Geldstrafe.
„ **Nürnberg.** Genosse Gärtner wegen Polizeibeleidigung 150 M. Geldstrafe.
„ **Plauen.** Ein Monat Gefängniß Genosse Müller wegen Beleidigung und Vergehens gegen das Vereinsgesetz.
6. **Breslau.** 50 M. Geldstrafe Genosse Zahn wegen Beleidigung eines Redakteurs.
„ **Hamburg.** Zwei streikende Steinsetzer wegen Bedrohung und Mißhandlung 3 Monate und 14 Tage Gefängniß.
Ein Ewerführer wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 6 Wochen Gefängniß.
7. **Königsberg.** Genosse Erdmann wegen Beleidigung in zwei Fällen 200 M. Geldstrafe.
„ **Berlin.** Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung der Schriftsetzer Wendt 1 Woche Gefängniß.
„ **Hamburg.** Wegen des gleichen Vergehens ein Kohlenarbeiter 2 Monate Gefängniß. Desgleichen der Kohlenarbeiter N. 4 Wochen Gefängniß. Ein dritter Kohlenarbeiter wegen Beleidigung eine Woche Gefängniß.
8. **Dortmund.** Genosse Theiß wegen Offizierbeleidigung 50 M. Geldstrafe.
„ **Breslau.** In der Berufungsinstanz wegen Verübung groben Unfugs 100 M. Geldstrafe.
9. **Lübeck.** 2 Streikende wegen Bedrohung je 6 Monate und einer wegen Mißhandlung 1 Jahr und 6 Monate Gefängniß.
„ **Potsdam.** Genosse Hugo, Brandenburg, wegen Beleidigung in mehreren Fällen 75 M. Geldstrafe.
„ **Hamburg.** Ein Schauermann wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 6 Monate Gefängniß. Ein anderer wegen des gleichen Vergehens 3 Wochen Gefängniß.
11. **Stettin.** Wegen Beleidigung eines Schutzmanns Genosse Henning 3 Wochen Gefängniß.
12. **Leipzig.** 10 Tage Gefängniß der Buchbinder Kloth wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
„ **Gotha.** Genosse Joos 6 Wochen Gefängniß wegen Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirche.
„ **Halle.** 6 Wochen Gefängniß Genosse Lepitz wegen Verübung groben Unfugs.
„ **Berlin.** Der Zimmerer Schütze-Charlottenburg 6 Wochen Gefängniß wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
„ **Hamburg.** Wegen des gleichen Vergehens ein Quai-Arbeiter 14 Tage Gefängniß.
„ **Stuttgart.** Genosse Dietrich wegen Fabrikantenbeleidigung 80 M. Geldstrafe.
„ **Altona.** Ein Buchbinder wegen Beleidigung eines „Arbeitswilligen" 20 M. Geldstrafe.
„ **Frankfurt a. O.** 50 M. Geldstrafe Genosse Schöpflin wegen Fabrikantenbeleidigung.
13. **Bielefeld.** Wegen Beleidigung des Margarinefabrikanten Mohr Genosse Hoffmann 15 M. Geldstrafe.
„ **Halle.** Genosse Weißmann wegen zwei Beleidigungen 1 Monat Gefängniß.
„ **Pegau.** Eine Arbeiterin wegen Beleidigung Arbeitswilliger 25 M. Geldstrafe.
„ **Finsterwalde.** Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Jahn-Berlin 14 Tage Haft und ein anderer Genosse 20 M. Geldstrafe.
„ **Hamburg.** Ein Schauermann wegen Werfens eines harten Gegenstandes 10 M. Geldstrafe.
15. **Zwickau.** Genosse Schmidt 15 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Preßgesetz.
„ **Lübeck.** In der Berufungsinstanz wegen Beleidigung Arbeitswilliger zwei Arbeiter je 3 Monate, einer 10 und einer 6 Wochen Gefängniß.
„ **Wilster.** Je 3 M. Geldstrafe 2 Genossen wegen unerlaubten Sammelns.
„ **Halle.** Der Redakteur des „Volksblatts" 6 Wochen Haft wegen Verübung groben Unfugs.
16. **Hamburg.** Ein Ewerführer wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 14 Tage Gefängniß.
Zwei andere Streikende wegen Verstoßes gegen die Straßenordnung je 10 M. Geldstrafe.
„ **Lübeck.** Wegen gemeinsamer Mißhandlung und Körperverletzung Arbeitswilliger wurden verurtheilt je ein Ausständiger zu 3, 2½, 2 und vier andere zu je 1½ Jahr Gefängniß.
18. **Hamburg.** 1 Woche Gefängniß ein Hafenarbeiter wegen Abreißens amtlicher Bekanntmachungen.
19. **Berlin.** Der Genosse Zeiske wegen Beleidigung des Restaurateurs Schulze 500 M. Geldstrafe.
„ **Kiel.** Ein Monat Gefängniß Genosse Lütjens wegen Offiziersbeleidigung.
20. **Weimar.** Wegen Verstoßes gegen das Preßgesetz Genosse Crämer 6 M. Geldstrafe.
„ **Altona.** Ein Ausständiger wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 2 Monate Gefängniß.
21. **Hannover.** Zwei Monate Gefängniß Genosse Thielhorn wegen Majestätsbeleidigung.
„ **Erfurt.** Genosse Coors wegen Verübung groben Unfugs 1 Woche Gefängniß.
„ **Altona.** Neun Monate Gefängniß ein Schlosser wegen Bedrohung eines Arbeitswilligen. — Wegen des gleichen Vergehens ein Ewerführer 4 Monate Gefängniß. — Ein anderer Ausständiger wegen Mißhandlung 1 Jahr Gefängniß. Und endlich ein Schauermann wegen Hausfriedensbruchs 6 Monate Gefängniß.
22. Ein Streikender wegen Hausfriedensbruchs eine Woche Gefängniß.
„ **Hamburg.** Ein Schauermann wegen Uebertretung der Straßenordnung 10 M. Geldstrafe. — Ein Kohlenarbeiter wegen des gleichen Vergehens und Beamtenbeleidigung 1 Woche Gefängniß und 6 M. Geldstrafe. — Ein Ewerführer wegen Mißhandlung eines Arbeitenden 6 Monate Gefängniß. — Ein anderer Ewerführer wegen des gleichen Vergehens 7 Monate Gefängniß.
„ **Leipzig.** In der Revisionsinstanz Genosse Jahn-Berlin 4 Monate Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung.
23. **Lübeck.** Zwei Streikende zu je 5 Tagen Haft und einer zu 1 Tag Haft wegen Uebertretung der Straßenpolizei-Ordnung bezw. Verübung groben Unfugs. — Wegen Fabrikanten- und Polizeibeamten-Beleidigung der Klempner Schweitzer 3 Monate, und Genosse Friedrich 1 Jahr Gefängniß.
„ **Magdeburg.** 3 Monat Gefängniß Genosse Jahn wegen Beleidigung eines Arbeitgebers, und wegen Richterbeleidigung Genosse Bethge 2 Monate Gefängniß.
„ **Hamburg.** Wegen Mißhandlung Arbeitender ein Ausständiger 3 Monate Gefängniß. Antrag 8 Monate. — Ein anderer wegen Abreißens amtlicher Bekanntmachungen 14 Tage Gefängniß. — Noch zwei andere wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung je 1 Monat Gefängniß.
25. Ein Ausständiger wegen Auflaufs 14 Tage Gefängniß. — Ein Schauermann wegen Beleidigung und Bedrohung 2 Wochen Gefängniß. — Wegen Uebertretung der Straßenordnung zwei Ausständige je 6 M. und einer 10 M. Geldstrafe.
„ **Dessau.** Genosse Welter wegen Verübung groben Unfugs 10 M. Geldstrafe.
26. **Mannheim.** Im Zeugnißzwangsverfahren Genosse Dietz 100 M. Geldstrafe.
27. **Chemnitz.** 8 Tage Haft Genosse Riemann wegen Verübung groben Unfugs.
„ **Essen.** In der Berufungsinstanz Genosse Kunisch-Düsseldorf wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft 300 M. Geldstrafe. Das erstinstanzliche Urtheil lautete auf Freisprechung.
28. **Bremen.** Wegen Beleidigung eines Redakteurs Genosse Wennemann 100 M. Geldstrafe.
„ **Wandsbeck.** 3 Genossen wegen unerlaubten Sammelns je 3 M. Geldstrafe.
„ **Altona.** 5 Monate Gefängniß ein Ausständiger wegen Mißhandlung eines Arbeitenden.
29. **Breslau.** Genossin Geiser wegen Beleidigung eines Polizeibeamten 50 M. Geldstrafe.
„ **Hamburg.** Ein Quai-Arbeiter wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung eine Woche Gefängniß. — Drei andere wegen unerlaubten Sammelns bezw. Vergehens gegen die Straßenordnung je 10 M. Geldstrafe.
„ **Leipzig.** In der Revisionsinstanz Gen. Stenzel-Hamburg einen Monat Gefängniß wegen Beleidigung.
„ **Landsberg a. W.** Wegen Beleidigung von Polizeibeamten Genossen Kaiser-Landsberg und Faber-Berlin je 50 M. Geldstrafe. Antrag: 4 Monate Gefängniß.
„ **Kellinghusen.** Die Genossen Schmidt und Nordhaus je 6 M. Geldstrafe wegen unerlaubten Kollektirens.
30. **Düsseldorf.** Genosse Wessel 30 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Zeitungsverlegers.

Insgesammt wurde erkannt auf 2516 M. Geld- und 26 Jahre 4 Monate 3 Wochen und 1 Tag Gefängnißstrafe.

Hamburg-Eimsbüttel, den 5. Februar 1897.
Eichenstr. 4, I.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 11. Februar 1897. 11 Uhr.

Am Ministertische: v. d. Recke und Kommissarien.

Die Spezialberathung des Etats des Ministeriums des Innern wird bei der Position „Ministergehalt" fortgesetzt.

Abg. **v. Szmula** (Z.) bittet die Regierung, mit ihren Versammlungsauflösungen in Oberschlesien aufzuhören, das Volk werde dadurch in seiner breiten Masse aufgeregt. Nach einer aufgelösten Versammlung in Kattowitz erhielt der „Katolik", das oppositionelle Blatt, sofort 1000 neuer Abonnenten. Die gewaltsame Einführung der deutschen Sprache und die Versuche zur Ausrottung des Polnischen sind in Schlesien schon unter Friedrich dem Großen mißlungen

Abg. **Rickert** (frs. Vg.): Die Frage, wer ein nationalgesinnter Mann ist, ist im deutschen Parlament sehr unerquicklich. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" brachte neulich einen auch vom „Vorwärts" übernommenen vortrefflichen Artikel, welcher darlegte, was für ein Unfug heute mit dem Worte „national" getrieben wird. „Antinational" sind schon ganz andere Leute genannt worden. Würden wir das Deutsche zur Vorbedingung für die Abhaltung einer Versammlung machen, so würden wir hinter anderen Kulturvölkern, selbst gegen Rußland zurückstehen. Das Gesetz muß gegen jedermann gleichmäßig angewandt werden. Noch ein paar Worte über den Prozeß Leckert-Lützow. Die vortrefflichen Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes haben vollständige Klarheit geschaffen darüber, daß er und die Regierung sich nicht anders helfen konnten, als durch die Gerichte. Unerklärt bleibt nur, daß das Auswärtige Amt 5 Jahre der politischen Polizei gegenüber ohnmächtig gewesen ist. Graf Caprivi soll einen kühnen Griff versucht haben, aber er scheiterte an dem Widerstande des damaligen Ministers des Innern. Nach § 53 der Strafprozeß-Ordnung dürfen Beamte ihr Zeugniß nur verweigern, wenn dies gegen die Ordnung und Sicherheit des Staates und Reiches ist. v. Tausch hat unter Berufung auf diesen § 53 das Zeugniß verweigert in der Frage, ob Hahn der Verfasser des Artikels in der „Kölnischen Zeitung" sei. Tausch wurde aufgefordert, die Erlaubniß des Polizeipräsidenten einzuholen. Herr von Windheim hat ihm diese Erlaubniß nicht gegeben. Später hat Tausch den Namen genannt. Das ist ein unerhörter Mißbrauch des § 53. Ich möchte wissen, ob erst die Intervention der Staatsregierung, speziell des Ministers des Innern, nothwendig war, um Herrn v. Windheim zu überzeugen, daß § 53 hier nicht platzgreife. Müssen wir da nicht mißtrauisch sein bei der Bewilligung von Mitteln für die Polizei? Worin wird die Reform der politischen Polizei bestehen? Der Minister hat die Schäden bei der Organisation der politischen Polizei anerkannt. Das Volk will wissen, welche Reformen der Minister einzuführen gedenkt. Ich wünsche, daß die Kommission, von der er sprach, diese Aufgabe bald löse. (Beifall.)

Minister des Innern **v. d. Recke**: Ich habe ausdrücklich hervorgehoben, daß in den Landestheilen mit gemischter Sprache in der Regel dafür gesorgt werden müsse, daß Beamte, welche beider Sprachen mächtig sind, verwandt werden. In diesem Sinne sind auch schon früher wie jetzt Verfügungen an die Behörden ergangen. Wenn trotzdem Versammlungen ohne Grund aufgelöst worden sind, so kann ich das nur bedauern und werde Remedur eintreten lassen. Auf die Frage, ob dem Kriminalkommissar v. Tausch erst auf meine Initiative die Erlaubniß zur Aussage gegeben worden sei, zu antworten, muß ich **ablehnen**; das betrifft lediglich ein Internum der Staatsverwaltung. (Unruhe links, Beifall rechts.) Vielleicht genügt es aber dem Abg. Rickert, wenn ich ihm sage, daß eine Verweigerung des Zeugnisses bezw. die Nichtertheilung dieser Erlaubniß für den Polizeibeamten, Agenten zu nennen, einer bisher ganz konstant innegehaltenen Praxis entspricht, und ich kann nicht anerkennen, daß dies den Bestimmungen des § 53 zuwider ist. Das versteht sich doch von selbst, daß, wenn man in solchen Fällen Agenten nennt, man dann Gefahr läuft, überhaupt keine Agenten mehr zu bekommen; und daß damit schließlich die politische Polizei vollständig aufhören würde und damit dem Wohle des Landes nicht genügt wäre, brauche ich nicht auszuführen. Wenn in allen Fällen, wo das Gericht eine solche Frage stellt, Agenten genannt würden, würden wir ohne Agenten sein. Was die Organisation der politischen Polizei betrifft, so habe ich im Januar nicht direkt Schäden anerkannt; so deutlich und unverhohlen habe ich mich nicht ausgesprochen, wie mir in den Mund gelegt wird. Ich habe vielmehr gesagt: Ich würde diejenigen Reformen der politischen Polizei in die Wege leiten, die sich mir als nothwendig aufdrängen. Ich habe schon vor dem Prozeß und gleich nach Beendigung bezw. während desselben einige Anordnungen getroffen, die mir erwünscht schienen. Ich habe zunächst sofort die sogenannten selbständigen Kommando's bis auf weiteres inhibirt. Das Charakteristische dieser Kommando's bestand darin, daß die Herren von ihrer eigentlichen vorgesetzten Behörde vollständig losgelöst wurden und denjenigen Behörden unterstellt wurden, die sie requirirt hatten. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß derartige selbständige Kommando's an einzelnen Stellen auch später noch nothwendig sind. Es werden aber Kautelen gegeben werden, daß Unzuträglichkeiten daraus nicht mehr entstehen können. Ich habe ferner allen betheiligten Beamten eine scharfe Kontrolle der Exekutivbeamten in der Ausführung ihrer Aufträge zur Pflicht gemacht, desgleichen die äußerste Vorsicht in der Auswahl der Auskunftspersonen und ihnen ferner aufgetragen, den organischen Zusammenhang nach oben und unten zu erhalten. Ich habe ferner die Organisation und den Geschäftsbetrieb der sog. politischen Abtheilung, die Art der Erledigung der Geschäfte, insbesondere was die Kontrolle der einzelnen Organe und des Verkehrs mit den sogenannten Agenten betrifft, einer sehr eingehenden Prüfung dahin unterzogen, ob damit Mängel verbunden sind. Es liegt auf der Hand, daß eine Erledigung dieser Prüfung nicht im Handumdrehen gemacht ist. Diese Sache muß sehr sorgfältig erwogen sein, und Sie werden mir als altem praktischen Beamten nicht zumuthen, daß ich ohne weiteres auf das Geschrei hin, das sich besonders in der Presse erhoben hat, Organisationen, die sich mit wenigen Ausnahmen als sehr wohlbegründet erwiesen haben, umstürze. Das könnte ich nur, wenn ich die Ueberzeugung hätte, sofort etwas besseres an ihre Stelle setzen zu können. Bei der schließlichen Erwägung, was zu thun ist, sollen auch die Erfahrungen zu Nutze gemacht werden, die andere Regierungen nach dieser Richtung gemacht haben. Ich habe bereits anläßlich eines Auftrages, den ich dem Polizeipräsidenten ertheilt habe, sich die Organisation der Kriminalpolizei in anderen Ländern anzusehen, ihn auch ersucht, sich dort ebenso mit der politischen Polizei zu beschäftigen. Wenn das geschehen sein wird, wird mir der Polizeipräsident die Vorschläge unterbreiten und werden wir dann prüfen können, was zu bessern ist. Vorausgesetzt, daß etwas zu bessern ist, wird es an der bessernden Hand nicht fehlen. (Beifall rechts.) Aber selbst bei der besten Organisation und der genauesten Kontrolle ist es doch nicht möglich, Fehler und Ungeschicklichkeiten von Beamten ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen. Wir werden in gewissen Fällen zu den Zuchtmitteln des Disziplinar- und Strafgesetzes schreiten müssen, um ungesunde Elemente aus dem Organismus auszustoßen. Ich halte es aber nicht für rathsam und richtig und ich muß mich dagegen verwahren, daß die Organisationen und Institutionen dafür verantwortlich gemacht werden, daß solche Vorfälle vorkommen, solange diese Organisationen und Institutionen noch die Kraft in sich haben, derartige unsaubere Elemente von sich zu stoßen. Und daß das bei uns zutrifft, dafür glaube ich volle Verantwortlichkeit übernehmen zu können. (Beifall rechts.)

Nach weiterer belangloser Debatte erwidert

Rickert (frs. Vg.): Dem Minister danke ich für seine Offenheit; ich bedaure aber seine Erklärung über den § 53. Dieser Paragraph wäre nie und nimmermehr angenommen worden, wenn diese Interpretation des Ministers vorgelegen hätte. Soll es einfach Grundsatz sein: Die Namen der Agenten werden überhaupt nicht genannt? Der Minister ist verantwortlich auch für die Weigerung des Polizeipräsidenten. In dem Falle von Tausch lag gar kein Grund vor, ein Individuum wie Gingold-Stärk zu schonen. Es ist ein Vertrauensbruch gegen den Reichstag, wenn der Satz aufgestellt wird, daß man einen solchen Kerl nicht zu nennen braucht. Sie fürchten, daß Sie dann keine Agenten bekommen, wenn die Namen genannt werden. Ach, solche Subjekte bekommen Sie alle Tage, die riskiren auch das. Der Minister will nicht zugegeben haben, daß schwere Schädigungen durch den Prozeß an den Tag gekommen seien; er hat es indirekt zugegeben. Der Reichskanzler hat hier direkt gesagt, daß der Minister des Innern die Schritte gethan hat, welche solche Vorkommnisse für die Zukunft vermeiden lassen.

Minister **von der Recke**: Der Versuch des Herrn Rickert, mich mit dem Herrn Reichskanzler in Widerspruch zu setzen, ist ein sehr verunglückter. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe nicht Schädigungen bestritten, die durch den Prozeß herbeigeführt sind, sondern nur bestritten, daß ich ohne weiteres eine Reformbedürftigkeit der politischen Polizei damals anerkannt habe. Das ist doch etwas sehr Verschiedenes. (Zustimmung links.)

Abg. **v. Zedlitz** (fk.): Die Erklärung des Herrn Ministers über die politische Polizei hat mich durchaus befriedigt. Der Hauptfehler liegt darin, daß nicht eine wirklich verantwortliche Person mit der Leitung der politischen Polizei betraut ist. Wer einen so ausgedehnten Geschäftsbezirk hat wie der Polizeipräsident von Berlin, kann nicht die volle Verantwortung für alles tragen. Dafür muß eine andere Stelle geschaffen werden und mit einem fähigen und Ehrenmann besetzt werden. Wer in der Praxis steht, muß zugeben, daß, wenn die Namen der Agenten angegeben werden, eine politische Polizei überhaupt nicht möglich ist. Die Medizinalpolizei sollte endlich dem Minister des Innern unterstellt werden. Für die Selbstverwaltung ist Verminderung des Schreibwerks und Vermeidung bureaukratischer Einseitigkeit nöthig; dem Prinzip der Dezentralisation, das sich in der neueren Verwaltung Geltung verschafft, werde noch immer zu wenig Rechnung getragen. Redner empfiehlt eine Verwaltungsreform, wodurch die Stellung der Landräthe und der Stadtverwaltungen erweitert und gefestigt wird; zu dem Gemeinsinn der Bürger dürfe man dabei weitgehendes Vertrauen haben.

Abg. Frhr. **v. Eynatten** (Z.) führt Klage über die Verunreinigung des Wurmbaches durch Fabrikabwässer, die dessen großen Fischreichthum zerstört haben. Dabei werden Landwirthe und Industrielle ganz ungleich behandelt. Von den Landräthen verlangt man genaue Reinhaltung des Wasserlaufs, während die Industrie-Anlagen das Wasser verpesten. Es ist durchaus nöthig, eine Umgestaltung des Wasserrechtes herbeizuführen.

Regierungskommissar Geh. Rath **Kruse** erwidert, daß die Regierung sowohl den örtlichen, wie den allgemeinen Verhältnissen Rechnung trägt und Maßnahmen vorbereitet.

Abg. **Stöcker**: Auf den Prozeß Leckert-Lützow will ich nicht näher eingehen. Herr Gamp hat mich aufgefordert, meine Ausführungen gegen Herrn v. Stumm zurückzunehmen. Ich habe aber Herrn v. Stumm mit diesen Leuten gar nicht in Verbindung gebracht, sondern nur gesagt, daß diese Leute für Herrn v. Stumm Material gesammelt haben. Ich kann also auch nichts zurücknehmen. Herr v. Stumm hat im vorigen Jahre eine der übelsten Reden, einschließlich der sozialdemokratischen gehalten. Er hat keine Berechtigung, mir Vorwürfe zu machen. Meine Ueberzeugung ist, daß im geheimen jeder Deutsche, welcher noch Gefühl für vaterländische Dinge hat, auf antisemitischer Seite steht. Wir kämpfen nicht gegen die materiellen, sondern gegen die bedenklichen geistigen Uebergriffe der Juden. Nichts lastet so verhängnißvoll auf dem Staate als der Mangel an religiösem Gefühl. Daran hat die semitische Presse die Hauptschuld. Ein armenischer Professor sollte hier in öffentlicher Versammlung reden, um für die Armenier Liebesgaben zu sammeln, bezw. dafür zu interessiren. Denken Sie einmal, wenn in der Türkei 10 Juden ermordet wären, welches Geschrei wäre von sämmtlichen Juden Europa's erhoben worden! Dieser Professor Thumajan ist in der Presse arg verleumdet worden. Er hat unangefochten in der Schweiz, Frankreich u. s. w. reden dürfen, nur bei uns nicht. Fürchtet man die Türkei? Wir haben es in Armenien mit der umfassendsten, blutigsten, grausamsten Christenverfolgung zu thun, die es je gegeben hat. Selbst die Christenverfolgungen unter den römischen Kaisern

kehen dahinter zurück. Sogar höhere türkische Offiziere haben an diesen Greueln theilgenommen. Vielleicht klärt der Minister auf, weshalb dieser Professor Thumajan in Deutschland nicht hat reden dürfen. Die evangelische Bevölkerung ist durch dieses Verbot sehr beunruhigt worden.

Minister **v. d. Recke:** Allerdings ist diesem Professor und Pastor nahegelegt worden, entweder mit seinen aufreizenden Reden aufzuhören oder sich darauf gefaßt zu machen, des Landes verwiesen zu werden. Die Gründe liegen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Er hat sich nicht darauf beschränkt, Theilnahme für die Armenier zu erwecken, sondern er hat auch seinen eigenen Souverain angegriffen, und das widerspricht unseren freundschaftlichen Beziehungen zu der Türkei. Seinen humanitären Bestrebungen ist nicht entgegengetreten worden.

Abg. **v. Heydebrand** (k.): Der Prozeß Leckert-Lützow hat in der politischen Polizei große Mißstände aufgedeckt. Bei der Auswahl der Agenten und Beamten wird die größte Vorsicht anzuwenden und den Herren sehr auf die Finger zu sehen sein. Ganz wird man aber solchen Mißgriffen nicht vorbeugen können.

Unterstaatssekretär **v. Braunbehrens:** Gegen die Uebertragung der Sanitätspolizei auf das Ministerium des Innern hatte der Minister des Innern nichts einzuwenden. Zunächst würde aber der Herr Kultusminister ein Wort darüber zu sagen haben. Das Anwachsen des Schreibwerks beklagen auch wir aufs tiefste.

Abg. **Dr. Friedberg** (natl.) hebt einige Aeußerungen des Abg. v. Szmula hervor, die in der Unruhe des Hauses verloren gegangen seien. Er habe behauptet, die Regierung habe in Oberschlesien den Hungertyphus verschuldet, er habe von einer Beeinflussung des Reichsgerichts durch die Regierung gesprochen und gesagt, daß die arme Bevölkerung Schlesiens seit Jahrhunderten arbeitet, um Reichthümer für die dortigen Wohlhabenden zu schaffen. Das sei eine Sprache, schlimmer wie die der Sozialdemokratie. Was sage denn dazu der Graf von Ballestrem? (Sehr gut!) Eine Einschränkung der Aufgabe der politischen Polizei sei dringend erwünscht; die Beamten derselben müssen besser besoldet werden; tüchtige Leute finden sich für so niedriges Einkommen nicht.

Minister **v. d. Recke:** Ich werde nicht verfehlen, die Vorschläge des Herrn Friedberg zu beachten, namentlich den Vorschlag bezüglich einer Erhöhung der Gehälter. Von der Rede des Herrn Szmula habe ich nichts im Zusammenhang verstanden, sonst hätte ich ihr widersprochen. Nachdem ich von seinen Ausführungen Kenntniß erhalten habe, stehe auch ich nicht an, sie als ganz unerhört zurückzuweisen. (Beifall rechts.)

Abg. **Dasbach** (Z.): Der Minister hat den Grundsatz aufgestellt, daß man ganze Institutionen nicht nach den Verfehlungen einzelner beurtheilen dürfe. Den Polen gegenüber wendet er ihn aber nicht an. Redner führt einige Fälle an, in denen Zentrumsblättern die amtlichen Anzeigen vorenthalten sind. Das katholische Volk habe ein Recht und ein Interesse, die Verfügungen der Behörden zu lesen. Für diese Imparität sei kein stichhaltiger Grund angeführt worden. Der „Märkischen Volks-Zeitung" seien vom Grafen Pückler die Kriminalnachrichten entzogen worden, weil sie angeblich gehässige Artikel gegen die politische Polizei gebracht habe. Der wahre Grund aller dieser Entziehungen sei nur, daß die Blätter nicht gegen ihre Ueberzeugung alle Regierungsmaßregeln vertheidigen. Als wenn nicht auch offiziöse Blätter wie die „Kölnische Zeitung" die Regierung angriffen und ihre Maßregeln kritisirten.

Minister des Innern **v. d. Recke:** Die angeführten einzelnen Fälle sind mir nicht bekannt; ich muß den Abg. Dasbach auf den Beschwerdeweg verweisen.

Nach weiterer, weniger erheblicher Debatte erhält das Wort der Abg. **Szmula** (Z.): Wäre die Rechte nicht so unruhig gewesen, so hätte der Minister meine Rede verstanden. Daß ich sozialistische Tendenzen verfolge, muß ich entschieden zurückweisen. Ich bin Landwirth und bekämpfe den Sozialismus. Was die Hungersnoth in Oberschlesien betrifft, so hat 1847 die Regierung erst spät sich um die Sache bekümmert, indem sie einen Arzt aus Berlin hinschickte. Ich bleibe also dabei, daß die Regierung an der Epidemie schuld gewesen. Herr Virchow würde mir das bestätigen, wenn er hier wäre. Eine Beeinflussung der obersten Gerichte habe ich allerdings nicht für unmöglich gehalten. Ich habe sie aber nicht behauptet. Schon die Art und Weise, wie der Minister die Sache besprochen hat, ist eine Beeinflussung. (Beifall bei den Polen und im Zentrum.)

Nach einer Rede des Abg. Gothein vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt Abg. **Stöcker**, daß er gegen Herrn v. Stumm nichts zurückzunehmen habe.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Unternehmer-Verbände.

Der **Fabrikantenverein in Forst**, der seit 25 Jahren besteht und ein Glied des Zentralvereins deutscher Industrieller ist, hat jetzt 127 Mitglieder. Als im vorigen Jahre die königl. Regierung den Verein um ein Gutachten über die Nützlichkeit der Sonntagsruhe ersuchte, lehnte der Vorstand die Beantwortung ab. Keine Antwort ist auch eine.

Das Deutsche Zuckersyndikat, das von 151 Rübenzuckerfabriken als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet worden ist, und seinen Sitz in Magdeburg hat, bezweckt statutarisch: den Absatz der Erzeugnisse der deutschen Rübenzucker-Industrie zu regeln, sowie diejenigen Einrichtungen und Maßnahmen zu treffen, welche einer Entwerthung der Produktion vorbeugen; insbesondere ist die Gesellschaft berechtigt: 1. die diesen Zweck erfüllenden Verträge mit den Rübenzucker-Fabriken zu schließen; 2. eine Zentral-Geschäftsstelle mit den erforderlichen Zweigniederlassungen zu errichten; und 3. ein statistisches Bureau zu unterhalten.

Deutlicher ausgedrückt, will das Syndikat die Erhöhung des Preises herbeiführen, der für Rohzucker auf dem Weltmarkt gezahlt wird. Zu diesem Zweck wird es mit der kürzlich in Wien gegründeten Genossenschaft der österreichisch-ungarischen Zuckerfabriken in innige Gemeinschaft treten. Man sieht hieran wieder, daß das Unternehmerthum selber international handelt, während es nicht genug Worte der Entrüstung finden kann darüber, daß auch die Arbeiter mehr und mehr sich international organisiren.

Die im **Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat** organisirten Zechenbesitzer haben in ihrer letzten Versammlung den vom Beirath des Syndikats gestellten und vom Vorstand des Syndikats befürworteten Antrag angenommen, wonach vom 1. März die Einschränkung der Förderung aufgehoben ist. Für den Antrag wurden 2539, dagegen 1729 Stimmen abgegeben. Die großen Zechen Harpen, Gelsenkirchen, Hibernia, Consolidation, Zollverein, Bismarck und Unser Fritz stimmten für die Aufhebung der Förderungseinschränkung. Der Beschluß wurde gefaßt, weil man annimmt, daß der außergewöhnlich gute Geschäftsgang von Dauer sein wird, und weil die Nachfrage nach Kohlen die jetzige, beschränkte Förderung bei weitem übersteigt.

Der **Süddeutsche Trägerverband** hat eine Erklärung erlassen, worin gesagt ist, daß der Verband für die erste Hälfte dieses Jahres schon seit Mitte Dezember an Trägern nichts mehr abzugeben hat; andernfalls könnte dies nur zu 5 M. höheren Preisen geschehen. Die Werke seien für diesen Zeitraum so sehr durch Bestellungen von Schienen für deutsche Eisenbahnen beansprucht, daß sie die Herstellung von Trägern einschränken müßten; für eine Vermehrung der Erzeugung würden zwar die Walzeinrichtungen, nicht aber die vorhandenen Rohstoffe ausreichen. Den Verkauf von Trägern für die zweite Hälfte des Jahres werde der Vorstand wohl nicht vor dem April aufnehmen können.

Dem **Verein deutscher Spiegelglas-Fabrikanten**, der, wie vor einiger Zeit im „Vorwärts" mitgetheilt wurde, die Verkaufspreise um 5 pCt. herabgesetzt hat, um den Absatz von Spiegelglas in Deutschland zu heben, gehören, nach einer Mittheilung der „Frankf. Ztg.", folgende Unternehmen an: die Gesellschaft St. Gobain, die in Stolberg und Waldhof in Deutschland Fabriken besitzt und soeben in Franière-lez-Namur in Belgien eine Fabrik errichtet, die Deutsche Spiegelglas-Aktien-Gesellschaft zu Freden und Grünenplan bei Hildesheim, die Glas- und Spiegelmanufaktur zu Schalke und Dorsten in Westfalen, die Schlesische Spiegelglas-Manufaktur Karl Tielsch zu Altwasser, die Herzogenrather Spiegelglas- und Spiegelfabrik Dunkel u. Co. zu Herzogenrath in der Rheinprovinz und die Rheinische Spiegelglasfabrik zu Eckamp bei Ratingen. Der Verein hat auf die Preisbildung sonst nur geringen Einfluß, weil ihm nur ein kleiner Theil der Spiegelglasfabrikanten angehört. Da er aber eine Herabsetzung des Preises beschlossen hat, erneuerten die belgischen Spiegelglasfabrikanten, die mit der deutschen Konkurrenz in erster Linie zu rechnen haben, schleunigst ihr früheres Syndikat.

Eine **Vereinigung der Interessenten der Schiffchenstickerei in Plauen i. V.** wird geplant. Die Vereinigung bezweckt die Festsetzung von Minimallöhnen, unter denen Stickereien auf Schiffchenstickmaschinen nicht ausgeführt werden sollen. Nach dem von einer Kommission ausgearbeiteten Statut sollen sich die Mitglieder verpflichten, vom 1. April 1897 ab Aufträge, wobei der Lohn weniger als 40 Pf. für 6/4 Rapport und weniger als 50 Pf. für 4/4 Rapport beträgt, weder zu vertheilen, noch zu übernehmen. Im Falle der Zuwiderhandlung unterwerfen sich die Mitglieder einer Strafe von 100 Mark für jeden einzelnen Fall. Zur Sicherung dieser Konventionalstrafe hat jedes Mitglied drei bei Sicht zahlbare, auf je 100 Mark lautende eigene Wechsel auszustellen und dem Vorsitzenden zu übergeben. Werden berechtigte Abzüge vom Lohn gemacht und bewilligt, so sind diese dem Vorsitzenden sowohl vom Arbeitgeber als auch vom Arbeiter innerhalb dreier Tage anzuzeigen. Von den eingegangenen Strafgeldern soll die Hälfte demjenigen zufallen, der den Fall zur Anzeige brachte; die andere Hälfte dagegen soll zur Förderung von Wohlfahrtseinrichtungen für die an Schiffchen-Stickmaschinen beschäftigten Arbeiter verwendet werden. Die Vereinigung soll nur dann ins Leben treten, wenn etwa neun Zehntel der vorhandenen Schiffchenmaschinen resp. deren Besitzer beitreten.

Nachdem die **Trustbildung in Amerika** sich schon auf die Sargfabrikation erstreckt, paßt sie nun auch „die Herstellung von Wiegen dem Verhältniß von Nachfrage und Angebot an, so daß auch dieser Industriezweig wieder lohnende Beschäftigung bietet". Die Amerikaner werden also jetzt von der Wiege bis zum Grabe monopolisirt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 12. Februar.

Opernhaus. 7. Symphonieabend der kgl. Kapelle.
Schauspielhaus. Die Journalisten.
Deutsches. Morituri.
Berliner. Uriel Acosta.
Lessing. Das Glück im Winkel.
Neues. Marcelle.
Unter den Linden. Der kleine Herzog.
Ostend. Der Walzerkönig.
Westen. Wilhelm Tell.
Residenz. Associés.
Thalia. Frau Lieutenant.
Schiller. Eine Palastrevolution.
Zentral. Ein fideler Abend.
Volks. Von Stufe zu Stufe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Menschenfresser oder eine Gefallene.
Belle-Alliance. Trilby.
Parodie. Genovefa.
Alexanderplatz. Eine pikante Ehe.
Passage-Panoptikum. Affentheater.
Apollo. Spezialitäten.

Belle-Alliance-Theater
Volks-Vorstellung
unter Regie von **Julius Türk.**
Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr: Zum ersten Male:
Das Käthchen von Heilbronn.
Von Heinrich von Kleist.
Käthchen: Wilhelma Wagner. Wetter v. Strahl: Heinrich Frey. Rheingraf v. Stein: Rich. Jürgas. Theobald: Wilh. Rüff.
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen zu haben.

Friedrich Wilhelmst. Theater.
„**Menschenfresser**" oder: „Eine Gefallene." Schauspiel in 4 Akten von Max Wieland. — Anfang 8 Uhr. — Sonnabend nachmittags 4 Uhr: Ensemble-Gastspiel der kleinen Hänsel und Gretel-Darsteller, Geschw. Seitz. „**Hänsel und Gretel.**" Märchenspiel m. Gesang und Tanz in 4 Bildern. — Abends 8 Uhr: **Menschenfresser oder: Eine Gefallene.**
Sonntag, nachm. ½4 Uhr: **Die Grille.** Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Billets sind ohne Vorbestellgebühr schon drei Tage vorher an der Theaterkasse zu haben. Außerdem im Invalidendank, Unter den Linden 24, bei Paul Romeick, Leipzigerstraße 6, und Julius Lengenfeld, Markgrafenstr. 50.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schultz.
Freitag, den 12. Februar cr.:
Emil Thomas a. G.
Novität! Zum 6. Male: Novität
Ein fideler Abend.
Burleske dramatische Revue in 1 Vorspiel und 3 Bildern von J. Freund und W. Mannstädt.
Musik von Julius Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Ein fideler Abend.**

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: **Eine Palastrevolution.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Eine Palastrevolution.**

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**
Heute und Morgen: **Walzerkönig.** Anfang 8 Uhr. Sonnabend: Volksvorstellung zu kleinen Preisen. **Preciosa.** Sonntag Nachmittag zu halben Kassenpreisen: **Preciosa.** Sonntag Abend zum 1. Male: **Berlin wie es weint und lacht.**

Thalia-Theater.
(vormals **Adolph Ernst-Theater**).
„**Frau Lieutenant.**"
Vaudeville in drei Akten von Paul Ferrier und Antony Mars.
Deutsch von Hermann Hirschel.
Musik von G. Serpette und B. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant."
Sonntag nachmitt. 3 Uhr: **Trilby.**

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112.
Heute
sowie jeden **Freitag** u. **Montag:**
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).

Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Zum Schluß:
Finke's Schelmenstreiche.
Ensemble von Meysel.

Lumpe-Gastspiel
Parodie-Theater
Oranienstr. 52.
Jeden Abend **8** Uhr die Novität: **Genovefa.** Pfalzgräfin am Rhein, oder: Ein schwer geprüftes Frauenherz. Großes Ritterdrama in 5 Akten.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Spaniens berühmteste Tänzerin
Carmencita
das englische Schönheits-Quintett
5 Lorrison
Das Sensationsbild „Endlich allein."
und 30 hervorragende Kunstkräfte.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.

Urania, Tauben-Strasse No. 48–49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62
Lehrter Stadtbahnhof. Täglich von 7½ Uhr abends ab **50 Pf.** Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit.
Affen-Theater
Vorstellungen um 5 und 7 Uhr.

Castan's Panopticum.
Die beiden indischen **Pygmäen** die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Wettschwimmen.

Circus Renz
Karlstrasse.
(Jubiläums-Saison 1896/97.)
Freitag, den 12. Februar 1897,
Abends 7½ Uhr:
Humoristische Vorstellung.
Aufführung der Novität:
Durchschlagender Erfolg!
Aus der Mappe
eines
Riesengebirgs-Phantasten.
Eine romantisch-phantastische Handlung von Direktor **Franz Renz** und dem großherzoglich hessischen Hofballetmeister **Aug. Siems.**
Außerdem die hervorragendsten Nummern d. Repertoirs. Die drolligen **Babys in der Kinderstube,** dargestellt von 6 Ponnys u. 1 Doppelponny, dress. und vorgef. von Herrn **Robert Renz.** Eine Schul-Quadrille, ger. von 8 Herren. Auftreten d. Schulreiterin Mlle. **Wilma** mit dem Schulpferd Pretty-Boy.
Sonnabend, 13. Februar cr., abends 7½ Uhr: **Aus der Mappe eines Riesengebirgs-Phantasten.**
Sonntag, den 14. Februar 1897: **2 grosse Vorstellungen. 2**
Nachmittags 4 Uhr: (**Ermäßigte Preise** u. 1 Kind unter 10 Jahren frei.
Lustige Blätter.
Großes elektrisches Ballet!
Abends 7½ Uhr: **Aus d. Mappe eines Riesengebirgs-Phantasten.**

Alexanderplatz-Theater.
Heute und die folgenden Tage: **Eine pikante Ehe.** Berliner Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Eugen Prudens. Anfang 8 Uhr.
Bons, auch die zu anderen Stücken ausgegeben sind, behalten ihre Giltigkeit.
Sonntag nachmittags 4 Uhr: **Das Märchen vom tapferen Schneiderlein.** Zauber-Komödie mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Eugen Prudens.
Billets sind schon 3 Tage vorher, ohne Vorbestellgebühr, an der Theaterkasse zu haben. Vormittags ½11–½2 Uhr. Abends von ½7 Uhr an.

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben.)
Direktion: **Joseph Aschinger** und **Leonhardy Haskel.**
Der Glücklichmacher.
Der Lumpenball.
M. Aschinger, Konzertsänger.
Bernhard Wilhelmy.
Max Walden, Karrikaturist.
Adelina Zeth, Soubrette.
Im Bord.: **Baruch und Sohn.**
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pfg.
Avis! Sonnabd., 13. Febr., wegen Privat-Festlichkeit geschlossen.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Annenstr. 42/43.
Art. Leiter: Kapellm. **Martin Stein.**
Kolossaler Erfolg
Broth. Clewers, Kunstschützen.
Robin & Kérat, Jongleure.
Barnum & Bailey, Zauberparodisten.
Freikarten behalten Giltigkeit.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree **30** Pf. **Die Direktion.**

Volks-Theater
34 Reichenbergerstr. 34.
nahe dem Kottbuser Thore.
Heute, Freitag,
abends 7 Uhr:
Zuerst:
Flitterwochen.
Schwank in 1 Akt, darauf z. 5. Male:
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild von Dr. Hugo Müller.
Entree von **50** Pf. bis **3** M.

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Täglich: Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Das beste Programm d. Nordens.
U. a. Geschw. Carré, brillante Doppel-Jongleure.
Mira Vorrmann, die feische Soubr.
Otto Buddel, gefällt nach wie vor.
Neu einstudirt:
Bomben und Granaten, Posse.
Anfang Wochentags 7½ Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Umtausch-Billets haben Giltigkeit.

Kaufmann's Variété.
Neues Programm!!!
Der kleinste Circus der Welt.
Neu! **Wasser-Pantomime.**
D. Entführg. a. d. Drachenschlucht.
Mr. Patty Antipode,
Lorch-Truppe,
Rose und Jules,
B'lack and White,
Geschw. Emilon,
Geschw. Gorelly,
Edi Blum
und **25** Elite-Nummern.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstraße 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem Entree:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theatersaal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

CIRCUS BUSCH
Bahnhof Börse.
Freitag, den 12. Februar cr.,
abends 7½ Uhr:
Gr. humoristische Vorstellung.
Das Tagesgespräch von Berlin:
Nach Sibirien.
Unvergleichlicher Erfolg!
Ferner: Der Gigerl-Clown Mr. **Alf. Dantels** als Schnellphotograph.
Zum 1. Male: Hermanos **Castagna** als musikal. Schulknaben. 100 Klowns, männl. und weibliche. Zum 1. Male: Mr. **Sidney** und **Cyrillo** als Duellanten. 4 arabische Schimmelhengste als Schaukelpferde und 6 trakehner Hengste, dress. und vorgef. v. Direktor **Busch.** Wellington, russischer Hengst, ger. v. Herrn **Salamonski.** Fauler Zauber, arab. Hengst, geritten von der Schulreiterin Mlle. **Engenie.**
Spezialitäten 1. Ranges.
Morgen: Jubiläums-Vorstellung.
Zum 50. Male: Nach Sibirien.
Sonntag: **2 Vorstellungen.** Nachmittags 4 Uhr: **Zischens.** — Abends 7½ Uhr: **Nach Sibirien.**

Feen-Palast, Burgstraße 22.
Direktion **Winkler & Fröbel.**
Präzise 9 Uhr:
Die mit jubelndem Beifall aufgenommene Sensations-Posse
Eine tolle Nacht.
Hauptrollen:
Rich. Winkler u. **Wilhelm Fröbel.**
Dazu das einzig allein dastehende unübertreffliche
Februar-Programm.
Kunst-Spezialitäten ersten Ranges.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 2 M.

Achtung! Achtung!
Künstliche Zähne von 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgezahlt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtödten bei Bestellung umsonst.
Guckel, Lausitzerplatz 2, Eisfabrikstr. 12, Steglitzerstr. 71 I.

In unseren 980L.*
54 Schankstätten
verzapfen wir vom 31. d. M. ab
4/10 **Liter Bockbier feinster Qualität für 10 Pf.**
Lagerbier nach wie vor ¼ **Ltr. 5 Pfg.**
15 halbe Literflaschen
20 kleine Weissen } je 1,50.
Kantinen und Werkstätten höchste Rabattsätze je nach Uebereinkunft.
BRAUEREI GERMANIA
Frankfurter Allee 53.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.